Veranstaltungen des Sächsischen Landtags | Heft 12 |

Forum Mitteleuropa
beim Sächsischen Landtag

# FORUM

## Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag

## **Konferenz »Stabilität von Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteleuropa«**

am 23. Mai 2023 im Senat des Parlaments der Tschechischen Republik in Prag

Sächsischer Landtag

Die Schriftenreihe FORUM dokumentiert die Veranstaltungen des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag.

Folgende Dokumentationen sind bereits erschienen:

**Heft 1** (Deutsch)
Auftaktveranstaltung
„Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft im Herzen unseres Kontinents“ am 29. September 2011 im Ständehaus in Dresden

**Heft 2** (Deutsch)
Podiumsdiskussion
„Visionen für Mitteleuropa im Spannungsfeld von Kunst und Politik“ am 24. Mai 2012 im Ständehaus in Dresden

**Heft 3** (Deutsch)
Konferenz
„Kulturen in Mitteleuropa: Erinnern, Fördern, Gestalten“ am 8. und 9. Oktober 2012 im Ständehaus in Dresden

**Heft 4** (Deutsch/Tschechisch)
Konferenz
„Heimat Mitteleuropa: Gesichter, Biografien, Identitäten“ am 28. Juni 2013 im Waldstein Palais in Prag

**Heft 5** (Deutsch/Polnisch)
Konferenz
„Werte in Mitteleuropa: Solidarität und Freiheit“ am 7. Mai 2014 im Historischen Rathaus in Breslau

**Heft 6** (Deutsch)
Konferenz
„Mitteleuropa 2015: Stabilität und Krise?“ am 21. September 2015 auf Stift Klosterneuburg

**Heft 7** (Deutsch/Ungarisch)
Konferenz
„Miteinander in Mitteleuropa: gestern, heute, morgen“ am 23. September 2016 in der Ungarischen Nationalversammlung in Budapest

**Heft 8** (Deutsch/Slowakisch)
Konferenz
„Mitteleuropa in Europa: Wirtschaft und Infrastruktur“ am 17. Oktober 2017 im Historischen Nationalratsgebäude in Bratislava

**Heft 9** (Deutsch)
Konferenz
»Quo vadis, Mitteleuropa?« am 17. Mai 2019 im Sächsischen Landtag in Dresden

**Heft 10** (Deutsch)
Konferenz
»Wie weiter in Europa?« am 2. November 2021 im Parlament der Republik Österreich in Wien

**Heft 11** (Deutsch/Englisch/Litauisch)
Konferenz
»Deutschland, Mitteleuropa und die östlichen Nachbarn« am 13. Mai 2022 im Seimas der Republik Litauen in Vilnius

Alle Publikationen und weitere Informationen zum Forum Mitteleuropa finden Sie unter **www.forummitteleuropa.eu**. Die einzelnen Hefte können bei Interesse kostenfrei unter publikation@slt.sachsen.de oder per Post bestellt werden, soweit sie noch nicht vergriffen sind.

FORUM

Forum Mitteleuropa
beim Sächsischen Landtag

# Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag
# **Konferenz »Stabilität von Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteleuropa«**
## am 23. Mai 2023 im Senat des Parlaments der Tschechischen Republik in Prag

Das vom Präsidenten des Sächsischen Landtags Dr. Matthias Rößler ins Leben gerufene Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag möchte den Kooperationsprozess in der Mitte unseres Kontinents weiter vorantreiben. Es will in Mitteleuropa Bande des geistigen Austauschs, der gegenseitigen Inspiration und der bürgerschaftlichen Verständigung knüpfen. Das Forum Mitteleuropa sieht sich als Impulsgeber, indem es regelmäßig mitteleuropäische Akzente zur Gestaltung der Europäischen Union stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rückt.

Im Jahr 2023 tagte das Forum Mitteleuropa in Prag. Wir bedanken uns für die große Gastfreundschaft des Senats des Parlaments der Tschechischen Republik, besonders danken wir dessen Präsidenten RNDr. Miloš Vystrčil. Internationale Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft tauschten sich am 23. Mai 2023 über aktuelle Entwicklungen in Deutschland, Mittel- und Osteuropa aus. Sie diskutierten zu den Themen „Mitteleuropas Wirtschaft in der Zeitenwende – Gefahren und Chancen“ sowie „Mitteleuropas Gesellschaften in unsicheren Zeiten – Stabilität und Wandel“. Der Band dokumentiert die Konferenz in Wort und Bild.

Herausgegeben vom Sächsischen Landtag

# Inhalt

**Vorwort der Organisatoren** 6

Dr. Matthias Rößler / RNDr. Miloš Vystrčil 6
*„Mitteleuropäische Perspektive und Erfahrung“*

**Auftakt** 8

RNDr. Miloš Vystrčil 10
*„Ein widerstandfähigeres und sichereres Europa“*

Dr. Matthias Rößler 14
*„Starke Marktwirtschaft, freie Bürgergesellschaft, friedliches Europa“*

Kadri Simson 19
*„Der Übergang muss fair und gerecht sein“*

**Thema I** 22
*Mitteleuropas Wirtschaft in der Zeitenwende – Gefahren und Chancen*

Marian Jurečka 24
*„In Europa gemeinsam Prioritäten setzen“*

Podiumsdiskussion 28

**Impressum:**
Herausgeber: Sächsischer Landtag,
Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen,
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten
des Sächsischen Landtags durch den Präsidenten
Dr. Matthias Rößler vertreten.
V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag
Redaktion: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag
Fotos: Thomas Schlorke, Dresden
Gestaltung, Satz: machzwei, Dresden
Druck: Druckhaus Dresden – Neue Süddeutsche
Verlagsdruckerei GmbH
Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag
im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben
und ist kostenfrei unter publikation@slt.sachsen.de
erhältlich.

**Thema II** 60
*Mitteleuropas Gesellschaften in unsicheren Zeiten – Stabilität und Wandel*

Dr. Ernő Schaller-Baross 62
*„Die Rolle Mitteleuropas in der Zukunft der europäischen Zusammenarbeit“*

Pavel Fischer 67
*„Kunst und ästhetische Bildung als Weg zur Resilienz“*

Podiumsdiskussion 72

**Abschluss** 94

Dr. Matthias Rößler 96
*„Europa gemeinsam gut gestalten“*

Prof. Dr. Jiří Drahoš 99
*„In Prag nach zehn Jahren“*

**Vitae** 102

# „Mitteleuropäische Perspektive und Erfahrung“

Dr. Matthias Rößler / RNDr. Miloš Vystrčil

» Das Forum Mitteleuropa 2023 findet vor dem Hintergrund des seit 15 Monaten andauernden russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine statt. Heute spüren wir mehr denn je den Sinn und die Wichtigkeit der europäischen Werte und der Einheit der europäischen Nationen. Die Erfahrung des Krieges auf dem europäischen Kontinent erinnert uns daran, dass Freiheit, Frieden, Demokratie, Menschenwürde, gemeinsamer Wohlstand und Rechtsstaatlichkeit nicht nur leere Worte sind. Sie sind der Schlüssel zu und der Ausdruck unseres gemeinsamen Strebens nach einem friedlichen und prosperierenden Europa.

Wir, der Präsident des Senats des Parlaments der Tschechischen Republik und der Präsident des Sächsischen Landtags, sind davon überzeugt, dass die Diskussionen des Forums Mitteleuropa 2023 von folgenden Grundsätzen getragen werden:

- Der russische Krieg gegen die Ukraine ist nicht nur ein Angriff auf einen wichtigen Partner für Europa, sondern auch ein Angriff auf unsere Grundwerte. Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um die territoriale Integrität der Ukraine, die Solidarität mit dem ukrainischen Volk und den Wiederaufbau des Landes sicherzustellen.

- Im Bewusstsein unserer eigenen Geschichte müssen wir aus unseren Fehlern lernen und gemeinsam mit unseren gleichgesinnten Partnern auf der ganzen Welt auf mehr Unabhängigkeit in strategischen Schlüsselbereichen hinarbeiten. Der Aufbau resilienter demokratischer Institutionen und Systeme ist der Schlüssel, um nicht nur die Herausforderung für die internationale Ordnung durch autoritäre und totalitäre Regime zu bewältigen, sondern auch die des Klimawandels und des technologischen Umbruchs.

- Stabilität ist ferner nur mit der kontinuierlichen demokratischen Unterstützung durch unsere Bürgerinnen und Bürger zu erlangen. Wir müssen uns daher den Herausforderungen für den Lebensstandard und die Würde unserer Bürgergesellschaften bewusst sein.

- Mitteleuropa verfügt über einzigartige Perspektiven und Erfahrungen, die dazu beitragen können, Lösungen für die Europäische Union und die demokratische Welt zu finden. Jahrzehnte autokratischer Herrschaft und der den Freiheitsrevolutionen 1989 nachfolgende Umbruch zur Demokratie haben uns gezeigt, wie man freie Gesellschaften aufbaut und mit offenem Herzen friedliche und fruchtbare Beziehungen zwischen Nachbarn entwickelt. Mitteleuropa hat seinen Platz in den transatlantischen Strukturen und wir müssen dafür sorgen, dass die in den letzten 30 Jahren erzielten Fortschritte nicht verloren gehen. «

# Auftakt

*Blick vom Kloster Strahov auf Prag*

# „Ein widerstandfähigeres und sichereres Europa“

## RNDr. Miloš Vystrčil

» Herr Präsident des Sächsischen Landtags, Herr stellvertretender Ministerpräsident, sehr geehrte Mitglieder des Sächsischen Landtags, sehr geehrte Senatoren und Senatorinnen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

herzlich willkommen im Hauptsaal des tschechischen Senats. Ich danke Ihnen für Ihr Kommen. Ich freue mich sehr, Sie heute auch im Namen des ehemaligen Präsidenten des Senats, Milan Štěch, begrüßen zu können. Er wollte ursprünglich an der heutigen Konferenz teilnehmen, aber aufgrund seiner Verpflichtungen ist es ihm letztlich nicht möglich. Lassen Sie mich daher zumindest zu Beginn die

Grüße und Wünsche von Milan Štěch übermitteln, dass die Konferenz genauso erfolgreich wird wie diejenige, die vor 10 Jahren, im Juni 2013, hier im tschechischen Senat stattfand.

Einige von Ihnen wissen vielleicht, dass das damalige Motto des Forums Mitteleuropa „Heimat Mitteleuropa: Gesichter, Biografien, Identitäten“ lautete. Die Themen der heutigen Konferenz sind zum einen die wirtschaftliche Situation, insbesondere im Energiesektor, und zum anderen die politische und die gesellschaftliche Situation und deren Stabilität.

**Mir ist klargeworden, dass es heute vielleicht darum geht, unsere Identität neu zu finden, neu zu finden, was wir sind, wohin wir gehen oder was wir noch nicht sind und sein sollten.**

Wir alle, Menschen aus Sachsen, Tschechien, Polen, der Slowakei, Österreich oder Ungarn, erinnern uns an die Ereignisse des 20. Jahrhunderts, die uns geprägt haben. Wir erinnern uns an die Schrecken des Zweiten Weltkriegs, wir erinnern uns an die Zeit des Aufbaus des Kommunismus oder, wenn man so will, des Sozialismus, und wir erinnern uns an die Zeit, als Freiheit und Demokratie zu uns zurückkehrten. Heute leben wir seit mehr als 30 Jahren in Demokratie, in Freiheit. Und eine lange Zeit schien es, als hätten wir den Schlüssel zu unserer Identität gefunden, den Schlüssel dazu, wie wir uns verhalten sollten, um unsere Freiheit und Sicherheit zu bewahren, den Schlüssel dazu, wie Demokratie ausgestaltet werden sollte.

In letzter Zeit ist jedoch deutlich geworden, dass wir doch nicht zufrieden sein können, dass wir unsere Identität fälschlicherweise und vielleicht sogar zu Unrecht nur auf dem aufgebaut haben, was wir in den letzten 30 Jahren erlebt haben, auf der Tatsache, dass wir erfolgreich waren, dass es uns relativ gut ging. Fast schien es so, als hätte Europa keine größeren Probleme mit seiner gesellschaftlichen Ordnung. Ich bin jedoch überzeugt, dass wir jetzt zugeben müssen, dass die russische Aggression in der Ukraine gezeigt hat, dass wir uns in vielerlei Hinsicht geirrt haben.

Heute haben wir eine Chance, unsere Identität, die vom Leben in Freiheit und Demokratie geprägt ist, zu verändern, zu reformieren. Wir müssen dies Auge in Auge mit dem Aggressor tun, der russischen Armee in der Ukraine. Deshalb bin ich sehr froh, dass es uns mit Matthias Rößler gemeinsam gelungen ist, Grundthesen als Ausgangspunkte für die heutigen Diskussionen zu formulieren. Wir müssen darüber reden, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine nicht nur ein Angriff auf die Ukraine, einen wichtigen europäischen Partner, ist, sondern dass er ein Angriff auf unsere Grundwerte ist, auf denen unsere Zivilisation beruht. Und dass wir mit aller Kraft für die territoriale Integrität der Ukraine eintreten, ihr solidarisch zur Seite stehen und ihr beim Wiederaufbau helfen müssen.

Wir dürfen nicht vergessen, dass wir eine große Verantwortung haben, weil wir Träger eines historischen Gedächtnisses sind. Wir kennen unsere Geschichte und wir sollten aus unseren Fehlern lernen. Gemeinsam mit gleichgesinnten Verbündeten und Partnern in der ganzen Welt müssen wir uns um eine größere Unabhängigkeit in strategischen Schlüsselbereichen bemühen.

**Wir müssen widerstandsfähige demokratische Institutionen aufbauen, die nicht nur für die Bewältigung der von autoritären und totalitären Regimen ausgehenden Herausforderungen für die internationale Ordnung von zentraler Bedeutung sind, sondern auch für die Bewältigung solcher Herausforderungen, die der Klima- oder Technologiewandel mit sich bringen.**

Dann werden wir auch in der Lage sein, zur Durchsetzung von Prinzipien wie territoriale Integrität, Souveränität, Freiheit und Demokratie in anderen Ländern beizutragen.

Dabei dürfen wir jedoch die Bürger nicht vergessen. Wenn wir soziale Stabilität aufrechterhalten wollen, die das Fundament für wirtschaftlichen Wohlstand ist, müssen wir dafür sorgen, dass die demokratischen und freien Regierungen in unseren Ländern weiterhin von ihren Bürgern

unterstützt werden. Wenn wir die Unterstützung unserer Bürger verlieren, wenn unsere Bürger aufhören, Freiheit und Demokratie mitzutragen, dann wird es keine Regierungen geben, die so regieren, dass hier Freiheit und Demokratie auch künftig Bestand haben. Es ist unsere grundlegende Aufgabe, uns um unsere Bürger zu kümmern und dafür zu sorgen, dass diese verstehen, dass Freiheit und Demokratie Werte sind, auf denen alles andere aufbaut.

Ich habe bereits erwähnt, dass wir als Mitteleuropäer, die dem Forum Mitteleuropa den Namen gegeben haben, eine historische Verantwortung tragen. Mitteleuropa hat eine einzigartige Perspektive und Erfahrung, die nicht nur zu Lösungsansätzen für die Europäische Union und die gesamte demokratische Welt beitragen kann, sondern muss. Wir können anderen etwas erzählen. Wir sind diejenigen, die wissen, wie es ist, in Unfreiheit zu leben. Jahrzehnte autoritärer Herrschaft und der darauffolgende Übergang zur Demokratie nach der Freiheitsrevolution von 1989 haben uns gezeigt, wie wir mit offenem Herzen eine freie Gesellschaft aufbauen und friedliche und fruchtbare nachbarschaftliche Beziehungen entwickeln können. Dies ist unsere Aufgabe: unsere historischen Erfahrungen weiterzugeben und sie nicht nur in ganz Europa, sondern auch weltweit umzusetzen. Deshalb hat Mitteleuropa seinen Platz in transatlantischen Strukturen. Wir sollten dafür sorgen, dass die in den letzten 30 Jahren erzielten Fortschritte nicht verlorengehen. Deshalb spreche ich von unserer neuen Identität.

Unser neues Stabilitätsrezept darf nicht nur auf wirtschaftlicher Logik und Wohlstand beruhen, sondern muss auch auf gemeinsamen Werten und Sicherheit basieren. Nur das von uns gemeinsam geschaffene neue Europa hat eine Chance, ein resilienter und sicherer Ort zu werden. Diese Chance könnte ungenutzt bleiben, wenn sich unsere Länder in einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten und Unsicherheiten in die Hände von Politikern begeben, die aus der Vergangenheit nicht gelernt haben, die die Geschichte Mitteleuropas nicht im Blick haben und die nicht wissen, dass man mit Autoritären und Totalitären nicht verhandeln kann, und dass das heute billige Gas schon morgen sehr teuer bezahlt werden muss.

Es heißt, dass auch die EU aus Krisen hervorgegangen ist und sich durch sie weiterentwickelt. Ob es die Finanzkrise, die Coronakrise oder der Krieg in der Ukraine ist, die europäischen Länder müssen eine gemeinsame Sprache und einen gemeinsamen Weg suchen. Ich glaube, und ich möchte glauben, dass diese Konferenz dazu beitragen wird, dass wir gestärkt aus der Krise hervorgehen werden.

**Veranstaltungen wie das Forum Mitteleuropa sind nicht nur als eine Gelegenheit, sich zu treffen, wichtig, sondern sie sind auch eine Form institutionellen Gedächtnisses, das uns stärkt und ermöglicht, einen gemeinsamen Weg zu finden.**

In diesem Jahr suchen wir nach einem Weg zur Stabilität in Kriegszeiten. Es herrscht Krieg in Europa. Unsere Nachfolger können in zehn Jahren beurteilen, wie wir die bestehenden Herausforderungen gemeistert haben. Ich hoffe aufrichtig, dass wir nicht scheitern werden und dass auch die heutige Konferenz dazu beitragen wird. Ich danke Ihnen nochmals für Ihr Kommen und für Ihre Aufmerksamkeit. «

# „Starke Marktwirtschaft, freie Bürgergesellschaft, friedliches Europa“

## Dr. Matthias Rößler

» Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Miloš Vystrčil, verehrte Herren Vizepräsidenten, verehrter Herr Minister, lieber Marian Jurečka, verehrte Mitglieder des diplomatischen und konsularischen Korps, sehr geehrte Abgeordnete des Europäischen Parlaments, des Senats, des Deutschen Bundestages und des Sächsischen Landtags, liebe Kuratorinnen und Kuratoren des Forums Mitteleuropa, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste, es ist mir eine außerordentliche Freude und Ehre, Sie hier in Prag, im wunderschönen Palais Waldstein willkommen zu heißen.

Verehrter Präsident Vystrčil, haben Sie vielen herzlichen Dank für die Möglichkeit, als Forum Mitteleuropa erneut hier tagen zu können. Schon 2013, vor genau 10 Jahren,

durften wir uns in diesem beeindruckenden Saal über Mitteleuropa als unsere gemeinsame Heimat austauschen. Ich habe bereits damals zum Ausdruck gebracht, wie sehr mich das mit Stolz und Zuversicht erfüllt, an so einem prominenten Ort, wo der Herzschlag Mitteleuropas regelrecht zu spüren ist, so viele interessierte Menschen begrüßen zu können.

Verehrte Damen und Herren, dass eine Initiative wie das Forum Mitteleuropa von Sachsen ausgeht, das hat historische Gründe ebenso wie aktuelle. Sachsen hat immer zu Mitteleuropa gehört und über Jahrhunderte hinweg den mitteleuropäischen Raum mitgeprägt – politisch, wirtschaftlich, kulturell.

Nach der langen Zeit zweier Diktaturen kehrte der Freistaat Sachsen 1990 in die Geschichte, in die Demokratie zurück. Es war zugleich eine Rückkehr nach Mitteleuropa. Mit den anderen Ländern Mitteleuropas verbindet uns der Freiheitskampf im Jahr 1989, als sich die Völker im Herzen unseres Kontinents selbst aus der Unterdrückung befreiten. Genauer gesagt war es das Aufbegehren der unterdrückten Bürger, um mit dem Jahrhundertpolitiker Václav Havel zu sprechen.

Wir wissen sehr gut, was in den Ländern Mitteleuropas seit 1990 aus eigener Kraft, aber auch mithilfe europäischer Solidarität geschaffen wurde. Dem gebührt unsere höchste Anerkennung. Wir pflegen heute ein enges und freundschaftliches Verhältnis zu unseren Nachbarn. Ich möchte an dieser Stelle allen danken, die tagtäglich daran arbeiten, dass das friedliche Miteinander im freien Europa der einzige für uns überhaupt noch denkbare Weg ist.

„Die Zeit der Konfrontation muss ein für alle Mal zu Ende gehen, und eine Zeit der Kooperation muss beginnen.“ Das forderte Václav Havel 1995 im Hinblick auf die deutsch-tschechische Nachbarschaft. Ich denke, wir sind hier mittlerweile weiter, als wir es je waren. Und wir tun es unter dem Dach eines gemeinsamen Ganzen.

**Dieses gemeinsame Ganze, meine Damen und Herren, kann für uns nur das vereinte Europa sein. Die einstigen Ziele der mitteleuropäischen Bürgerbewegungen – Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – sind dabei unser Weg im 21. Jahrhundert.**

Lassen Sie mich bitte bei dieser Gelegenheit noch einmal Václav Havel zitieren. Im Gespräch mit Jiří Gruša, einem der Gründungskuratoren des Forums Mitteleuropa, formulierte er 2005 seine Botschaft für Europa: „Europa muss sich bewusstmachen, dass es eine der Integration dienende Vereinigung ist, die sich auf in Jahrtausenden herausgebildete Werte und Prinzipien stützt. Es ist nötig, zu diesen Werten zurückzukehren und sich zu vergegenwärtigen, dass es vor allem auf sie ankommt und nicht auf irgendwelche kurzfristigen Kalkulationen.“

Umso mehr freue ich mich, verehrter Präsident Vystrčil, dass wir einige dieser Gedanken in einer gemeinsamen Erklärung festgehalten haben. Eine klare Selbstvergewisserung, was unsere Demokratien ausmacht, was freie Gesellschaften antreibt und was sie von innen wie von außen bedroht, eine solche Selbstvergewisserung braucht es in Zeiten wie diesen.

Meine Damen und Herren, im November 2021 tagten wir als Forum Mitteleuropa weiter im Osten – in Wien. Mein Freund Wolfgang Sobotka sah damals schon die Bruchlinien, die mit dem 24. Februar 2022 offen zutage traten und die uns vielleicht noch Jahrzehnte beschäftigen werden. Allen voran die Konfrontation der Machtblöcke China und USA verbunden mit der Frage, wo sich Europa hier in Zukunft sieht und wie es besonders in strategisch wichtigen Bereichen – nehmen Sie etwa den EU Chips Act – eine größere Unabhängigkeit von unberechenbaren Autokratien erreichen kann.

Übrigens: Dass solches Handeln vor unserer Haustür beginnt, konnten wir vergangene Woche in Dresden erleben. Dort unterzeichneten der tschechische Premierminister Petr Fiala und der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer ein „Memorandum über die Zusammenarbeit bei der Durchführung von Projekten von strategischer Bedeutung“. Im Zentrum steht die industrielle Kooperation in den Bereichen Rohstoff- und Energiewirtschaft, insbesondere bei der Lithium-Förderung im Erzgebirge, die Kooperation bei der Elektromobilität sowie der gemeinsame Aufbau einer Wasserstoff-Infrastruktur.

Meine Damen und Herren, damals auf der Wiener Konferenz war es am Ende der slowakische Botschafter Peter Mišík, der die äußeren Bedrohungen offen ansprach und einen Gedanken äußerte, den ich gern zitieren möchte, weil er durchaus sinnstiftend für unsere heutige Konferenz ist: „Das Projekt eines geeinten Europas ist zum Synonym für Rechtsstaatlichkeit, Wohlstand, Sicherheit und Freiheit geworden, die für die selbstbewusste Mittelschicht die wichtigsten Komponenten sind. Der Mittelstand ist eine Säule, auf der die EU steht. Scheitert nur eine dieser Komponenten, droht das gesamte Projekt zu scheitern.“

Eineinhalb Jahre später ist die Rückkehr des Krieges nach Europa bittere Realität. Der Angriffskrieg Russlands gegen die freie Ukraine konfrontiert uns alle mit einer immensen Bedrohung. Die Folgen dieses europäischen „Zeitenbruchs“ für die Volkswirtschaften und Gesellschaften in Mitteleuropa sind für uns noch nicht gänzlich absehbar, wenngleich wir eine enorme Widerstandsfähigkeit und Innovationskraft erleben. Wir nehmen die Herausforderungen an! Klar ist nur, es gibt Auswirkungen auf unsere Ökonomien und damit auf unseren Wohlstand. Besonders die energieintensiven Sektoren geraten in dieser Zeitenwende unter Druck, in Deutschland, wo parallel eine rigide Energiewende betrieben wird, umso mehr.

**Meine Damen und Herren, ökologische Nachhaltigkeit wird für jede moderne Wirtschaft im 21. Jahrhundert sehr wichtig sein. Gute Energiepolitik muss aber Sicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltschutz vereinen, so sieht das auch die Europäische Kommission. Sie sollte nie Selbstzweck sein oder die eigene Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel setzen.**

Unsere heutige Konferenz kann hier etwas Licht ins Dunkel bringen. Am Vormittag nehmen wir die aktuelle ökonomische sowie energiepolitische Lage in den Blick. Wie kann es in den Industrieländern Mitteleuropas energiepolitisch weitergehen, wenn die Energieversorgung nicht nur als

Aspekt der Sicherheitspolitik gesehen wird, sondern parallel noch einer klimapolitischen Transformation unterliegt? Wie bleiben wir angesichts hoher Energiepreise und strategischer Unwägbarkeiten als Wirtschaftsstandorte wettbewerbsfähig?

Am Nachmittag wenden wir uns den Bürgergesellschaften Mitteleuropas zu. Wie wirken sich diese Veränderungen auf die Bürgerinnen und Bürger in Mitteleuropa aus? Was machen die Preissteigerungen und die industrielle Transformation mit der Stabilität in den Gesellschaften und mit unseren Demokratien?

**„Institutionen reichen für eine echte Demokratie nicht aus; es braucht Menschen, die an die Mission ihres Staates und ihrer Nation glauben, Menschen, die eine Idee vereint.“ Das waren die Sätze, mit denen Tomáš Masaryk seine berühmte Rede zum 10. Jubiläum der tschechoslowakischen Unabhängigkeit 1928 beendete.**

Seine Worte sind zeitlos aktuell. Aus den seitherigen Erfahrungen würden wir heute sicherlich noch die ökonomische Prosperität hinzufügen, als Faktor der Stabilität demokratischer Staatsformen.

Leider wird diese wichtige Seite gern als profan abgetan. Schnell lautet dann die Frage: Wie kann man denn an den eigenen Wohlstand denken angesichts des Leids auf der Welt?

Ich kann da immer nur anmerken: Es ist eben nicht profan, wenn sich die Bürger in unseren Ländern Sorgen über ihren

Lebensstandard machen, über den in einer gewaltigen Transformation von einer sozialistischen Planwirtschaft hin zu einer sozialen Marktwirtschaft in 30 Jahren erarbeiteten kleinen Wohlstand. Das ist nun einmal die Lebensrealität vieler Menschen.

Verantwortliche Politik sieht darüber nicht hinweg oder schürt gar Ängste. Verantwortliche Politik findet vielmehr Lösungen, die beides berücksichtigen – das große Ganze und das vermeintlich Profane. Wie heißt es so schön: „Politik ist nicht die Kunst des Möglichen, sondern des Unmöglichen.“ Darum geht es gegenwärtig in Europa; um Realitäten, um Unvereinbarkeiten, um die großen strategischen Linien, aber eben auch um Interessen. Das alles muss unter einen Hut. Wir müssen Erreichtes erhalten und die notwendige Transformation gestalten, und zwar zum Wohle der Bürger, jedoch mit Wertgebundenheit als Richtschnur. Das ist unsere Aufgabe: Starke Marktwirtschaften, freie Bürgergesellschaften, ein friedliches und vereintes Europa! Der Auftrag könnte größer kaum sein.

Meine Damen und Herren, möge die heutige Konferenz uns hier gute Anregungen geben. Lassen wir uns dabei bitte von einem Appell leiten, den Jiří Gruša im Jahr 1991 bei seinem Antritt als tschechoslowakischer Botschafter in Bonn aussprach: „Mit Sachlichkeit bei Rückblicken, mit Offenheit für die Gegenwart, mit Vertrauen für und in die Zukunft.“

Vielen Dank. «

# „Der Übergang muss fair und gerecht sein“

## Kadri Simson

» Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich, zur Eröffnung der Konferenz „Stabilität von Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteleuropa“ einige Worte an Sie richten zu dürfen.

So sehr wie die globale und europäische Sicherheitslandschaft durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine bedroht ist, hat der Aggressor auch die Energieversorgung als Waffe eingesetzt. Infolgedessen wurden die Bürgerinnen und Bürger Europas von historisch hohen Energiepreisen hart getroffen, und viele europäische Verbraucherinnen und Verbraucher fragten sich, ob sie sich Energie überhaupt noch leisten können. Von Energiearmut betroffene Haushalte und Haushalte mit niedrigem Einkommen wurden am stärksten getroffen, da sie deutlich höhere

Anteile ihres Einkommens für Energie aufwenden müssen. Und sie haben weniger Spielraum, um Energie einzusparen oder an anderer Stelle Kosten zu senken. Es ist jedoch das erste Mal in der jüngeren Geschichte Europas, dass auch Haushalte mit mittlerem Einkommen befürchten mussten, ihre Energierechnungen nicht bezahlen zu können.

Um eine derart schwere Krise zukünftig zu vermeiden, hat die Kommission eine Strukturreform des europäischen Strommarktes vorgeschlagen. Zentrales Element des Vorschlags ist Investitionssicherheit, die für eine großflächige Verlagerung hin zu lokal erzeugten erneuerbaren Energien benötigt wird – ergänzt durch Kernenergie in den Mitgliedstaaten, die sich dafür entscheiden. Die Strukturreform soll Verbraucherinnen und Verbraucher zudem vor übermäßiger Volatilität und Lieferausfällen schützen und überdies eine unterbrechungsfreie Stromversorgung gewährleisten. Vor allem aber sollten die erneuerbaren Energien, die Bürgerinnen und Bürger, KMU und öffentliche Einrichtungen selbst produzieren, problemlos mit anderen geteilt werden können. Parallel dazu müssen wir die Dynamik des Gasmarktes natürlich aufmerksam verfolgen. Auch wenn wir vorsichtig optimistisch sein können – jetzt wo wir es ausgehend von historisch hohen Gaspreisen immerhin zu einem historisch hohen Füllstand der Gasspeicher am Ende der Heizsaison geschafft haben.

Die Energiekrise hat einmal mehr gezeigt, dass wir uns von fossilen Brennstoffen unabhängig machen und den Übergang zu erneuerbaren Energien beschleunigen müssen. Einige Regionen, Branchen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind von einem solchen Übergang stärker betroffen als andere. Der Übergang wird nur gelingen, wenn er fair und gerecht vonstattengeht und niemand zurückgelassen wird. Ein gerechter Übergang ist daher ein wichtiger Pfeiler des European Green Deal und damit sowohl im Hinblick auf unsere Wachstumspläne als auch unsere Dekarbonisierungsverpflichtungen essentiell. Die Kommission unterstützt diesen Übergang in kohle- und kohlenstoffintensiven Regionen auch zukünftig mit dem Fonds für einen gerechten Übergang. So haben wir alle gebietsspezifischen Pläne für einen gerechten Übergang, die von den Mitgliedstaaten vorgelegt wurden, Ende letzten Jahres genehmigt. Damit können die Pläne der betreffenden Regionen nun Realität werden. Neben den finanziellen Zuwendungen können die Regionen auch durch mehrere Hilfsprogramme im Rahmen der Initiative für Kohleregionen im Wandel unterstützt werden.

**Um den grünen Wandel voranzutreiben, ohne die soziale und wirtschaftliche Stabilität zu gefährden, müssen wir unsere Energieproduktion unabhängiger gestalten. Mitteleuropa ist ein wichtiger Akteur in diesem Rennen.**

So habe ich mich gefreut, dass Polen seine Kapazität für erneuerbare Energien seit 2020 fast verdoppelt hat. Die ungarischen PV-Kapazitäten haben sich seit 2018 vervierfacht. Und 2022 war Tschechien das erste Land, das die Unterstützung von Gasheizkesseln in Wohngebäuden eingestellt und auf Heizungsanlagen auf Basis erneuerbarer Energieträger umgestellt hat. Und auch die deutsche Industrie steht kurz vor der Eröffnung einer neuen Wärmepumpen-Megafabrik in der Slowakei.

Momentan ist Europa jedoch bei den betreffenden Energietechnologien noch immer Nettoimporteur. Es besteht die Gefahr, unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen durch industrielle und technologische Abhängigkeiten im Bereich umweltfreundlicher Technologien zu ersetzen. Daher bedeutet die Stärkung und Entwicklung unserer Produktionsstandorte auch die Stärkung unserer Resilienz und strategischen Autonomie. In diesem Zusammenhang hat die Kommission den grünen Industrieplan und das Netto-Null-Industrie-Gesetz vorgeschlagen, die nicht nur zu mehr Energiesicherheit und Resilienz führen, sondern auch grünes Wachstum und grüne Arbeitsplätze fördern werden. Gemeinsam mit dem Vorschlag für ein europäisches Gesetz zu kritischen Rohstoffen gibt dies einen klaren Rahmen vor, um die Abhängigkeit der EU von hochkonzentrierten Importen zu verringern.

Ich hoffe, dass die wichtigsten Erkenntnisse meiner Ausführungen – Resilienz, grünes Wachstum und Inklusion – zu einem fruchtbaren Austausch auf der Konferenz anregen werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. «

Thema I

# Mitteleuropas Wirtschaft in der Zeitenwende – Gefahren und Chancen

*Die weitläufige Gartenanlage des Palais Waldstein ist öffentlich zugänglich.*

Impulsreferat

# „In Europa gemeinsam Prioritäten setzen“

## Marian Jurečka

» Sehr geehrter Herr Präsident des Senats der Tschechischen Republik, sehr geehrter Herr Präsident des Sächsischen Landtags, sehr geehrte Senatoren und Senatorinnen, verehrte Abgeordnete des Sächsischen Landtags, liebe Gäste,

ich freue mich sehr, dass ich heute auf dem Forum Mitteleuropa als Vertreter der Regierung der Tschechischen Republik sprechen darf. Meiner Meinung nach ist die uns seit Jahrhunderten verbindende Geschichte eine hervorragende Grundlage für ein gutes gegenseitiges Verständnis, denn wir haben einige historische Ereignisse miterlebt.

Wir sind nicht nur Nachbarn, oder wir waren es, sondern wir haben eine wirklich enge Beziehung zwischen unseren Ländern, einschließlich einer sehr engen Verwandtschaft. Gleichzeitig haben wir auch das 20. Jahrhundert in vielen

Momenten sehr ähnlich erlebt – die Teilung Europas, den Eisernen Vorhang. Wir haben auch die Zeit der Einflussnahme von Moskau aus miterlebt. Wir haben das Ende des kommunistischen Regimes miterlebt. Sie konnten etwas schneller der EU und der NATO beitreten, wir etwas später, aber natürlich mit viel Unterstützung von wichtigen Partnern, einschließlich der Vertreter des vereinten Deutschlands.

Heute sind wir ein Teil der EU, ein Teil der NATO. Gleichzeitig sind wir uns aber auch der Herausforderungen bewusst, vor denen wir, Mitteleuropa und die gesamte EU stehen. Es sind sehr große Herausforderungen.

**Ich denke, dass die Gründungsväter der EU aus der Wirtschaftskrise und dem Zweiten Weltkrieg wertvolle Lehre gezogen haben und es geschafft haben, ein sehr gutes Fundament zu legen und darauf eine gemeinsame EU aufzubauen, damit sich diese historischen Ereignisse nicht wiederholen können. Aber wenn wir uns die letzten Jahre ansehen, dann wird klar, dass wir als politische Vertreter und als Gesellschaft nicht in der Lage waren, bestimmte warnende Situationen richtig einzuschätzen.**

Die Besetzung der Krim war die erste wirklich ernsthafte Warnung. Wir haben sie unterschätzt. Wir haben keine großen Schritte unternommen, um viel besser vorbereitet zu sein und um uns allmählich von unserer sehr starken Abhängigkeit von russischen Energielieferungen verabschieden zu können. Erst die Okkupation und der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine vor mehr als einem Jahr haben uns gezwungen, dies zu tun. Ja, das ist meines Erachtens in den letzten Monaten sehr gut gelungen. Aber die zweite große Warnung kam während der Coronakrise. Wir haben gesehen, wie abhängig wir von wichtigen Lieferungen aus China sind – bei medizinischen Produkten sowie in anderen Bereichen.

Heute sehen wir in Europa und in unseren Ländern, wie sehr wir von Importen gerade aus China abhängig sind. Wir betrachten China als einen stabilen Partner, aber ich glaube, dass die meisten vernünftigen Menschen und die meisten vernünftigen und verantwortungsbewussten Politiker zugeben müssen, dass dies im Moment nicht mehr der Fall ist. Dennoch ist unsere Abhängigkeit enorm. Medizinische Schutzmittel, Pharmazeutika, IT-Schlüsselkomponenten, ein Großteil der Industrie kann auf Lieferungen aus China nicht mehr verzichten.

Es kommen viele Produkte zu uns, darunter auch solche, von denen wir bis vor kurzem überzeugt waren, dass wir sie hier in Europa am besten herstellen können, wie zum Beispiel die Produktion in der Automobilindustrie. Wir sehen, dass diese Dinge geschehen, aber wir unternehmen nicht wirklich etwas, um dagegenzuwirken. Wir haben zu sehr auf einen pragmatischen Ansatz gesetzt, der für viele Unternehmen, aber auch für viele Verbraucher bequem war. Wir haben die Produktion dorthin verlagert, wo sie billig ist, weil die Arbeitskräfte dort billig sind. Aber damit haben wir in den letzten Jahren unsichtbar auch Wissenschaft und Forschung mitgehen lassen. Heute sind es nicht mehr nur die billigen Arbeitskräfte, die die Produktion in diesen Ländern billig machen, sondern inzwischen kommen aus diesen Ländern Produkte, die in vielerlei Hinsicht, seien wir

ehrlich, von der Qualität her und im Hinblick auf die Art und Weise ihrer Entwicklung voll wettbewerbsfähig sind.

Und was tun wir dagegen? Nicht viel. Ein verantwortungsbewusster Politiker sollte sich Fragen stellen wie: Was tun wir, wenn das, was Russland der Ukraine antut, zum Beispiel China gegenüber Taiwan macht? Wie werden wir darauf reagieren? Wie können wir diese Lieferungen stoppen? Wie werden die Sanktionen aussehen? Werden wir dann völlig schutzlos sein? Oder werden wir in der Position einer Staatengemeinschaft sein, die eine wirklich starke Außenpolitik betreiben kann, die aber voraussetzt, dass wir widerstandsfähig sind, dass unsere Volkswirtschaften widerstandsfähig sind und daher auch unsere Gesellschaften widerstandsfähig sind?

**Wenn es heute in Europa etwas gibt, das sehr verletzlich ist, dann ist es die Stabilität der Gesellschaft, der Freiheit und Demokratie. Gerade dadurch, dass die Grundbedürfnisse der Menschen, die Haushaltskosten, fast von einem Tag auf den anderen leicht beeinträchtigt werden können, kann sich auch die Stimmung in der Gesellschaft von einem Tag auf den anderen stark verändern und Extremismus und Populismus können viel stärker werden als bisher.**

Meines Erachtens verbindet uns, auch bei den Themen, die die Transformation der Wirtschaft betreffen, vor allem das Thema Kohleausstieg. Das ist ein Thema, das uns schon seit 30 Jahren begleitet. Jetzt gewinnt dieses Thema stark an Dynamik. Wir sehen in Sachsen sowie bei uns, wie sich die Gesellschaft in Regionen, in denen diese Abhängigkeit sehr hoch war, verändert und wie dort Populismus und Extremismus gedeihen. Auch das ist eine große Warnung. Da müssen wir ganz konkrete Schritte unternehmen, da müssen wir nach Antworten suchen. Wie können wir zum Beispiel die Produktion von Medikamenten und medizinischen Erzeugnissen zurück nach Europa holen? Wir sehen heute, was es für die Gesellschaft bedeutet, wenn uns Antibiotika und einige weitere Arzneimittel fehlen. Das Gleiche gilt für andere Bereiche.

Wir müssen uns im Bereich der Volkswirtschaft im Klaren sein und Prioritäten setzen. Das, was wir zurückhaben wollen, müssen wir hier produzieren können. Wir sind sehr transparent. Wir haben sehr strenge und klare Regeln für das öffentliche Beschaffungswesen, was einerseits gut ist. Aber viele andere Länder außerhalb der EU verhalten sich anders. Dadurch ist es für uns andererseits schwierig, ein wettbewerbsfähiges Umfeld zu schaffen, was bedeutet, dass jeder, der zu uns kommt, selbst aus asiatischen Volkswirtschaften, einen transparenten und offenen Markt vorfindet. Aber umgekehrt funktioniert das nicht. Das macht uns noch verwundbarer. Mit dem Geld der tschechischen, sächsischen und europäischen Steuerzahler unterstützen wir daher tatkräftig diese Volkswirtschaften, einschließlich ihrer Regime. Meiner Meinung nach ist dies eine sehr dringende, sehr aktuelle Herausforderung. Diese Schritte dürfen in der Tat nicht nur kommentiert werden, sondern es muss etwas geschehen, sie müssen strategisch verknüpft werden. Das können nicht einzelne Staaten für sich tun, sondern es muss wirklich ein gemeinsamer strategischer Ansatz für die nächsten Jahre sein.

Lassen Sie mich auch sagen, denn im Rahmen der heutigen Konferenz sprechen wir über die Gesellschaft und über den sozialen Bereich, der mir in meiner Dienststelle sehr

nahesteht, dass es noch eine weitere große Herausforderung gibt: Wir sterben aus. Europa stirbt aus. Unsere Gesellschaft stirbt aus. Das ist eine weitere große Schwachstelle, die wir nicht genug wahrnehmen. Damit ist die Frage verbunden, wie der Arbeitsmarkt in Zukunft aussehen wird, wer auf ihm arbeiten wird, wie die Wirtschaft infolgedessen wachsen bzw. nicht wachsen wird, aus welchen Ländern Menschen zu uns kommen werden und wie wir dies gesellschaftlich und sicherheitsmäßig bewältigen werden. Wir alle wissen, dass wir in zunehmendem Maße Drittstaatsangehörige brauchen werden. Auf der anderen Seite wird es aber auch Bereiche geben, wo das sehr sensibel und sehr prekär wird. Das gilt zum Beispiel für die Bereitstellung von Arbeitskräften für den Gesundheitssektor, für den sozialen Sektor etc. Wir sollten also auch in diesen Bereichen, die manchmal völlig am Rande der Aufmerksamkeit stehen, gemeinsame Lösungskonzepte und -strategien entwickeln. Wie wollen wir ein Europa fördern, das nicht so schnell ausstirbt, sondern ein Kontinent ist, der in diesen Fragen langfristig nachhaltig ist?

Ich freue mich sehr auf das kommende Panel, das wahrscheinlich sehr viel konkreter sein wird. Ich möchte all jenen, die erfahrener und älter sind als ich, herzlich dafür danken, dass sich unser gemeinsamer Dialog und unsere Freundschaft in den letzten 30 Jahren so hervorragend entwickeln konnten, dass wir nicht nur miteinander reden, sondern auch zusammenarbeiten.

Der Besuch unseres Ministerpräsidenten in Dresden letzte Woche war, glaube ich, ein weiteres konkretes Ergebnis davon. Ich muss sagen, dass ich persönlich, wenn ich z.B. nach Berlin fahre, meine Mitarbeiter immer anweise, zu prüfen, ob meine Kollegen in Dresden Zeit für mich haben. Ich bin sehr froh, wenn ich dort Halt machen kann und sich z.B. der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer oder seine Kollegen in der Regierung oder im Parlament Zeit für mich nehmen, sodass wir uns wirklich mehrmals im Jahr treffen. Denn wenn etwas menschlich funktioniert, dann funktioniert es auch in der Politik. Das ist wichtig. Auch das brauchen wir.

Also vielen Dank für diese echte, lebendige Freundschaft, die nicht nur eine rhetorische ist. Ich weiß das zu schätzen. Ich danke Ihnen vielmals. «

# Podiumsdiskussion

*Der Hauptsaal (Rittersaal) im Palais Waldstein*

# Podiumsdiskussion

*PD Dr. Antje Nötzold (Moderation)* — *Dr. Dana Drábová* — *Marian Jurečka* — *Stanislaw Tillich*

→ **PD Dr. Antje Nötzold (Moderatorin):**
Vielen Dank für die Einladung. Auch ich freue mich, heute hier zu sein. Zu Beginn unserer spannenden Vormittagsrunde darf ich Sie zunächst kurz in das Thema einführen, bevor ich Ihnen unsere Referenten von heute vorstelle.

Das Schlagwort „Zeitenwende“ ist heute Morgen relativ wenig gefallen, obwohl es sonst gerade sehr häufig vorkommt. Wir sehen in den letzten Jahren nicht nur eine sicherheitspolitische Zeitenwende, sondern eben auch eine wirtschaftliche. Die Energieversorgung gerade in Mitteleuropa musste massiv umgestellt werden durch den Umstand, dass die russischen Gaslieferungen versiegt sind. Hinzu kommt die ambitionierte Umstellung auf ein emissionsarmes Energiesystem. Auch das ist ein Ziel, auf das wir uns europäisch geeinigt haben.

Wie kann uns das Ganze jetzt im Herzen Europas gelingen? Das ist ein Thema, was wir heute Morgen ansprechen werden. Wie gehen wir mit künftigen Abhängigkeiten um? Wie managen wir auch strategische Verwundbarkeiten in dem Bereich?

Aber das ist nicht das einzige Thema, was die Wirtschaft

*Dr. Mario Holzner*

beschäftigt. Wir haben gesehen, dass verschiedene Umbrüche in den letzten Jahren durch die Corona-Pandemie noch nicht verwunden sind. Die neuesten Zahlen in Deutschland, zumindest was den Geschäftsklimaindex angeht, haben sich eben noch nicht wieder erholt. Wir sind noch nicht wieder bei den Werten der Vor-Corona-Zeit.

Hinzukommen, auch das ist schon angesprochen worden, unsichere Versorgungslagen – Energie, kritische Rohstoffe, Lieferketten – hohe Zinsen, Kaufkraftverlust, langfristige Herausforderungen, wie demografischer Wandel, Digitalisierung, aber auch die sicherheitspolitische Lage in Europa. Welche Chancen und Gefahren bestehen hier für unsere Wirtschaft, für unsere Energieversorgung, und wie sollten wir damit umgehen, wie sollten wir dies auch angehen und annehmen? Das sind die Themen, mit denen wir uns heute Morgen beschäftigen werden.

Dazu haben wir ein hochkarätiges Panel und steigen direkt in die Diskussion ein. Da wir jetzt schon viel über die wirtschaftlichen Herausforderungen gehört haben, würde ich gern bei Herrn Dr. Holzner beginnen und zunächst die Expertise Ihres Instituts erfragen, das ja regelmäßig Vergleichsstudien über die Volkswirtschaften der Länder Mittel- und Osteuropas erstellt. Wie steht es denn um die Volkswirtschaften in Mitteleuropa? Wie sind die verschiedenen Staaten durch die Krisen der letzten Jahre gekommen? Und wie sind sie auf die anstehenden Transformationsprozesse vorbereitet?

→ **Dr. Mario Holzner:**
Vielen herzlichen Dank für die Einladung. Wir analysieren 23 Länder in Mittel-, Ost-, Südosteuropa. Diese sind natürlich sehr heterogen, sehr unterschiedlich. Wenn man mit den Vertretern der Länder selber spricht, so glauben sie natürlich, dass ihr Land ganz besonders anders ist als alle anderen Länder. Wir sind sicherlich nicht die Experten für jedes einzelne Land, aber wir können eben diesen Vergleich ziehen und gewisse gemeinsame Muster erkennen. Das ist, glaube ich, die Stärke unseres Instituts. Da gibt es dann natürlich schon sehr viele, sehr ähnliche Muster und Herausforderungen. Minister Jurečka hat ja schon die großen Herausforderungen erwähnt. Vielleicht kann ich noch ein bisschen ins Detail gehen und herausarbeiten, was ganz konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen sein könnten.

Natürlich, das große Thema in der gesamten Region, in ganz Europa, nicht zu sagen in der ganzen Welt ist zurzeit das Energiethema. Wir sehen gerade in Mittel-, Ost-, Südosteuropa noch viel höhere Inflationsraten als im Westen des Kontinents. Teilweise hat das einen rein statistischen Grund, weil nämlich der Anteil des Konsums von Energien und Nahrungsmitteln je weiter wir nach Osten gehen einen immer größeren Anteil am Warenkorb ausmacht. Und wenn in diesen beiden Bereichen die Inflation besonders stark ist, ist auch die Gesamtinflation besonders stark. Da ist es interessant zu sehen: Es gibt ein Land in der Region, bei dem es ganz anders ist. Die meisten Länder haben 10, 15, 20 im Falle Ungarn sogar 25 Prozent Inflation. In Albanien, ein Land, das oft nicht besonders beachtet wird, beträgt die Inflation nur fünf Prozent. Das ist unter dem EU-Schnitt, obwohl der Warenkorb unvorteilhaft ist. Warum ist das der Fall? Man hat in Albanien sehr früh Preiskontrollen eingeführt in den wichtigsten Nahrungsmittelbereichen, aber insbesondere bei der Energie. Warum konnte sich so ein armes Land wie Albanien das leisten? Der Energiemix Albaniens besteht zu 100 Prozent aus Wasserkraft. Sie können also extrem günstig, um nicht zu sagen mehr oder weniger gratis und autark, Energie erzeugen. Ich glaube, das ist gewissermaßen eine Lehre. Die Länder in der Region, die es schaffen, mittelfristig mehr oder weniger autark erneuerbare Energie zu produzieren – zu einem sehr billigen Preis –, die werden einen großen Standortvorteil haben.

Die zweite Frage ist der technologische Wandel und wie die Region damit umgehen kann? Wenn man sich industrielle Kennzahlen anschaut, dann sind eigentlich West- und Osteuropa schon relativ ähnlich, was den Anteil der

Industrie in verschiedenen Sparten anbelangt. Wenn man dann aber in die einzelnen Funktionen entlang der Wertschöpfungskette in den verschiedenen Ländern hineinzoomt, dann gibt es hier doch gewisse Unterschiede. Denn die Funktion, die noch immer dominant in Mittel- und Osteuropa ist, ist die eigentliche Produktion, also nicht die Headquarterfunktion, nicht die Forschung und Entwicklung, auch nicht die technische Dienstleistung und die Businessdienstleistung, obwohl wir sehen, dass in den letzten Jahren hier ein gewisser Fortschritt zu erkennen ist. Die eigentliche Produktion ist natürlich stark gefährdet durch die Automatisierung, die es eigentlich nicht mehr unbedingt notwendig machen wird, in einem Land zu produzieren, wo das Lohnniveau etwas billiger ist.

Kann die Digitalisierung hier zum Beispiel eine Hilfe sein? Ja, teilweise schon. Wir sehen gerade bei den jungen Menschen in Mittel-, Ost-, Südosteuropa, dass die eigentlich vielerorts ein höheres Niveau an digitalen Fähigkeiten haben als in Westeuropa. Das heißt, hier ist die Handlungsempfehlung, massiv in höhere Ausbildung gerade im technischen, im mathematischen Bereich, in den MINT-Fächern zu investieren, und damit ein Überangebot an hochausgebildeten, hochqualifizierten Arbeitern und Arbeitnehmern zu schaffen.

Das bringt mich wiederum, was bereits der Herr Minister erwähnt hat, zum demografischen Problem. Denn wir sehen in ganz Europa und umso mehr noch in Mittel-, Ost-, Südosteuropa eine Reduktion der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Wenn wir die Hochrechnungen, die durch Politikmaßnahmen relativ schwer zu verändern sind, über die nächsten Jahrzehnte anschauen, dann verlieren manche Länder 10, 20 Prozent bis zu einem Viertel und mehr an ihrer Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Das bedeutet, Migration ist ein Thema.

Wir haben uns überall in Europa vor dieser Frage gedrückt und keine wirklich guten Mechanismen entwickelt. Ich glaube, diesmal müssen wir es anders tun. Das beinhaltet auch die Frage, junge Familien im Land zu halten. Da ist es oft nicht nur eine Frage der Einkommen. Wir haben am Institut sehr viele Kolleginnen und Kollegen, die aus der MOE-Region kommen, und die sagen mir, sie sind nicht unbedingt wegen des Einkommens gekommen. Sie hatten eigentlich auch ein ganz gutes Einkommen in ihrem Land. Sie sind für ihre Kinder gekommen. Sie wollen, dass ihre Kinder eine gute Ausbildung haben, in ein gutes Krankenhaus, wenn es notwendig ist, kommen können, dass es Parkanlagen gibt, dass es leistbares Wohnen gibt usw. Im Wesentlichen wollen sie das, was wir vielleicht das gute Leben nennen. Ich glaube, eine Politik des guten Lebens ist etwas, was für das Beibehalten der eigenen Bevölkerung im Land, wie auch das Anziehen von qualifizierten Leuten aus dem Ausland, wichtig ist.

Das sind im Wesentlichen die drei Themen, die anzusprechen sind: günstige erneuerbare Energie, Sicherstellen von einem Überangebot an Hochqualifizierten und ein gutes Preis-Leistung-Verhältnis des täglichen Lebens.

→ **PD Dr. Antje Nötzold:**
Vielen Dank! Bleiben wir vorerst beim Energiethema. Ich würde gern zu Herrn Tillich überleiten, um die deutsche Perspektive einzubringen. Wie ist die deutsche Wirtschaft, Deutschland insgesamt durch die Krise der

letzten Jahre gekommen? Gerade auch, wenn wir uns die Energiekrise anschauen: Wir haben uns ja schon 2011 sehr ambitionierte Ziele für eine Energietransformation gesetzt, die natürlich letztes Jahr durch die Lieferschwierigkeiten mit Gas, was als eine Art Brückentechnologie dienen sollte, ein bisschen umgeworfen worden sind. Wir sehen daher verschiedenste Transformationen. Wo stehen wir jetzt? Was erwartet uns? Wie kann und sollte es weitergehen mit der Energiepolitik in Deutschland?

→ **Stanislaw Tillich:**
Vielleicht erst einmal anknüpfend an meinen Vorredner: Wie sieht die Situation der Wirtschaft in Deutschland aus? Schaut man sich den Industrieanteil am deutschen Gesamtwertschöpfungsprozess an, muss man deutlich feststellen, dass der Industrieanteil in den letzten Jahren in Deutschland zurückgegangen ist. Das heißt also, er ist nicht stärker geworden, sondern deutlich zurückgegangen. Die Produktionskapazitäten sind teilweise in Billiglohngebiete oder in Regionen verlagert worden, wo die Standortbedingungen günstiger waren. Die Headquarter sind in Deutschland, aber die Produktion findet andernorts statt.

Mittlerweile stellen wir fest, dass es seitens deutscher Unternehmen eine Zunahme von Investitionen im Ausland gibt, wohingegen die Investitionsquote deutscher Unternehmen in Deutschland deutlich zurückgegangen ist. Das hat natürlich etwas mit den hohen Energiepreisen zu tun, aber das ist, glaube ich, ein Sekundäreffekt. Meine Wahrnehmung ist vielmehr, dass sich auch die Standortbedingungen in der Frage der Investitionssicherheit in Deutschland verändert haben. Und das hat etwas mit der Energiepolitik zu tun.

Früher war Energie berechenbar. Sie sind an die Strombörse in Leipzig gegangen oder zu uns ins Unternehmen gekommen, haben dann für 10 Jahre Lieferverträge geschlossen und beide Seiten hatten damit eine planbare Größe – der Kunde den Strompreis, der Energieerzeuger die Abnahmemenge. Das hat sich geändert. Wir haben gegenwärtig noch gar keinen Kontrakt für 2024. Das heißt, wir leben heute mit enormer Volatilität: Die Industrie versucht, sich entsprechend den Preisbedingungen am Markt zu orientieren. Das wiederrum ergibt aber eine Volatilität, die viel größer ist, als sie in der Vergangenheit war. Das ist ein gewaltiger Transformationsprozess. Ich glaube, dass die Wirtschaft damit klarkommen wird, aber es ist eine wesentliche Veränderung.

Ich meine, man kann Deutschland nicht mit Albanien vergleichen, weil die sogenannten Vorkommen an fließendem Laufwasser, wie das in der Energiesprache heißt, in Deutschland minimal sind. Das heißt, wir hatten einen gesunden Energiemix von Kernkraft, von Stein- und Braunkohle, von Gas und natürlich auch erneuerbaren Energien, mit einem zunehmenden Anteil der erneuerbaren Energien. Wir haben in Europa ein sehr marktwirtschaftliches Instrument, das ist der $CO_2$-Zertifikatehandel. Aber wir haben eben auch eine sowohl europäische wie auch deutsche Politik, die mit diesen Ergebnissen der Marktwirtschaft nicht einverstanden ist. Ihr geht das zu langsam. Sie drängt, auch im Hinblick auf den Klimawandel, auf massive regulatorische Art auf eine Veränderung des Energiemixes. Die Folge ist, dass die Kernkraft

in Deutschland abgeschaltet wurde und dass heute die großen deutschen Übertragungsnetzbetreiber – obwohl es eine andere gesetzliche Grundlage gibt – davon ausgehen, dass es im Jahr 2030 keinen Kohlestrom mehr im Netz gibt, jedoch noch Gasstrom. Aber auch da sind die ambitionierten Ausbauziele, die die Grundlage für die erfolgreiche Energiewende in den 2030er-Jahren sind nicht erreicht. Ich habe Zweifel daran, dass uns das erst in den 2040er-Jahren gelingt. Die Transformationszeit zwischen heute und 2035 wird entsprechend eine sehr harte Zeit sein, weil eben wichtige Voraussetzungen fehlen. Wir haben nicht den notwendigen Netzausbau erreicht. Es gibt zurzeit in Deutschland kaum oder nur geringe Investitionen in neue Gaskraftwerkskapazitäten. Die müssen sich aber bis zum Jahr 2030 verdoppeln. Die gibt es nicht mal in Planung, geschweige denn im Bau. Und wie lange man in Deutschland etwas baut, brauche ich hier nicht – auch den tschechischen Kollegen nicht – erläutern. Das ist sehr lange.

Wir sind natürlich auch beim Übergang zu Erneuerbaren nicht ganz unabhängig. Herr Minister Jurečka hat vorhin darüber gesprochen, wie groß die Abhängigkeit von China ist. 80 Prozent der Photovoltaikmodule kommen aus China. Fast 100 Prozent der Zellen kommen aus China. Mittlerweile kommen auch fast 80 Prozent der Windkraftanlagen aus China. Mit zunehmendem Markteintritt der Chinesen wird dieser Anteil sogar noch größer werden. Es gibt noch ein europäisches Unternehmen, Siemens Gamesa, und es gibt Enercon in Deutschland mit einem Anteil von, glaube ich, sechs Prozent der in Deutschland installierten Windleistung. Ein deutsches Unternehmen hat sechs Prozent Anteil, alles andere ist Ausland. Daran kann man erkennen, wie weit wir auch in dieser Angelegenheit mittlerweile davon abhängig sind, dass uns andere helfen, diese Energiewende zu absolvieren. Wir sind das einzige „mutige“ Land, das so vorgeht. 2019 – ich war Co-Vorsitzender der sogenannten Kohlekommission – ist ein kluger Satz bei der Übergabe dieses Berichtes an die Bundeskanzlerin gesagt worden von den vier Vorsitzenden: Frau Bundeskanzlerin, das ist ein Projekt des gesellschaftlichen Miteinanders.

Dieses Miteinander brauchen wir für eine Transformation der Energiewirtschaft, die eine Transformation der

Volkswirtschaft nach sich zieht. Wir brauchen das gesellschaftliche Miteinander, vor allem wenn wir das als – das war ja der Anspruch Deutschlands – gutes Beispiel verkaufen will, wie man die Herausforderungen des Klimawandels meistern kann. Dann muss es aber auch gelingen, um es anderen zur Nachahmung zu empfehlen.

Dieses Gesetz zum Kohleausstieg hat nicht einmal zwei Jahre Bestand gehabt, dann wurden die Regeln durch die neue Koalition schon verändert: Vorzeitiger Ausstieg aus der Kohle 2030. Damit ruht vieles, was in der Energiewende bis 2030 angestrebt wird, momentan auf dem Prinzip Hoffnung. Nicht nur ich habe am Erreichen dieser neuen Ziele meine erheblichen Zweifel, sondern die Fakten sprechen ganz einfach nicht dafür. Es fehlt am Ausbau der Übertragungsnetze, es fehlt an den Kraftwerkskapazitäten, die dafür notwendig wären, und die sind in der Kürze der Zeit und unter den Bedingungen, die wir gegenwärtig am Markt haben, mit immensen Kosten für Investitionen verbunden.

Nur ein Beispiel: Die Bundesnetzagentur sieht es momentan so und es ist ja auch politisch geäußert worden, dass die Abschaltung der Kernkraftwerke keinen Einfluss auf die Preise habe. Das ist fast richtig. Solange die Sonne scheint und der Wind weht, ist das richtig. Gibt es aber ab 17 Uhr die sogenannte Stromlücke, wo die Photovoltaik zur Neige geht und gleichzeitig auch in der Regel in vielen Monaten des Jahres der Wind nachlässt, dann brauchen wir Stromimporte. In allen Berichten schreiben wir, wir sind ein Nettoexporteur. In der Summe stimmt das, aber nicht zu bestimmten Zeiten. Drei, vier Stunden am Tage importieren wir Kernenergie oder Kohlestrom aus Tschechien und aus Polen und aus Frankreich, soweit verfügbar. Das ist aber ein weiteres Thema, zu dem wir vielleicht noch kommen.

Wir alle streben in Europa das gleiche Verfahren an, das heißt, wir wollen alle aus der Kohle raus. Parallel werden wir darauf angewiesen sein, dass es Länder gibt, die Kernenergie erzeugen und damit grundlastfähige Kapazitäten haben, ansonsten wird uns nämlich alle die Stromlücke zur gleichen Zeit treffen, weil die Zeitunterschiede in Europa nicht so groß sind. Albanien, Österreich, die Schweizer und die Skandinavier werden uns nicht allein mit ihrer Wasserkraft versorgen können. Das wird eine Herausforderung.

Letzte Bemerkung: Ich will mal sagen, wie ambitioniert einiges ist. Ich habe vor kurzem von meinem Stromversorger eine Mitteilung bekommen, dass ich einen digitalen Stromzähler habe. Ich habe mich gefreut, habe mein WLAN angeworfen und wollte gleich nachschauen, wie hoch mein Stromverbrauch gerade jetzt ist und welche Stromverbraucher am Netz sind. Dann habe ich festgestellt, dass dieser Stromzähler zwar digital heißt, aber kein Smart Meter ist. Diesen muss mein Stromanbieter bis 2035 nach deutschem Gesetz installiert haben. Der deutsche Stromkunde soll ja sehr sparsam mit der Energie umgehen. Das ist die Forderung Voraussetzung auch im Hinblick auf die deutschen Klimaziele 2035. Dann habe ich im Internet nachgeschaut: Wir haben 53 Millionen Haushalte in Deutschland und nur 133 000 Smart Meter, die installiert sind. In Italien verfügen fast 95 Prozent der Haushalte über Smart Meter. Das heißt, es geht, aber warum geht es anderswo und nicht bei uns?

→ **PD Dr. Antje Nötzold:**
Vielen Dank! Ich würde jetzt gern den Aspekt der Kernenergie aufgreifen und zu Frau Drábová kommen. Sie sind Expertin auf dem Themenfeld: Wie wird die Kernenergie, wir haben ja gerade gehört, in Deutschland ist es ein sehr ideologisch diskutiertes Thema, in der Tschechischen Republik und in den mitteleuropäischen Staaten bewertet? Welche Rolle kann und sollte Nuklearenergie für die Energietransformation in Mitteleuropa bzw. in Europa insgesamt spielen?

→ **Dr. Dana Drábová:**
Meine Damen und Herren, zunächst einmal vielen Dank für die Einladung und für die Gelegenheit, mit Ihnen in diesem geschätzten Forum einige Gedanken zu teilen. Lassen Sie mich ein wenig allgemeiner beginnen. Die tschechische Energiestrategie hat drei grundlegende Säulen. Ich bin sicher, dass es in unseren Nachbarländern ganz ähnlich ist. Diese Säulen sind Versorgungssicherheit, wirtschaftliche Verfügbarkeit und eine möglichst geringe Umweltbelastung, d. h. die Umweltfreundlichkeit des von uns gewählten Energiemixes. Die Tschechische Republik hat die Verpflichtungen der Pariser Konferenz zur Begrenzung des menschlichen Einflusses auf das Klima angenommen. Sie hat auch alle Verpflichtungen, die sich aus der gemeinsamen EU-Politik ergeben, akzeptiert.

Das bedeutet, dass wir uns auf dem Weg zum Net Zero im Jahr 2050 befinden. Wie kann dieses Ziel erreicht werden? Unter den Rahmenbedingungen in der Tschechischen Republik liegt es praktisch auf der Hand, dass es eine Kombination aus Kernkraftwerken und erneuerbaren Energien sein wird. Nach vorläufigen Schätzungen könnten wir eine Situation erreichen, in der etwa 50 Prozent des emissionsarmen Stroms – ich spreche jetzt von Strom – von Kernkraftwerken geliefert werden, vielleicht 30 Prozent, vielleicht auch etwas mehr, je nachdem, wie es uns gelingt, die erneuerbaren Energien zu erweitern, und den Rest werden wir mit Gas produzieren müssen. Ich möchte hier eines klarstellen: Wir sollten Gas nicht ablehnen, nur weil wir in den letzten zwei Jahren Probleme mit der Gasversorgung Europas hatten. Es gibt genügend Gas auf der Welt. Es geht

lediglich darum, die richtige Infrastruktur zu haben, um es in Binnenländer wie Tschechien und Sachsen zu transportieren.

Ein kleiner Exkurs zum Thema Kohle: Die Tschechische Republik wird sich von der Kohle verabschieden. Einfach deshalb, weil wir nicht mehr über große, leicht abbaubare Vorkommen und über die gleiche Qualität an Braunkohle verfügen wie zum Beispiel Sachsen. Deshalb gehen wir davon aus, dass wir irgendwann im Jahr 2040, auch wenn wir das nicht wünschen, wahrscheinlich das letzte Kohlekraftwerk in Betrieb haben werden, nämlich das Kraftwerk Ledvice, das relativ neu ist. Selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, werden die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Europa, insbesondere die von Herrn Tillich erwähnten Emissionszertifikate, die Kohle vom Markt verdrängen, unabhängig davon, wie die Regierung entscheidet. Wenn es sich so weiterentwickelt, wie es derzeit der Fall ist, wird die Kohle nicht mehr wettbewerbsfähig sein, und der Betreiber der Kohlekraftwerke wird diese Kraftwerke abschalten, weil sie einfach nicht mehr rentabel werden. Es sei denn, es wird irgendeine Form von staatlicher Unterstützung geben, um sie zumindest als Kaltreserve aufrechtzuerhalten für den Fall, dass das Energiesystem nicht mehr in der Lage ist, die Versorgung zu gewährleisten.

Ich werde noch auf die Frage der Kernenergie zu sprechen kommen, das verspreche ich Ihnen. Aber lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen, und zwar eine Bemerkung zu den Strompreisen und dem Strommarkt. Der Strommarkt als Spiegelbild des freien Warenverkehrs in Europa ist grundsätzlich gut aufgestellt. Denn er hat sehr gut auf das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage in den letzten zwei Jahren reagiert. Es hat sich jedoch gezeigt, dass auch solche Akteure auf diesen Markt eintreten können, die mit dem Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage nichts zu tun haben und auf Knappheit und Preissteigerungen spekulieren. Das ist ein wichtiger Punkt, über den wir nachdenken müssen. Wie können wir diesen Markt weiter verbessern? Denn zu sagen, der Markt hat versagt, ist Unsinn. Der Markt hat nicht versagt. Was versagt hat, sind die Mechanismen, die den Markt zu einem eigentlichen Markt machen.

Und nun zur Kernkraft: Die Länder, die Kernkraftwerke betreiben, sind seit dem 15. April dieses Jahres, als Deutschland seine letzten drei verbliebenen Blöcke vom Netz genommen hat, in der Minderheit, denn nur noch 13 der 27 EU-Länder betreiben sie. Allerdings stammen immer noch 20 Prozent des Stroms auf dem europäischen Markt aus Kernkraftwerken, und wir wissen nicht, wie wir dieses Segment in absehbarer Zeit ersetzen könnten. Die Kernenergie ist eine in der Tat emissionsarme Energiequelle, die, was die Treibhausgasemissionen angeht, mit Wasser-, Wind- und Sonnenkraft vergleichbar ist. Sie ist eine berechenbare Energiequelle, die die tages- und jahreszeitlichen Schwankungen ausgleichen kann, mit denen die erneuerbaren Energien bisher vergeblich kämpfen. Hoffentlich werden wir bald Technologien entwickeln, die es uns ermöglichen, Strom effizient, kostengünstig, in angemessenen Mengen und über einen angemessenen Zeitraum zu speichern. In der Zwischenzeit werden uns aber stabile, berechenbare Quellen wie Kernkraftwerke, weil sie in dieser Gruppe die einzigen emissionsarmen Energiequellen sind, aber auch Kohle und Gas, entschuldigen Sie bitte den Ausdruck, als „letzte Rettung“ dienen. Die letzten zwei Jahre haben uns gezeigt, dass es nicht gut ist, aus egal welchen ideologischen Gründen, eine Quelle abzulehnen, mit der wir vernünftig umgehen können. Die Tschechische Republik kann mit den Kernkraftwerken vernünftig und mit einem hohen Maß an Sicherheit und Zuverlässigkeit umgehen, und sie will weiterhin auf diese Art der Stromerzeugung setzen, wie es das nationale Energiekonzept auch vorsieht. Ich hoffe, und es ist mein persönlicher Wunsch, dass es uns auch weiterhin gelingt, den Anteil der erneuerbaren Energien sinnvoll zu erhöhen, damit wir 2050 zu Net Zero kommen.

→ **PD Dr. Antje Nötzold:**
Minister Jurečka, Sie haben in Ihrem großen Problemaufriss dazu aufgerufen, dass wir uns als Gemeinschaft, als mitteleuropäische Gemeinschaft, vielleicht auch als europäische Gemeinschaft wirtschaftlich stärken müssen, um auch außenpolitisch stark reagieren zu können. Das Schlagwort „Resilienz“ ist gefallen. Wie sehen Sie das aus Ihrer Perspektive? Was wäre da die Aufgabe für die Tschechische Republik? Was wäre die Aufgabe für Mitteleuropa? Wo müssen wir aktiv werden, um dieses Ziel zu erreichen?

→ **Marian Jurečka:**
Ich bleibe noch einen Moment bei der Energiewirtschaft. Wenn ich mir die App anschaue, die ich seit einem Jahr mit großem Interesse verfolge (es ist die App Electricity Maps, und ich empfehle jedem, sie gelegentlich zu nutzen), dann sehe ich, wenn ich mir die neuesten Entwicklungen von heute Morgen oder heute Vormittag anschaue, wie Europa im Energiebereich funktioniert. Heute, in diesem Moment bzw. vor anderthalb Stunden, bezog die Tschechische Republik zwölf Prozent ihrer Energie aus Deutschland, schickte aber gleichzeitig viereinhalb Prozent nach Österreich und fünf Prozent in die Slowakei. Diese Wechselbeziehung zwischen den Verteilernetzen erfüllt tatsächlich die Funktion eines Marktes.

Wir als Politiker müssen in der Lage sein, einen weiteren Aspekt in diese Debatte einzubringen. Die Diskussion über strategische Fragen, vor allem im Energiebereich, kann nicht von Gefühlen und Emotionen getragen werden, und schon gar nicht davon, wer was wo im Rahmen irgendwelcher populistischer PR-Auftritte sagt. Denn wir

haben es hier mit unerbittlicher Physik zu tun. Wir haben es auch mit sehr schwer vorhersehbaren Dingen in Bezug auf Wetterschwankungen zu tun. Der Klimawandel wird in der Zukunft gerade im Bereich der Witterung mehr Extremerscheinungen mit sich bringen. Auf der einen Seite können wir mit einem Idealszenario rechnen, das heißt mit einem guten Mix aus erneuerbaren Quellen, sei es Sonneneinstrahlung, Wind oder Biomasse. Wir können es manchmal auch für die Jahreszeiten vorhersagen, sei es für Sommer oder für Winter. Als Politiker muss ich verantwortungsbewusst sagen können, dass wir auch auf Notsituationen im Zuge großer Wetterschwankungen vorbereitet sind, wie z. B. auf extreme Kälte im Winter oder auf längerfristige Einbrüche in der Stromerzeugung aus Wind oder Sonne. In dem Moment, in dem wir keine realistischen Szenarien dafür haben, sind wir sehr verletzlich, nicht nur nach außen hin, sondern logischerweise auch in den Auswirkungen auf unsere eigene Bevölkerung, die von ihren Politikern erwartet, dass sie auf Überschwemmungen, Tornados, Corona usw. vorbereitet sind. Ich erinnere mich an Diskussionen darüber, warum wir nicht genügend Atemschutzgeräte, Schutzmittel usw. in unseren staatlichen Materialbeständen haben.

Wir müssen uns in der jetzt anstehenden Debatte wirklich damit befassen, wie der Energiemix in dieser nationalen sowie internationalen Strategie zusammengesetzt werden sollte, von wem und aus welchen Ländern, und inwiefern wir bereit sind, uns in Zukunft gegenseitig zu helfen. Darüber hinaus stehen wir vor einer weiteren wichtigen Herausforderung. Es ist hier schon mehrfach gesagt worden, dass der Markt seine Aufgabe gut erfüllt hat. Der Markt wird sowieso gut funktionieren, er wird einfach nur demjenigen Energie liefern, der das höchste

Angebot unterbreitet. Das mag vielleicht nicht immer unseren gesellschaftlichen Normen oder Sicherheitsanforderungen entsprechen. Wir werden europaweit nach Antworten suchen müssen, wie wir in kritischen Momenten klare und kohärente Mechanismen auf dem Markt durchsetzen können. Mit diesen Mechanismen könnten wir sicherstellen, dass in kritischen Momenten die Energie gleichmäßig zwischen den Ländern verteilt wird und dass in bestimmten Teilen der Gesellschaft auch Solidarität waltet.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung. Wir dürfen eine Besonderheit nicht vergessen, die meiner Meinung nach Tschechien und Sachsen verbindet. Die zentrale Wärmeerzeugung und -versorgung, denn in vielen europäischen Ländern ist die Situation anders. Wir haben einen sehr hohen Anteil an Fernwärme, die heute in vielen Städten an Kohleverstromung gekoppelt ist. Auch hierauf muss eine gute Antwort gefunden werden. Die Gasfrage wurde hier von Frau Drábová bereits angesprochen. Wir werden auf jeden Fall mit Gas rechnen müssen. In den letzten anderthalb Jahren hat man hier den Eindruck gewonnen, dass wir schneller als ursprünglich geplant auf Gas verzichten werden. Meiner Meinung nach wird es aber nicht ganz so einfach sein. Ich habe es erlebt, als ich als Minister an den Ministerräten teilgenommen habe. Zum Beispiel die Meinung der Kollegen aus Spanien, aus Portugal oder aus Frankreich war Anfang März ganz anders. Sie sagten, wir haben es geschafft, der Winter ist vorbei, super. Ich habe entgegnet, dass ich heute früh aus meinem Dorf gekommen bin, wo es minus zehn Grad hatte. Mitteleuropa oder zum Beispiel Gebirgsregionen sehen das völlig anders. Ein Politiker muss immer eine realistische Antwort haben, wie man diese Dinge anpackt. Womit werden wir zu Hause heizen, wenn eine Krise kommt?

➔ **PD Dr. Antje Nötzold:**
Wir haben vorhin von Herrn Holzner gehört, wie der Markt funktioniert. Das ist natürlich die Perspektive, die wir in Deutschland, die wir in Europa gern einnehmen: Die Nachfrage regelt das Angebot und über den Preis reguliert sich dann der Kauf. Jetzt haben wir aber gerade gesehen, mit dem Krieg in der Ukraine und mit dem russischen Verhalten, dass es eben auch Akteure gibt, die nicht nach marktwirtschaftlichen Kriterien spielen, sondern die zum Beispiel Energie strategisch benutzen, geopolitisch einsetzen. Ist es denn so, dass wir in Europa weiterhin auf den Markt setzen können? Jeder Staat kann schließlich individuell über seinen Energiemix entscheiden. Ist der marktwirtschaftliche Ansatz für Europa nach innen, aber auch in seinen Energiebeziehungen nach außen noch immer der richtige Weg?

➔ **Dr. Mario Holzner:**
Das Problem ist halt, dass es nur sehr wenige Märkte gibt, die wirklich perfekte Märkte sind, in dem Sinne, dass es eine Unzahl an Produzenten und Verbraucher gibt. Typischerweise sehen wir Märkte, sogenannte Oligopole, wo es nur eine Handvoll große Produzenten gibt. Im Bereich von Energieerzeugung und Netzinfrastruktur sind es eigentlich sogar klassische Monopole. Das ergibt einen Handlungsauftrag für die öffentliche Hand. Denn wenn man das einfach sich selbst überlässt, dann ist es natürlich möglich, dass sich jeder Häuserblock ein Dieselaggregat aufstellt und sein Glück versucht.

Vorausschauend gute Planung bedeutet auch eine gute öffentliche Infrastruktur. Hier gibt es eine Rolle nicht nur für die Kommunen, etwa, dass es die angesprochene zentrale Wärmedistribution gibt. Zum Beispiel wurde jetzt nahe Wien bei seismischen Untersuchungen ein riesiges Reservoir an heißem Wasser gefunden, das in den nächsten Jahren angezapft wird. Also es gibt hier noch eine Vielzahl an Möglichkeiten, die wir noch nicht einmal richtig in Angriff genommen haben. Es gibt überall wo es Berge gibt auch durchaus das Potenzial für mehr Speicherkraftwerke, mit denen man dann diese zeitlichen Dimensionen überbrücken kann. Insbesondere ist es ein Auftrag für die europäische Ebene, wo nicht einmal die nationale Ebene voll durchgreifen kann, die Netzinfrastruktur zwischen Nordeuropa, wo riesiges Windpotenzial ist, und Südeuropa, wo enormes Solarpotenzial ist, zu verknüpfen.

Was sind die zwei Länder mit der größten Solarkraftproduktion in Europa? Wenn ich richtig informiert bin, sind es die unwahrscheinlichen Fälle der Niederlande und Deutschland. Also das ist offensichtlich seltsam. Oder wenn ich mir anschaue, welche technologischen Fortschritte Windkrafterzeugung in den letzten Jahren gemacht hat. Ein heutiges Windrad ist nicht vergleichbar mit dem von vor zehn Jahren. Hier kann auch Offshore in Nord- und Ostsee noch viel mehr produziert und miteinander verbunden werden.

Ich bin seltsamerweise als Österreicher gar nicht gegen Nuklearkraft. Auf eine Party in Österreich kann man sein Gegenüber schockieren, indem man sagt, dass man für Nuklearkraft ist. Dass man da prinzipiell dagegen ist, das ist einer der wenigen Konsenspunkte, die es in Österreich komischerweise gibt. Ich möchte aber hier in dieser Runde schon betonen, dass Nuklearkraft langfristig keine wahnsinnig billige Art der Stromerzeugung ist. Wenn wir uns anschauen, wie beispielsweise im Mutterland der europäischen Nuklearkraft, in Frankreich, regelmäßig die Hälfte der Kapazitäten nicht am Netz ist, weil sie repariert werden müssen. Wir haben auch schon die Abhängigkeiten angesprochen, denn das nukleare Material wird typischerweise aus dem Ausland nach Europa geholt, unter anderem aus Russland.

Insgesamt befürchte ich, dass Europa extrem abhängig ist von allen möglichen Rohstoffen aus China, aus Russland, aus dem Rest der Welt. Diese Abhängigkeit können wir nicht durch eigene Förderung von Rohstoffen kompensieren. Das ist praktisch unmöglich. Wir müssen einen Weg finden, mit dem Rest der Welt in irgendeiner Form zu kooperieren. Wenn man das auch umgekehrt betrachtet, hat Europa selber ja auch Einfluss auf andere Länder. Es ist ja nicht nur eine einseitige Abhängigkeit. Viele Regionen der Welt sind auch von Europa abhängig. Hier hat Europa bisher sein Potenzial nicht ausschöpfen können, um diesen Einfluss auch geltend zu machen.

Wir haben zusammen mit der Bertelsmann-Stiftung kürzlich eine Studie veröffentlicht und bei der Münchner Sicherheitskonferenz präsentiert, wo wir uns in verschiedenen Bereichen die Abhängigkeiten der Europäischen Union von den Ländern in der Nachbarschaft, sowohl im Osten, als auch in Nordafrika, als auch im Westbalkan angeschaut haben. Es ist noch immer so, dass Europa im Vergleich mit den USA, mit China, mit Russland bei Handel und Finanzen klar die Nummer eins in diesen Nachbarländern

ist, mit ganz wenigen Ausnahmen. Für die Hochtechnologie gilt das auch noch, aber da beginnt China zu übernehmen. Hier hat Europa seine Hausaufgaben versäumt.

Wenn wir uns die Migration anschauen und wissen, dass quasi der gesamte Osten unseres Kontinents in Zukunft nicht mehr die benötigten Arbeitskräfte zur Verfügung stellen wird. Und wenn wir dann sehen, dass es in Nordafrika noch immer wachsende Bevölkerungen gibt, und dass das vermutlich die Herkunftsregion für Migration nach Europa ist, dann sind wir darauf sehr schlecht vorbereitet. Mit den Notwendigkeiten, dass wir als Europäer beispielsweise in Afrika, in Lateinamerika Handelsverträge schließen müssen, auch um unsere Rohstoffquellen zu diversifizieren, da fällt meiner Meinung nach den mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern eine große Rolle zu. Denn es macht schon einen großen Unterschied, ob Präsident Macron mit der kolonialen Vergangenheit Frankreichs nach Afrika reist und dort den Leuten erklärt, wie die Welt funktioniert, oder ob etwa Vertreter der Union aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa dort hinkämen und die Interessen Europas vertreten würden. Ich glaube, nicht nur im Bereich Außenpolitik und Ressourcensicherheit, sondern insgesamt in allen Bereichen europäischer Wirtschaftspolitik sollten die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas stärker ihre Interessen auf europäischer Ebene, aber auch gesamteuropäische Interessen im Ausland vertreten. Da gibt es noch zu wenig aktive Politik.

→ **PD Dr. Antje Nötzold:**
Vielen Dank für das Plädoyer! Herr Tillich, Sie haben zu recht angesprochen, dass gerade die Industrie in Deutschland unglaublich schwierigen Investitionsbedingungen gegenübersteht. Wir haben verschiedenste Eingriffe in den Energiemix in Deutschland gesehen: Ausstieg aus der Nuklearenergie, quasi gleichzeitig planen wir den Ausstieg aus der Kohle, während die Brückentechnologie Gas ins Wanken gerät. Wenn ich mir anschaue, wie vielen Veränderungen die Energiepolitik in Deutschland seit 2010 unterworfen war, ist es dann nicht eigentlich ein Mangel der Politik, keine langfristige, stabile Energiepolitik in Deutschland zu machen, die ja auch eine Grundlage dafür wäre, im europäischen Kontext einheitlich aufzutreten?

→ **Stanislaw Tillich:**
Sie haben Recht. Ich habe es vorhin erwähnt. Wir haben ein marktwirtschaftliches Instrument gehabt, die $CO_2$-Bepreisung. Der $CO_2$-Preis war im Jahr 2017 bei sechs Euro die Tonne, jetzt kostet die Tonne 100 Euro. Damals hat man aber nicht die Geduld aufgebracht, den Markt reagieren zu lassen, sondern man hat eingegriffen. Man hat also entschieden, massenweise Zertifikate vom Markt zu nehmen. Das ist ja auch nicht das Verkehrteste, dass wenn man ein Kraftwerk schließt, dass man dessen Zertifikate vom Markt nimmt und nicht immer wieder neue auf den Markt wirft. Aber man hat diesen Prozess bewusst beeinflusst in dem deutlich mehr Zertifikate vom Markt genommen wurden und damit wesentlich in die marktwirtschaftlichen Prozesse eingegriffen. Das ist das eine.

Das andere, was an dieser Stelle zu erwähnen ist, ist die Zeitschiene. Ich hatte vorhin gesagt, ich habe keine Zweifel daran, was die 2040er-Jahre angeht. Die schwierige Zeit ist die von heute bis Mitte der 2030er-Jahre. Uns trifft da so ein bisschen das „deutsche Getue“, immer besser

sein zu wollen als die anderen. Wenn die Europäer sagen, 50, dann sagen wir 45, und wenn die Europäer sagen 35, dann sagen wir 30. Dann versprechen wir der Welt, dass wir das jetzt machen und fragen nicht, wie die Voraussetzungen sind. Deswegen habe ich vorhin dieses – wirklich idiotische – Beispiel mit den Smart Metern angesprochen. Das ist doch wirklich etwas, zu dem die Bevölkerungen und die Wirtschaft bereit ist, Energie sparsam einzusetzen, das hat sie doch beim Gas bewiesen. Sie ist bereit zu sparen, aber sie will auch wissen wofür und wie und welche Ergebnisse das bei ihr widerspiegelt. Sie will nicht abhängig sein von Informationen Dritter, die ihnen dann im Nachhinein Anfang des nächsten Jahres mitteilen, dass sie ein bisschen weniger oder mehr Strom oder weniger oder mehr Wärme verbraucht haben.

Die Amerikaner haben deutlich weniger Regulatorik. Die haben einfach ihren Inflation Reduction Act auf den Markt geworfen und die Industrie geht dahin, weil sie sich damit stabile Bedingungen verspricht. Hingegen ist es der Politik in Deutschland, aber auch der Politik in der Europäischen Union nicht gelungen, Energiepolitik als strategische Sicherheitspolitik zu verstehen. Sie hat schließlich unmittelbar Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und damit auch auf den Wohlstand der Bevölkerung in diesem Teil der Welt. Das ist etwas, was uns jetzt besonders herausfordert. Wir merken, dass andere Staaten mit ihrer Marktmacht, wie die Chinesen oder auch die Amerikaner, sowohl was den Binnenmarkt als auch den Außenhandel betrifft, da deutlich strategischer vorgegangen sind, als wir das in Mitteleuropa bzw. auch in der Europäischen Union getan haben.

Da erscheint es mir angebracht, dass sich die Europäische Union weniger um die detaillierte Regulatorik kümmert, als um die großen Rahmenbedingungen und Ziele, die dann für alle europäischen Mitgliedsstaaten auch verbindlich sind. Ich bleibe dabei, wir kommen aus einem gesunden Strommix. Wir sind jetzt in Deutschland in eine Richtung gewandert, wo wir froh sind, dass es in anderen Regionen Europas noch einen gesunden Strommix gibt, mit dem wir über diese gesicherte Leistung die momentan noch fehlenden Infrastrukturen und Voraussetzungen kompensieren können. Wenn im Prinzip alle diesem Druck der Europäischen Union nachgeben werden, dann wird dieser massive Ausbau der Erneuerbaren nicht die Probleme verkleinern, sondern zuerst vergrößern, um sie dann anschließend zu verkleinern.

Die langfristigen Prognosen den Energiepreis betreffend: Frau Drábová, wahrscheinlich profitieren heute die Kernkraftwerke davon, dass sie billigen Strom produzieren, weil sie betriebswirtschaftlich abgeschrieben sind. Die neuen Kernkraftwerke müssen subventioniert werden, weil der dort produzierte Strom zu teuer ist. Erneuerbare sind mit der gesetzlichen Einspeisevergütung zukünftig immer noch teurer als der amerikanische Strom, aber sie sind eben deutlich billiger als zum Beispiel der Strom aus unseren Kohlekraftwerken. Das wird so sein und Frau Drábová hat recht, der $CO_2$-Preis drückt ja nicht nur auf die kohleverstromende Industrie. Er wird uns große Schwierigkeiten bereiten, über das Jahr 2030 zu kommen. Das muss man so nüchtern sagen. Da werden nur die Effizientesten gewinnen, und die MIBRAG wird dabei sein. Wir müssen 2034/35 abschalten und sind zuversichtlich, dass wir es auch bis dahin schaffen.

Aber wir gehen auch in unserem Unternehmen den Transformationsprozess. Wir versuchen jetzt, neue Energieerzeugungsanlagen zu bauen, um uns als Energieunternehmer zukünftig zu positionieren. Das heißt, wir planen mit Gas, mit Wasserstoff, aber natürlich auch mit erneuerbaren Energien aus Wind und Sonne. Um letztendlich diesen Prozess auch ökonomisch zu begleiten. Wenn wir Tagebaustrom brauchen, dann ist der aus Windkraft erzeugte deutlich billiger als der aus Kohlekraft erzeugte, weil wir in dem Fall die hohen $CO_2$-Zertifikate nicht bezahlen müssen. Das gilt natürlich auch für die Automobilindustrie, für die chemische Industrie, für die Stahlindustrie allemal. Sie alle sind vom hohen $CO_2$-Preis betroffen. Und wenn die Politik in Deutschland diesen $CO_2$-Preis weiter künstlich erhöht hat, das hat sie, dann verkürze ich damit den Unternehmen eine gewisse Anpassungsfrist und erhöhe den Investitionsdruck auf die Unternehmen. Und es ist menschlich, dass dann die Aktionäre sagen, dann gehen wir dahin, wo die Energie langfristig billiger ist, als diesem hohen Investitionsdruck zu folgen und zu hoffen, dass die Energiepreise wieder günstiger werden. Das ist aus meiner Sicht die Konfliktsituation, die wir momentan haben und da muss die Politik strategischer vorgehen und sich nicht so sehr im Klein-Klein und der Überregulierung verlieren. In Deutschland von einem Energiemarkt zu sprechen, ist ja schon fast eine Sünde.

→ **PD Dr. Anje Nötzold:**
Kommen wir noch einmal zu Ihnen, Frau Drábová. Sie haben uns umfangreich dargestellt, wie die tschechischen Pläne für einen breiten Energiemix aussehen. Was erhoffen Sie sich, wenn wir das im Ganzen betrachten? Wir sind vernetzt im europäischen Markt und Sie haben zu recht gesagt, Tschechien ist ein Binnenland, abhängig von den Nachbarn. Was erhoffen Sie sich ganz konkret? Wie sollten die mitteleuropäischen Staaten im Energiebereich zusammenarbeiten? Wo sehen Sie notwendigen Kooperationsbedarf?

→ **Dr. Dana Drábová:**
Das Entscheidende ist zweifellos die gegenseitige Vernetzung, damit wir in der Lage sind, uns gegenseitig zu helfen, wenn unsere Stärke in der Vielfalt in irgendeinem Teil des Ländermosaiks ein Defizit aufweist. Das klassische Beispiel sind die Windparks in der Nord- oder Ostsee, die übrigens eine große Schwäche haben. Das sind Energiequellen, die nicht funktionieren, wenn es keinen

Wind gibt. Deutschland hat damit in den letzten zwei Jahren einige äußerst schwierige Erfahrungen gemacht, als es wirklich extrem lange keinen Wind gab... Übrigens, im Jahr 2021, als im August/September wirklich drei oder vier Wochen lang Windstille herrschte, wurde das von der Russischen Föderation strategisch ausgenutzt. Russland hat keinen einzigen Kubikmeter mehr Gas geliefert, als es vertraglich verpflichtet war, was der erste Preisschock auf der Gasbörse und vor allem an der Leipziger Börse war, wo mit Strom gehandelt wird. Es ist also durchaus sinnvoll, darüber nachzudenken, wer was hat, wann es funktioniert, wann es vielleicht nicht funktioniert, und wie man es noch besser vernetzen kann. Bei uns wird zum Beispiel viel über Wasserstoff geredet, aber Wasserstoff ist strategisch noch nicht sehr gut durchdacht. Es kann durchaus passieren, dass Deutschland – ich will nicht misstrauisch sein – uns dann, wenn die Wasserstoffinfrastruktur schon gut ausgebaut ist und der Windstrom sehr billig ist, keine einzige Megawattstunde schickt, weil es ihn selbst in Wasserstoff speichern wird. Daher ist es wirklich gut, darüber zu reden, was ich schon angesprochen habe, und zwar wie man sich das, was jeder einzelne Mitgliedstaat zur Verfügung hat, gegenseitig kompensieren kann. Das tun wir auch. Aber wir stehen noch ganz am Anfang.

→ **Stanislaw Tillich:**
Das Thema Wasserstoff ist ja in aller Munde. Aber es gibt da ein grundsätzliches Problem, und das ist das, was ich mit Strategie in Europa meinte. Jeder, der mit Wasserstoff handeln will, fragt, was ist der Wasserstoff wert? Wie viel $CO_2$ steckt da drin? Ist es grauer Wasserstoff, blauer Wasserstoff, violetter oder grüner? Die Europäische Union beschäftigt sich seit über zwei Jahren mit der Zertifizierung des Wasserstoffs. Sie kommt aber zu keinem Ergebnis. Sie müsste aber jetzt ein Ergebnis liefern, damit die Investitionen in Wasserstoff stattfinden. Das ist Strategie.

Des Weiteren: Die Nordsee-Anrainer haben sich kürzlich an der Nordsee getroffen. Es ging da um Windparks. Einige der von deutschen Unternehmen gebauten Anlagen in der Nordsee haben eine installierte Leistung von 12 Megawatt. Nun aber bauen die Holländer ihre Anlagen direkt davor, das heißt, dass unsere Anlagen nicht mehr so viel Strom liefern können. Wir reden schließlich von Windkraft, und die Windenergie ist ja nur einmal da. Im Schatten der Anlagen ist sie erstmal schwächer. Man spricht mittlerweile an der Nordsee von den deutschen Offshore-Parks, die im Schatten der niederländischen Parks stehen, wenn das so kommt, wie die Niederländer es planen. Das ist eine Frage, die Europa anfassen muss. Die EU muss sicherstellen, dass derjenige, der investiert, auch davon profitiert. Wenn Deutschland der Erste gewesen ist, dann müssen sich die Niederländer eben andere günstige Standorte aussuchen oder man muss sich irgendwie verständigen, ein Joint Venture einzugehen.

Ich habe nicht die Befürchtung, Frau Drábová, dass es in der Wasserstoff-Frage zu einer Art Kannibalisierung kommt, dass, wenn Deutschland über seine LNG-Terminals oder dann später über die Wasserstoff-Terminals seinen Wasserstoff einführt die Leitung Richtung Tschechien nicht bedient wird, sondern erstmal die deutschen Lager befüllt werden. Die Befürchtung habe ich nicht, da gibt es Verträge. Selbst heute klappt es noch, dass wir

über die ukrainische Gasleitung Gas aus Russland bekommen. Darüber redet ja kaum einer, aber wir bekommen immer noch Erdgas von da. Das funktioniert.

Spannender für uns wird die Frage sein, und die kann uns sicher Herr Holzner besser beantworten als ich, dass dort, wo Energie erzeugt wird, sich meistens auch die Industrie ansiedelt. Das heißt, wenn ich eine große Photovoltaikindustrie, also in dem Fall Energiewirtschaft habe, zum Beispiel in Saudi-Arabien, in den Arabischen Emiraten, ist es dann nicht die logische Folge, dass die stromintensiven Unternehmen lieber dahin gehen, wo sie nah an der Energie dran sind? Afrika ist ein großer Kontinent mit vielen Verwirrungen und Irrungen der einzelnen Staaten, was heißt, ich kann nicht darauf vertrauen, dass ich aus dem arabischen Raum eine stabile elektrische Leitung nach Europa bekomme. Also wird wahrscheinlich der eine oder andere sagen, okay, ich produziere lieber dort, als dass ich mich darauf verlasse, dass die Leitung stabil ist, politisch stabil ist. Das sehe ich als die größere Herausforderung an, als jene, dass wir uns innerhalb Europas den Strom, den wir verfügbar haben, nicht zur Verfügung stellen.

Und: Ich sprach vorhin von der Stromlücke. Der Großhandelspreis für Strom liegt bei uns ungefähr bei 80 Euro pro MWh. Wenn dann abends die Stromlücke einsetzt, schnellt der Strompreis nach oben auf 110/120 Euro pro MWh. Wir ziehen dann zur Deckung der Lücke tschechischen Strom. Das wiederum hat auf die tschechischen Konsumenten die Auswirkung, dass hier der Strompreis ebenfalls nach oben geht. Das heißt, unser Problem, was wir durch unsere Stromlücke produzieren, exportiert sich in unsere Nachbarregion. Das ist für die tschechischen Energieerzeuger hübsch, aber für den tschechischen Stromkunden ist es nachteilig. Das sind die Wechselwirkungen, die sich dann daraus ergeben.

→ **PD Dr. Antje Nötzold:**
Vielen Dank! Ich würde jetzt gern noch eine Frage an Sie alle stellen. Wir haben schon viel darüber gesprochen, wo wir überall vernetzt und wechselseitig abhängig sind – sowohl innerhalb Europas, aber auch darüber hinaus. Es sind Schlagworte gefallen wie „kritische Rohstoffe“

und „Lieferketten“. Ich denke auch an das Statement von Kommissarin Simson am Anfang der Konferenz, wo sie davon sprach, dass man eine gerechte Transformation erreichen möchte, dass man aber auch stärker unabhängig sein muss in der Energieproduktion. Meine Frage an Sie alle wäre daher: Wie wollen wir als Mitteleuropa gemeinsam diese Verwundbarkeiten managen? Wie können wir stärker agieren und nicht mehr nur reagieren mit Blick auf das, was in unserer Nachbarschaft passiert, auf das, was andere Energieakteure global tun?

→ **Dr. Dana Drábová:**
Meiner Meinung nach hat sich herausgestellt, dass in der Zeit, in der Energie für uns sehr billig und sehr leicht verfügbar war, wir uns abgewöhnt haben, über die Zusammenhänge nachzudenken. Diese Zeit ist vorbei. Wir müssen wieder begreifen, dass jede Zivilisation nur insoweit entwickelt ist und es ermöglicht, ein gutes Leben zu führen, insofern sie über Energieressourcen verfügt. Energie wird wahrscheinlich nie wieder so billig sein, wie wir es seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts erlebt haben. Wir müssen wieder anfangen, strategisch zu denken und die Regierungen müssen – auch das wurde hier von meinen verehrten Gesprächspartnern erwähnt – in einem längerfristigen und vielleicht weniger detaillierten Kontext planen, als sie es bisher gewohnt waren.

Es wurden die französischen Kernkraftwerke erwähnt. Sie sind in gewisser Weise ein Beispiel dafür. Denn Frankreich hat sich abgewöhnt, strategische Prioritäten im Energiesektor zu formulieren. Es oszilliert zwischen: Kernkraftwerke Ja; Kernkraftwerke Ja, aber deren Anteil wird geringer; Reduktion des Kernkraftwerkeanteils auf 50 Prozent; Wer weiß, ob wir überhaupt noch Reaktoren bauen werden; Wir werden keine Reaktoren bauen... Die Energiewirtschaft hasst so etwas. Ich weiß, dass es in der heutigen Welt sehr schwierig ist, mit einer langfristigen Vision zu reagieren. Aber wenn wir es nicht schaffen, werden wir mit den Problemen, die Herr Tillich voraussieht, noch länger zu kämpfen haben, als er optimistisch denkt.

→ **Marian Jurečka:**
Lassen Sie mich daran anknüpfen: Ich denke, dass die nationalen Regierungen viel mehr miteinander kommunizieren und bei der Planung von Energiekonzepten gemeinsam nach Synergien suchen müssen. Ich bin da schon ein bisschen ein Zeitzeuge, denn ich war ja Mitglied der Regierung, als wir vor sieben Jahren das aktualisierte Energiekonzept in der Tschechischen Republik verabschiedet haben. Ich erinnere mich, dass es in diesem Material keine Querverbindungen gab, die die Situation in anderen Ländern, ihre strategischen Perspektiven und Praktiken stärker berücksichtigt hätten. Dies muss sich meiner Meinung nach ändern. Wir müssen auch auf europäischer Ebene nach Antworten suchen, wie in Krisensituationen vorgegangen werden sollte. Diesmal haben wir es irgendwie geschafft. Aber wir alle, die wir in der Politik tätig sind, wissen, dass es mit einem enormen Aufwand verbunden war. Gleichzeitig hatte es aber auch politische Konsequenzen, indem es Instabilität in der Gesellschaft und ein Wachstum der Desinformationsszene gefördert hat.

Dies sind sehr gefährliche Situationen, in denen alle unsere gemeinsamen, von der Verantwortung für ein nachhaltiges Klima und Umwelt motivierten Pläne wie ein Kartenhaus zusammenbrechen können. Bei den

nächsten Wahlen, zum Beispiel kurz vor den Europawahlen, könnte sich eine unangenehme Situation wiederholen. Ich will nichts heraufbeschwören, ich wünsche mir eine Phase der Stabilität, aber es könnte sich schnell ändern. Plötzlich wird es eine Gruppe von Politikern geben, denen die nationalen Interessen viel näher sind als die ihrer Nachbarn.

Ich möchte hier einen wichtigen Punkt ansprechen. Wir haben über große strategische Fragen gesprochen. Aber wir dürfen die sozial Benachteiligten nicht vergessen, denn die sagen oft zu mir: Ihr redet über erneuerbare Energien. Und diese Menschen sehen die Erneuerbaren als Bedrohung, nicht als Potenzial. Sie sagen: Das erhöht schon jetzt unsere Haushaltskosten, zum Beispiel die Emissionszertifikate usw. Diese Menschen verstehen nicht das Prinzip, aber sie wissen, dass es ihre Energie teurer gemacht hat. Das weiß jeder. Sie fragen, wo bin ich in diesem System? Darauf muss geantwortet werden, dass auch sie in der Zukunft Mittel zur Bewältigung der Transformation haben werden, dass auch ihre Häuser, ihre Wohnungen energieeffizient oder passiv sein werden. Dass auch sie Mittel zur Verfügung haben werden, mit denen sie das Ganze bewältigen können. In der Tschechischen Republik haben wir damit schon vor Jahren begonnen, und jetzt bauen wir das System noch weiter aus. Das bedeutet, dass wir den einkommensschwächeren Haushalten eine fünfundneunzigprozentige Förderung für diese Art von Investitionen gewähren. Denn wenn wir diese Menschen verlieren, wird es sich im Verhalten der Gesellschaft nach den Wahlen niederschlagen. Da wir hier ja aus der Politik kommen, bitte ich Sie von Herzen, es sich das immer wieder vor Augen zu führen.

→ **Stanislaw Tillich:**
Es gibt in Europa eine Form der Zusammenarbeit, die nennt sich European Network of Transmission System Operators for Electricity (ENTSO-E). ENTSO-E hat es bisher vermocht durch intelligentes Handeln der Verantwortlichen, eine Situation wie einen Blackout immer wieder zu vermeiden. Das heißt, eine europäische Zusammenarbeit im Energiemarkt funktioniert auf hervorragende Art und Weise. Die Einspeisung von Erneuerbaren, Kernkraft, Kohle, Wasserkraft usw. hat bisher sehr gut funktioniert. Selbst die Aufnahme der Ukraine in ENTSO-E, unter den schwierigen Bedingungen sowohl in der Ukraine als auch an den Übergangsstellen zur Ukraine, hat funktioniert. Das heißt, wir haben normalerweise gute Voraussetzungen, wir haben kompetente Leute, die in der Lage sind, einen solchen Markt auch zu beherrschen.

Wenn wir über die Fragen Wettbewerbsfähigkeit und Zukunft Europas diskutieren, dann glaube ich, ist gerade die Energiepolitik eine der besten europäischen Politikansätze. Wir haben momentan alle zusammen den Eindruck, dass Europa, so wie Minister Jurečka es gerade gesagt hat, eher so ein bisschen dazu neigt, dass nationale Interessen stärker eine Rolle spielen als gemeinsame europäische Interessen. Aber der Energiemarkt ist europäisch, das heißt, was bei uns passiert, das merken alle anderen. Als die Kosovo-Albaner seinerzeit mal illegal Strom abgezapft haben, gingen bei uns in Deutschland die elektrischen Uhren falsch. Also das hat man gemerkt und es dann aber korrigiert. Das heißt, wir sind voneinander in diesem Bereich mehr als abhängig. Jetzt ist es doch das Geschickteste, hier eine gemeinsame Strategie, eine gemeinsame politische Antwort zu finden.

Wenn wir das schaffen, dann passiert das, was Minister Jurečka sagte, dann wird auch die Bevölkerung wahrnehmen, hier geht es nicht gegeneinander, sondern hier geht es miteinander.

Natürlich muss der Verbraucher bereit sein, in der Übergangszeit vielleicht das eine oder andere Mal einen höheren Strompreis zu bezahlen, aber langfristig ist die Tendenz auch bei den erneuerbaren Energien eine deutliche Preisdämpfung. Das kann man an den Märkten sehen. Die langfristigen Prognosen sind hier eindeutig. Es wird also vieles gemacht. Darauf die richtigen Antworten zu finden, ist, glaube ich, eine gute Gelegenheit der Europäischen Union, uns etwas an einer positiven Ausrichtung, an einer Zukunftsvision zu geben. Ich hoffe, dass das der europäischen Politik gelingt. Selbstverständlich müssen da die Nationalstaaten auch ihren Beitrag leisten, denn sie sind schließlich die Europäische Union.

→ **Dr. Mario Holzner:**
Wenn ich es doch noch ein bisschen zusammenfassen darf. Ich glaube, wir sind uns mehr oder weniger alle einig, dass ein Mehr an Kooperation in Europa notwendig ist. Ich würde vielleicht noch einmal hinzufügen, dass ich auch glaube, dass die Rolle der Kommunen und der Regionen in Europa gestärkt werden sollte, weil die sind wirklich an der Front dieses strukturellen Wandels bei Energie, bei technologischen Fragen, bei Fragen der Migration, des demografischen Wandels.

Warum ist es so, dass wir auf europäischer Ebene so viele Regularien haben? Wir versuchen, einen gemeinsamen Bundesstaat zu simulieren, ohne diesem Bundesstaat zentrale Werkzeuge zu geben. Das Budget der Europäischen Union ist bei einem Prozent des europäischen Bruttoinlandprodukts, und das ist natürlich lächerlich wenig im Vergleich etwa zu dem, was die Vereinigten Staaten mit ihren Lenkungsmöglichkeiten im Bereich von Steuern und Subventionen machen können. Deshalb versuchen wir, das durch Regularien zu simulieren, was halt manchmal besser und manchmal wiederum schlechter funktioniert. In dem Sinne glaube ich, und das ist ein extrem schwieriger politischer Prozess, müssen wir Macht von den für die Aufgaben des 21. Jahrhunderts zu kleinen Nationalstaaten in Europa hin auf die lokale Ebene einerseits und andererseits auf die europäische Ebene verlagern.

Schauen wir uns beispielsweise den Verbrauch der Energie in Europa an. Wo gibt es denn Hochgeschwindig-

keitszüge in Europa? Das sind nur ganz wenige nationale Strecken, dort wo es quasi eine Koordinierungsmöglichkeit gibt, die auch wirklich einigermaßen funktioniert, das ist Paris – Marseille, das ist Barcelona – Madrid, das ist vielleicht Mailand – Rom. In Wahrheit könnten wir einen Großteil des europäischen Flugverkehrs, der extrem energieintensiv ist, einstellen und durch ein Netzwerk an Hochgeschwindigkeitszügen in Europa ersetzen. Überall dort, wo wir die Fahrzeiten unter vier Stunden bringen können, dort gibt es einen massiven Wechsel vom Flugverkehr hin zum Zugverkehr. Ich bin gestern mit dem Zug von Wien nach Prag gefahren. Das ist einfach super angenehm. Man kann im Zug noch ein bisschen arbeiten und hat auch ein ganz tolles Bordrestaurant der Tschechischen Eisenbahnen. Aber das ist auch wiederum nur eine bilaterale Initiative. Wir brauchen wirklich ein Mehr an europäischer Koordination.

→ **PD Dr. Antje Nötzold:**
Wir haben noch Zeit für eine Fragerunde aus dem Publikum.

→ **Publikumsbeitrag (Magdaléna Vášáryová):**
*Mein Name ist Magda Vášáryová, ich bin seit einigen Jahren Kuratorin des Forums Mitteleuropa. Ich stimme allem, was hier darüber gesagt wurde, wie wir in Europa miteinander auskommen sollten, wie wir unsere Energiepläne koordinieren sollten usw., voll und ganz zu. Aber all das hängt davon ab, inwieweit wir uns gegenseitig vertrauen werden. Vertrauen werden, dass wir hinter unserer Energiepolitik keine rein nationalen Interessen oder irgendwelche merkwürdigen Eigeninteressen verbergen. Daher also meine Frage: Als Botschafterin in Wien, noch eine*

*tschechoslowakische Botschafterin, habe ich die hysterische Anti-Atom-Politik Österreichs erlebt. Das heißt, Österreich wird seine Energiepolitik überdenken müssen. Aber meine Hauptfrage richtet sich an unsere deutschen Freunde. Wir haben das Vertrauen verloren, dass die deutsche Energiepolitik wirklich pro-europäisch ist. Und ich spreche nicht nur über das Nord-Stream-Projekt. Ich möchte den ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten fragen, was seiner Meinung nach die Deutschen tun sollten, damit wir ihnen in der Energiepolitik wieder mehr vertrauen. Ich danke Ihnen.*

→ **Publikumsbeitrag (Prof. Dr. Matthias Theodor Vogt):**
*Mein Name ist Matthias Theodor Vogt und leite das Institut für kulturelle Infrastruktur Sachsen. Zunächst möchte ich mich bei den Veranstaltern für die faktenbasierte und nüchterne Herangehensweise an diese schwierigen Fragen bedanken. Herr Minister Jurečka, Sie haben vorhin auf die Demografie hingewiesen. Bei mir zuhause, in der*

*Europastadt Görlitz/Zgorzelec, sind die stärkste Bevölkerungskohorte Frauen über 81 Jahren. Auf jede Frau von 60 Jahren folgen nur etwa 50 Prozent Frauen nach. Und die Jugend richtet sich nach dem attraktivsten Angebot, mit der Folge, dass wir etwa im Pflegebereich substanzielle Probleme haben. Wir brauchen also Einwanderung. Nun ist das dann aber ein Mensch, der zu uns kommt, kein Stück Braunkohle, das man beliebig über Kontinente hinweg verschieben kann. Es kommen Menschen zu uns, mit Hoffnungen, oft mit übersteigerten Erwartungen. Sie kommen dann in ein Umfeld, das sich mitunter nicht von Menschen aus Afrika pflegen lassen möchte, sie kommen in ein Umfeld, das ohnehin stark arbeitsbelastet ist, etwa in den Krankenhäusern. Heute Abend darf ich in Liberec eine Konferenz zu genau diesem Thema leiten. Deshalb meine Frage an Sie, Herr Minister: Wie gehen Sie in Tschechien damit um, dass lebendige Menschen zu uns kommen, die wir zudem dringend brauchen, die aber eben Menschen sind und nicht einfach ein Stück Kohle?*

→ **Publikumsbeitrag (Jiří Zahradník):**
*Ich heiße Jiří Zahradník und leite bei der Industrie- und Handelskammer in Dresden das Kompetenzzentrum Tschechien. Das Kompetenzzentrum hilft sächsischen und deutschen Unternehmen, auf dem tschechischen Markt Fuß zu fassen. Um nicht als Einbahnstraße zu funktionieren, helfen und unterstützen wir auch tschechische Unternehmen, die versuchen, sich auf dem deutschen Markt zu etablieren. Ich habe mehr spezifische Fragen, die auf diese Unternehmer Einfluss haben. Ein großes Problem ist das Thema Energiewirtschaft. Wir haben mehrere Fälle erlebt, in denen tschechische Unternehmen sich an das deutsche Netz anschließen wollten, deutsche Unternehmen an das tschechische Netz. Das können sie nicht. Es ist nicht möglich. Man kann Energie nur virtuell kaufen. Die erste Frage ist, ob eine solche Lösung innerhalb Europas oder der EU in Betracht gezogen wird. Die zweite Frage, die ich an Minister Jurečka richte, gehört wahrscheinlich nicht in den Rahmen dieser Konferenz, und*

*zwar es geht um das Formblatt A1 für die Entsendung von Arbeitnehmern ins Ausland, das für alle Unternehmen einen unglaublichen bürokratischen Aufwand bedeutet. Auf tschechischer Seite wird es nicht verlangt. Mir ist kein einziger Fall bekannt, dass ein tschechischer Zollbeamter oder ein Beamter der tschechischen Sozialversicherungsbehörde dieses Dokument kontrolliert hätte. Ich weiß, dass es an der deutsch-französischen Grenze ein Abkommen gibt, dass dieses Formular im Rahmen eines grenznahen Verkehrs gänzlich abschafft. Ich frage mich, ob die tschechische Seite auch etwas Ähnliches in Erwägung zieht.*

→ **Publikumsbeitrag (Ulrich Lupart):**
*Mein Name ist Ulrich Lupart, ich bin Mitglied des Sächsischen Landtags (AfD). Ich habe eine Frage an Frau Dr. Drábová. Wie beurteilen Sie die Energiepolitik der deutschen Bundesregierung? Wird es ein gutes Ende geben oder sehen wir nicht zuletzt durch die Schnelligkeit des Vorgehens große Probleme auf uns zukommen? Es kam heute mehrfach zur Sprache: Wichtig ist doch, dass wir begreifen, zusammenzuarbeiten. In Tschechien wird beispielsweise die Kernenergie weiterbetrieben. Was also kommt auf die Menschen in unseren Ländern zu?*

→ **PD Dr. Antje Nötzold:**
Vielen Dank, damit übergebe ich ins Podium zur letzten Runde.

→ **Stanislaw Tillich:**
Ich würde auf die Frage von Frau Vášáryová antworten: Wie steht es um das Vertrauen gegenüber Deutschland in seinen Nachbarländern? Die Europäische Union ist eine Union, die sich nach wie vor an Brüssel und an Westeuropa orientiert, obwohl es mittlerweile fast schon 20 Jahre her ist, dass die mittel- und osteuropäischen Länder der Europäischen Union beigetreten sind. Das heißt also, als man Nord Stream 2 oder Nord Stream 1 baute, haben damals schon die Polen gesagt, dass sie sich darüber große Sorgen machen, und man hat nicht auf sie gehört.

Wir haben in Deutschland eine Energiewende in Gang gesetzt, damals unter Bundeskanzlerin Angela Merkel, und auch den Atomausstieg beschlossen, ebenfalls unter der Bundeskanzlerin, ohne dass wir mit unseren Nachbarn darüber geredet haben. Eine Konsequenz ist, dass die polnische Regierung oder die polnische Energiewirtschaft Phasenschieber eingebaut hat, damit sie nicht den Windstrom aus Ost- und Nordsee über Polen und Tschechien leiten muss – mit den jeweiligen volkswirtschaftlichen Konsequenzen für die Unternehmen und für die Bevölkerung.

Das haben wir unabgestimmt gemacht. Und gerade weil Deutschland nicht der unwichtigste Partner in der Europäischen Union ist, hätte das anders laufen müssen. Die starken Volkswirtschaften sind natürlich erst recht gefordert, mit Vorbild voranzugehen, etwa auf eine Zusammenarbeit innerhalb der Energiepolitik zu setzen und die kleineren Mitgliedsstaaten von dem Nutzen ihres Tuns zu überzeugen und sie nicht einfach vor Herausforderungen zu stellen, die sie dann parieren müssen. Das ist gegenwärtig leider der Fall. Deswegen teile ich Ihre Sorge, dass es momentan sicherlich den einen oder anderen Anlass gibt, der das Vertrauen erodieren lässt. Absolutes Vertrauen ist aber die Voraussetzung. Die Transparenz unseres Tuns, von der Herr Jurečka gesprochen hat, was europäische Politik und europäische Energiepolitik anbetrifft, diese Transparenz ist unbedingt notwendig.

Ich habe vorhin die ENTSO-E erwähnt und mehrfach mit den Leuten dort gesprochen. Da funktioniert es. Das Problem ist nicht die Wirtschaft, es sind nicht die Verantwortlichen, die das umsetzen müssen. Das Problem sind diejenigen, die sie dazu anleiten, was sie zu tun haben, konkret, es sind die politischen Entscheider, die das eine oder andere deutlich schwerer machen. Deswegen ist Politik an dieser Stelle tatsächlich eine entscheidende Institution, die zu dem Vertrauen beitragen kann und muss. Da bin ich komplett bei Ihnen.

→ **Marian Jurečka:**
Ich möchte auf die beiden Fragen antworten, die sich direkt auf meinen Zuständigkeitsbereich beziehen. Zunächst muss man sagen, dass in den vergangenen zwei oder drei Jahrzehnten logischerweise eine Migration von Arbeitskräften aus dem Osten in den Westen zu beobachten ist. Wir haben in den Coronazeiten sehen können, dass für die Sozial- und Gesundheitsdienste in Österreich und Deutschland die Arbeitnehmer aus Tschechien sehr wichtig sind. Das Gleiche haben wir in der Tschechischen Republik erlebt, als die Gefahr bestand, dass Krankenschwestern und Ärzte aus der Slowakei nicht kommen würden. Im östlichen Teil Tschechiens zum Beispiel würden einige Krankenhäuser sogar schließen müssen. Es gibt eine riesige Anzahl von Menschen aus Polen, aus der Slowakei, aus der Tschechischen Republik, aus der Ukraine, aus Südosteuropa und anderen Ländern, die in westlichen Ländern arbeiten, vor allem in den 15 alten europäischen Mitgliedstaaten, die heute eigentlich schon 14 sind. Das hat gewisse Limits. Wir sehen, dass sich der Arbeitsmarkt heute weiter nach Osten verschiebt. Es kommen Menschen aus weiteren Ländern der ehemaligen Sowjetunion, aus Kasachstan und so weiter, aber auch hier werden wir in einigen Jahren in eine Situation geraten, in der diese Volkswirtschaften nicht mehr zulassen, dass sie so viele Menschen verlassen bzw. dass deren Wirtschaftswachstum zu einer Verlangsamung führen wird.

Sie haben hier den richtigen und notwendigen Blick auf die Zukunft geworfen, und es wurde auch von meinen Kollegen hier gesagt, dass auf lange Sicht, vielleicht in den nächsten 40, 50, 60 Jahren oder mehr, der einzige demographisch wachsende Kontinent Afrika sein wird. Afrika hat heute eine durchschnittliche Geburtenziffer von mehr als vier Kindern pro Frau. Das ist eine extrem hohe Bevölkerungswachstumsrate. Auch dort wird es irgendwann in der Zukunft aufhören. Aber alles in allem werden die

Bevölkerungszahlen in Afrika zu unseren Lebzeiten stetig steigen. Es ist also logisch, dass wir diese Menschen in Zukunft auf unserem Arbeitsmarkt brauchen werden, ob es uns nun gefällt oder nicht. Ich verstehe natürlich, dass es hier eine sehr starke emotionale Dimension gibt. Es ist etwas anderes, wenn ein tschechischer Staatsbürger im österreichischen Sozialdienst arbeitet, da gibt es eine große kulturelle und ethnische Nähe. Da steuern wir auf eine ganz andere Ebene zu. Aber auch dafür werden wir einen systemischen Weg finden müssen. Ich denke, dass es hier Entwicklungsmöglichkeiten gibt.

Wir haben den großen Vorteil, dass wir kein ehemaliges Kolonialland sind. Wir sind in der Lage, in der Zukunft gute Beziehungen zu unterhalten. Wir haben sie früher gehabt. Wenn ich heute nach Afrika komme, und ich war als Landwirtschaftsminister sehr oft dort, treffe ich bei meinen Besuchen immer jemanden, der in der Tschechischen Republik studiert hat, der noch Tschechisch spricht. Es gibt sogar ehemalige und aktuelle Präsidenten und Regierungsmitglieder, die in der Tschechischen Republik, hier in Prag, studiert haben und Tschechisch sprechen. Wir hatten dort einmal gute Beziehungen, doch in den letzten 30 Jahren haben wir sie völlig vergessen. Ich glaube, wir müssen sie jetzt wiederherstellen, und zwar auf der Ebene der Zusammenarbeit im Schulbereich und auf der Ebene der kulturellen Zusammenarbeit, denn Kultur ist ein guter Weg, um Brücken zu bauen, Barrieren abzubauen und einander zu verstehen.

In Zukunft muss Europa als Ganzes seinen Afrika-Bezug neu denken. Auch als EU haben wir Afrika vergessen. Wir schicken erhebliche finanzielle Mittel dorthin. Wenn man nach Afrika fährt, kann man den großen Einfluss Chinas und der Türkei auf die Einstellung vieler afrikanischer Länder gegenüber dem Krieg in der Ukraine deutlich erkennen. Im westlichen Teil Afrikas haben wiederum die USA und die südamerikanischen Länder einen starken Einfluss. Aber der europäische Einfluss im Bereich der Diplomatie ist schon seit Jahren nicht mehr spürbar. Nicht einmal im negativen Sinne, Gott sei Dank, aber auch nicht im positiven Sinne. Das ist also etwas, was wir als Politiker in Angriff nehmen müssen, und wir müssen wirklich anfangen, langfristig damit zu arbeiten und gute Freundschaften aufbauen. Das muss sich auf beiden Seiten in den Gesellschaften niederschlagen.

Und nun komme ich zu einem weiteren Thema. Hier geht es nicht nur um die A1-Formulare, sondern um den gesamten Bereich des Verwaltungsaufwands für die grenzüberschreitende Migration unserer Arbeitnehmer in einzelne EU-Länder. Der ist wirklich hoch. Wir befassen uns auf der EU-Ebene seit mehreren Jahren unter anderem mit der Frage der zusätzlichen Sozialversicherung laut Verordnung 883. Ich habe mich auch jetzt im Rahmen der Präsidentschaft damit befasst und werde nach einer möglichen Vereinfachung zumindest in diesem Bereich suchen. Ich bin seit langem dafür, dass man die Sache bei Kurzreisen mit diesen Formblättern nicht verkompliziert. Ich würde begrüßen, wenn wir bei einem Aufenthalt von 30 oder 14 Tagen auf diesen Aufwand verzichten könnten. Möglicherweise im Nachhinein, oder in einer einfachen digitalen Form für alle Betroffenen. Ich weiß um das Problem, wir hatten, ehrlich gesagt, noch nicht genug Zeit, um uns damit zu beschäftigen, denn

im letzten Jahr hatten wir sowohl mit der ukrainischen Flüchtlingskrise sowie mit der Ratspräsidentschaft viel zu tun. Wir müssen jedoch nach diesen Möglichkeiten suchen. Es liegt nicht allein im Ermessen der einzelnen Staaten; diese europäische Gesetzgebung hat ganz klare Implikationen und Regeln. Wir müssen uns also weiterhin innerhalb eines gemeinsamen Rechtsrahmens bewegen. Das ist etwas, was ich sehr oft höre. Als ich die Region Ústí besuchte, wurde dies von Vertretern der dortigen Unternehmen sehr intensiv thematisiert.

→ **Dr. Dana Drábová:**
... die deutsche Energiepolitik. Ich bezweifle, sie bewerten zu dürfen. Europa, ich meine die Europäische Gemeinschaft, entstand auf der Grundlage der Gründungsverträge der Kohle- und Stahlgemeinschaft und der Römischen Verträge, in denen gemeinsame Ansätze formuliert wurden, wie sie eine funktionierende Gemeinschaft haben sollte. Von einer gemeinsamen Energiepolitik ist man jedoch noch weit entfernt. Auch wenn die Ereignisse der letzten zwei Jahre, wie ich meine, zu einer größeren Motivation beigetragen haben. Warum spreche ich so ausführlich darüber? Die deutsche politische Vertretung hat auf der Grundlage eines gesellschaftlichen Auftrags entschieden, dass die Kernenergie ein sehr kontroverses Thema ist. Immerhin haben 65 Prozent unserer deutschen Freunde lange gesagt: Wir verabscheuen Atomkraft. Wir haben Angst vor ihr. Ihr Politiker sollt uns von ihr befreien. Und das ist geschehen. Diese Reaktion war meines Erachtens im Hinblick auf den damaligen gesellschaftlichen Konsens die beste der schlechten Lösungen. Das heißt, Deutschland hat auf eine rasche Entwicklung der erneuerbaren Energien gesetzt, wohl

wissend, dass es eine Reserve oder Versicherungspolice in Form von Erdgas hatte. Kurzfristig hat sich dies als Engpass erwiesen, aber langfristig mag es vielleicht kein derartiger Engpass sein. Es hindert Deutschland ja nichts daran, irgendwann in einer der nächsten Generationen zur Kernenergie zurückzukehren. Aber die Gesellschaft muss es wollen. Kurzfristig wäre es schon der Fall, denn im letzten Jahr sagten 72 Prozent der Deutschen: Lasst die drei Blöcke in Betrieb. Lasst sie bis 2035 in Betrieb, wie ursprünglich geplant. Aber hier stoßen wir auf das bereits erwähnte Problem, dass Energiewirtschaft ohne langfristige Entscheidungen nicht gemacht werden kann. Ich bin nicht in der Lage, irgendetwas zu empfehlen, aber ich würde Deutschland dringend davon abraten – das ist meine persönliche Meinung –, unter dem Druck der aktuellen Umstände seine Energiepolitik abermals dramatisch zu ändern.

→ **Marian Jurečka:**
Gestatten Sie mir noch eine kurze Bemerkung. In den letzten drei Jahren habe ich mit meinen deutschen Freunden, darunter Friedrich Merz und anderen, über das Thema, warum Deutschland aus der Kernenergie aussteigt, ausführlich diskutiert. Dabei ist mir eine wichtige Sache klargeworden. Wir sollten lernen, die Entscheidungen anderer Länder zu respektieren. Auch in diesem Bereich, und da schaue ich jetzt auf unsere Freunde aus Österreich. Ein Politiker muss die Themen nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit angehen, sondern auch im Hinblick auf die Wahrnehmung durch die Gesellschaft. Diese beiden Aspekte lassen sich nicht vollständig voneinander trennen. Das müssen wir lernen.

Gleichzeitig sollten wir aber auch lernen, uns selbst einen Spiegel vorzuhalten, denn in den letzten Jahren konnten wir bei Nord Stream II, insbesondere nach der Krim-Phase, durchaus Fragezeichen aufstellen. Aber seien wir als tschechische Bürger fair mit uns selbst: solange Gas geflossen ist, hat es uns nicht so sehr gestört. Als der Krieg kam, fragten wir uns plötzlich, ob es Frau Merkel vielleicht nicht falsch gemacht hat. Nach der Schlacht ist jeder ein General. Aber bis dahin war die große Mehrheit von uns, abgesehen von ein paar Sicherheitsexperten, der Meinung, dass es zwar nicht ganz richtig ist, aber solange Gas fließt, ist es prima. Wir müssen auch lernen, unsere Perspektive in diese Aburteilung einzubeziehen.

→ **Dr. Mario Holzner:**
Ich möchte noch ganz kurz auf etwas eingehen, das der Senatspräsident zu Beginn erwähnt hat, die Frage der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs als kollektiver Katastrophe. Diese Erfahrung ist in unseren Gesellschaften schon ein bisschen geschwunden und wir werden jetzt vielleicht durch die russische Invasion in der Ukraine wieder etwas wachgerüttelt. Ferner befürchte ich, dass sich in den letzten Jahrzehnten eine Kultur des „Ja-keine-Fehler-Machens“ etabliert hat, sowohl bei den politischen Entscheidungsträgern, aber eben auch bei den Institutionen. Wenn ich mir beispielsweise das Portfolio der Europäischen Investitionsbank anschaue. Es gibt praktisch kein einziges Projekt, das irgendwie Probleme hat. Alle Projekte der Europäischen Investitionsbank haben einen Business-Case und funktionieren. Das ist aber eigentlich nicht der Sinn einer Investitionsbank. Die muss ja auch ein bisschen Risiko eingehen. Das wäre schon ein Plädoyer dafür, einmal neue Wege zu gehen, ein bisschen zu experimentieren

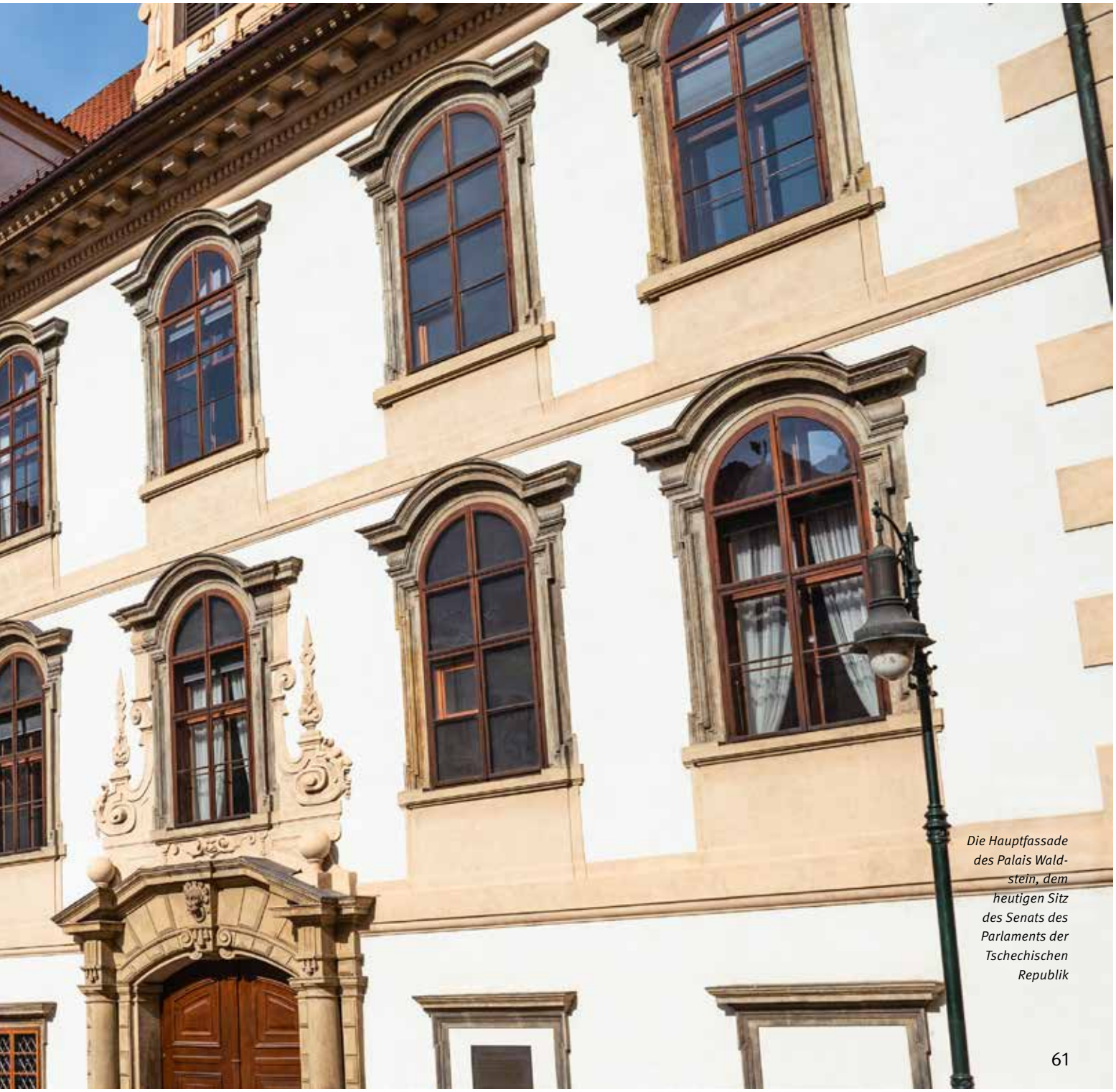
und auch zuzulassen, dass es ab und zu mal schiefgeht. Ich glaube, das ist besser, als gar nichts tun und darauf warten, dass die Dinge von selbst passieren.

→ **PD Dr. Antje Nötzold:**
Vielen Dank! Ich danke Ihnen allen für dieses großartige Panel. Wir haben zwar sehr breit diskutiert, wir haben aber das Thema Energie fast nur auf den Stromsektor projiziert. Dabei besteht der Energiebereich aus drei Sektoren: Stromsektor, Transportsektor und Wärmesektor, wobei gerade der Wärmesektor der Bereich ist, der uns in Deutschland noch vor größere Herausforderungen stellen wird, und nicht nur in Deutschland.

Wir haben festgestellt: In Europa funktioniert auf regulatorischer, auf technischer Ebene ein gemeinsamer Strommarkt. Gleichzeitig wird Energiepolitik nach wie vor sehr national orientiert betrieben. Wir haben in Deutschland, in Europa fast schon ein blindes Vertrauen in den marktwirtschaftlichen Ansatz beobachten können. Jetzt sehen wir, und das ist schon bemerkenswert, dass von Energiepolitik als strategischer Politik gesprochen wird, von einer Sicherheitspolitik. Das ist etwas, das in den letzten Jahren sehr untergegangen ist und wo wir nun wachgerüttelt wurden. Energiepolitik ist strategische Politik, ist Geopolitik, genau das wird uns auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten beschäftigen, und das sollten wir in Europa auch nicht wieder vergessen. Wir sollten es nicht nur als Politik nicht vergessen, wir sollten es auch als Gesellschaft nicht vergessen. Damit entsteht der Übergang zum Nachmittagspanel, das sich mit der Stabilität von Gesellschaft angesichts der vielfältigen Herausforderungen beschäftigen wird.

Thema II

# Mitteleuropas Gesellschaften in unsicheren Zeiten – Stabilität und Wandel



*Die Hauptfassade des Palais Waldstein, dem heutigen Sitz des Senats des Parlaments der Tschechischen Republik*

Impulsreferat

# „Die Rolle Mitteleuropas in der Zukunft der europäischen Zusammenarbeit“

Dr. Ernő Schaller-Baross

» Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Rößler! Sehr geehrter Herr Senatspräsident Vystrcil! Exzellenzen! Meine sehr verehrten Damen und Herren und vor allem liebe Freunde aus ganz Mitteleuropa! Ein besonders herzliches Wort des Dankes möchte ich Herrn Landtagspräsidenten Rößler für die Einladung zu diesem wichtigen Forum entbieten. Gern bin ich heute hierhergekommen in das wunderschöne Prag, in das Herzstück Mitteleuropas, um im Kreise wichtiger Vertreter und Freunde Mitteleuropas über Zukunftsfragen zu reden, die für unsere ganze Region bedeutsam sind. Es freut mich, dass diese Konferenz schon seit Jahren grenzübergreifendes Denken anregt und dadurch unserer Region dazu verhilft, ihre wahre Rolle als Triebfeder der Entwicklung von ganz Europa wahrnehmen zu können. In meinem Vortrag möchte ich diese Rolle im Lichte der aktuellen Entwicklungen der Weltpolitik reflektieren.

Mitteleuropas Gesellschaften erleben in der Tat unsichere Zeiten. Wir müssen deshalb den Versuch unternehmen, genauer zu identifizieren, was die Grundlage der Unsicherheit oder eben Verunsicherung sein könnte. Eine globale oder eben externe Dimension, die eine maßgebliche Rolle spielt, ist dabei unumstritten der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine. Die Geschehnisse in der unmittelbaren Nachbarschaft unserer Region brachten eine tiefgreifende Umformung der bekannten geopolitischen Ordnung mit sich, was nicht zuletzt Auswirkungen auf unsere Region hat.

**Die wirtschaftliche, energiepolitische und gesellschaftliche Lage veränderte sich schlagartig. Das bedeutet, wir sehen uns einer neuen Situation gegenüber, in der sich die Gesellschaften Mitteleuropas neu definieren müssen.**

Um in einer derartigen Lage bestehen zu können, ist es gerechtfertigt, die Rolle der Nationen nochmals zu unterstreichen. Sie können Hilfe und Obhut in den Stunden der Not geben, was zugleich eine starke humanitäre Anstrengung bedeutet.

Mitteleuropa wird diesem Anspruch seit dem Beginn des Konfliktes gerecht. Für uns ist es die größte humanitäre Aktion der Geschichte meines Landes. Seit dem Ausbruch des Krieges kamen mehr als 1,2 Millionen Menschen über die ungarisch-ukrainische Grenze, um dem Kriegsgeschehen zu entkommen. Sehr viele gingen weiter in Richtung Slowakei, Polen, Deutschland. Mitteleuropa hat Tatkraft gezeigt. Ungarn hat bereits mehr als 35 Milliarden Forint zur Unterstützung der Ukraine ausgegeben und ist bereit, seine Hilfe für das kriegsgeschüttelte Land fortzusetzen. Natürlich ist die einzige nachhaltige Lösung, die im Falle eines Krieges Leben retten kann, der Frieden, hoffentlich der sofortige Frieden.

Was die aktuelle Lage betrifft, haben wir es aber auch mit einer internen Verunsicherung zu tun, die sich aus einer Art selbstverschuldeter Richtungslosigkeit ergibt. Dazu führen hauptsächlich strukturelle Debatten, die in der Europäischen Union Tag für Tag geführt werden.

Im Jahre 2004 ging für Ungarn und die weiteren Länder Mitteleuropas mit dem Beitritt zur Europäischen Union ein lang ersehntes Ziel und teilweise für die Gesellschaften Westeuropas eine überfällige Schuld gegenüber unseren Ländern in Erfüllung. Mit dem Beitritt wurden 900 Jahre alte Märkte für Deutschland und ganz Westeuropa wiederhergestellt. Mitteleuropa wuchs endlich mit dem Rest des Kontinents auch formell, institutionell zusammen. Das war eine klare wirtschaftliche Entwicklung, die gegenseitig zum Erfolg führen konnte.

Europa lebt von der auch als Motto verankerten Vielfalt. Dazu gehört auch, dass Europa die Rolle der mitteleuropäischen Region wahrnimmt und Respekt gegenüber unterschiedlichen Meinungen hat, die in dieser Region unverbrüchliche Kernbestände der gesellschaftlichen Meinungsbildung sind. Das war in der deutschen Politik unter Helmut Kohl noch selbstverständlich. Der Kanzler der Einheit und Ehrenbürger Europas reflektierte die Rolle und Wahrnehmung dieser Region in einer seiner Reden aus dem Jahr 1997 folgendermaßen: „Vor dem Hintergrund des

tiefgreifenden Wandels in der Welt müssen wir umdenken. Dazu gehört, dass wir beispielsweise unsere Sprache bereinigen und aufhören, in Deutschland von Osteuropa zu sprechen, wenn wir Krakau meinen. Krakau, meine Damen und Herren, liegt in Mitteleuropa, und das ist mehr als eine geographische Bezeichnung. Die Dimension der Mitte Europas müssen wir endlich auch wieder in unserem Denken und Fühlen begreifen.“ Wir hoffen darauf, dass die Rolle Mitteleuropas heute ebenso realistisch wahrgenommen wird. Wir hoffen, dass das vor knapp 30 Jahren von Helmut Kohl erwähnte Begreifen im Denken und Fühlen, das damals schon stattfand, für unsere Kinder normal sein wird.

Wenn das nicht der Fall ist, könnte man wohl den Prozess mit Zahlen und Fakten unterstützen. In vielen Fällen werden Produkte, die von deutschen Unternehmen in den Ländern Mitteleuropas hergestellt werden, nach Deutschland exportiert, von wo aus sie wiederum in andere große Volkswirtschaften re-exportiert werden. Darüber hinaus übersteigt der gemeinsame Handel zwischen den Visegrád-Staaten und Deutschland das Volumen, das die Bundesrepublik Deutschland mit den USA oder mit Frankreich oder eben mit der Volksrepublik China abwickelt. Es ist ein starkes Bündnis aus Gewinnern. Europa ist für Mitteleuropa eine Win-Win-Situation. Umgekehrt zeigt es aber auch, dass Ungarn wirtschaftlich sehr stark von Europa abhängig ist, da 83 Prozent des gesamten ungarischen Handels über den EU-Binnenmarkt abgewickelt werden. Dies ist ein weiteres Beispiel für den Erfolg des europäischen Projekts, das ein dynamisches Handelsumfeld für die Mitgliedsstaaten und einen Rahmen für die nationale wirtschaftliche Zusammenarbeit bietet, entlang dessen wir unsere gemeinsame Zukunft planen können.

**Ein weiterer Erfolg der Europäischen Union ist zweifellos die Bewahrung des Friedens, was für uns Mitteleuropäer besonders wichtig ist. Mit dem Frieden, der aus dem Bündnissystem erwächst, hat sich in der Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg auch der soziale Wohlstand verändert und das Konzept der Armut grundlegend gewandelt.**

Der freie Waren- und Personenverkehr hat Barrieren abgebaut und Chancen eröffnet. Das sind gemeinsame europäische Errungenschaften, die auch in unsicheren Zeiten ein starkes Fundament bieten. Im Falle meines Landes gingen die Freiheit der Grenzen und die anfänglichen wirtschaftlichen Ungleichgewichte nach dem Beitritt zur EU auch mit der Abwanderung von Fachkräften und Intellektuellen einher. Das ist etwas, das wir auch in Prag, Bratislava, aber natürlich auch in Sachsen erlebt haben.

Ich glaube, dass heute dank der dynamischen Entwicklung des Kontinents und unserer Region, dies nicht mehr der Fall ist und immer seltener vorkommt. Es ist ein Erfolg, dass viele junge Menschen, die in Westeuropa studiert oder gearbeitet haben, in ihre Heimat zurückgekehrt sind und ihr intellektuelles und materielles Kapital sowie ihre Erfahrungen in den Dienst ihrer persönlichen Entwicklung und des Fortschritts von Ungarn und der ganzen Region stellen.

Allerdings gibt es kulturelle Unterschiede, die auch mit regem internationalem Austausch in den unterschiedlichen Lebensbereichen das Bild unserer Region prägen. Zuerst möchte ich festhalten, dass bei uns eine andere Vorstellung

Forum Mitteleuropa
haller-Baross
SENÁT
SENATE
Forum Mitteleuropa

darüber herrscht, wie die Gesellschaft strukturiert sein sollte, als in Westeuropa. Aber das ist völlig in Ordnung. Die Europäische Kommission muss die demokratischen Entscheidungen der ungarischen und mitteleuropäischen Länder respektieren. In Ungarn sind wir der Meinung, dass föderalistische Tendenzen, die die Europäische Kommission in eine europäische Regierung verwandeln und zugleich das Organ mit der größten demokratischen Legitimität, den Rat der Europäischen Union, in einen Senat mit einer Art Beratungsbefugnis transformieren und damit schwächen würden, uns nicht zu einer stärkeren Gemeinschaft führen. Die fiebrigen Träume von einer schleichenden Ausweitung der Befugnisse des Europäischen Parlaments, das keine autonome gesetzgebende Körperschaft ist, über die nationalen Parlamente hinaus, werden nur zur Demontage einer Gemeinschaft führen, die einen sicheren Rahmen für eine harmonische Zusammenarbeit zwischen souveränen Staaten und den demokratisch gewählten Regierungen darstellt.

**Die ungarischen Menschen sind stolze Europäer, stolze Mitteleuropäer, aber vor allem sind sie stolze Ungarn. Das kann und wird sich niemals gegenseitig ausschließen. Unser Platz war und ist und wird in Europa sein, aber wir wollen ein Europa, in dem die Stimme des Respekts – auch im Sinne von Helmut Kohl – an jeden gerichtet ist, der mit am Tisch sitzt.**

Dies setzt voraus, dass überall in Europa, von Helsinki bis Valletta, von Lissabon bis Bukarest, die nationalen Selbstbestimmungsrechte geachtet werden. Wenn das der Fall ist, dann können wir gemeinsam das Anliegen Europas mit Anstand und Würde weitertragen und die interne Verunsicherung, die jetzt aus auseinanderklaffenden Interessen zwischen Föderalisten und nationalstaatlicher Staatsräson erwächst, gemeinsam bezwingen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie alle einladen daran mitzuwirken, dass unsere Länder weiterhin eng und partnerschaftlich zusammenarbeiten. Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Österreich und Deutschland können in der Zukunft weiterhin die Motoren der Wirtschaft Europas sein. Mitteleuropa ist geschichtlich, kulturell und wirtschaftlich mit tausend Fäden verbunden. Akzeptieren wir, dass die Strukturen der Gesellschaften Europas und bestimmte Werte nicht gleichgestellt werden müssen. Respektieren wir unsere Verträge und respektieren wir uns dadurch gegenseitig. So kann Mitteleuropa und die ganze Europäische Union eine Erfolgsgeschichte bleiben. Lassen Sie uns gemeinsam die neuen Herausforderungen als Chancen interpretieren und unser geteiltes Erbe, das in Mitteleuropa in der Kultur und der Identität fest verankert ist, auch in unsicher scheinenden Zeiten bewahren.

Danke vielmals für die Einladung, danke für die Aufmerksamkeit. «

Impulsreferat

# „Kunst und ästhetische Bildung als Weg zur Resilienz“

## Pavel Fischer

» Sehr geehrter Herr Senatspräsident, sehr geehrte Senatoren, sehr geehrte Abgeordnete des Sächsischen Landtags, liebe Freunde, meine Damen und Herren!

Die Tschechische Republik ist nach wie vor ein außerordentlich vielfältiges Land. Wenn wir beispielsweise die Ergebnisse von Präsidentschaftswahlen oder anderen Wahlen betrachten, fällt ein großer Unterschied zwischen der Hauptstadt und der Peripherie auf. Bei genauerer Betrachtung der Daten zeigt sich auch, dass es hier Regionen gibt, die scheinbar auf der Strecke geblieben sind. Als würden sie sich langsamer entwickeln. Wenn wir die Gründe – den gesamten Kontext – untersuchen, wird deutlich, dass es sich um Regionen handelt, die strukturell langfristig betroffen sind. Auch wenn wir Geld dorthin schicken, hat es nicht die entsprechende Wirkung.

Aus zahlreichen Geschichten konkreter Menschen geht hervor, dass sie entweder in der Region bleiben und einige Möglichkeiten sind für sie ausgeschlossen, oder dass sie, um ihr Studium fortzusetzen oder eine interessante Arbeit und Beschäftigung zu finden, die Region verlassen müssen. Bestenfalls kehren sie später zurück, zum Beispiel für den Ruhestand. Diese Erkenntnis über ein nicht besonders großes und nicht besonders bevölkerungsreiches Land, wir sind zehn Millionen, hat einige Mitglieder dieses Senats zur Gründung einer Sonderkommission veranlasst, die sich mit diesen benachteiligten Regionen befasst. In der Tat haben wir es oft mit Menschen zu tun, die das Gefühl haben, nicht wirklich einbezogen zu werden. Es ist weit bis zum Arzt, es ist weit bis zur Schule, es ist weit bis zur Arbeit. Wenn sie zivilgesellschaftliche Dienstleistungen des 21. Jahrhunderts, wie wir sie gewohnt sind, wirklich in Anspruch nehmen wollen, müssen sie in die Hauptstadt fahren. Aber psychologisch gesehen ist die Entfernung zwischen ihnen und der Hauptstadt schier endlos. Doch das Gefühl, dass man auf sie zählt, dass sie eine Chance haben, dass ihnen jemand hilft, dass sie ihre Rechte einfordern können, ist extrem wichtig.

Heute Morgen haben wir über eine ganze Reihe von Herausforderungen gesprochen, über Energiewirtschaft, über die russische Aggression, über den sich abzeichnenden und bedrohlichen Einfluss des totalitären China, das versucht, die Spielregeln zu ändern. Und zwar nicht nur in China, sondern weltweit, auch in unseren Gesellschaften. Darüber könnten wir auch hier im Senat eine Menge erzählen. Aber lassen Sie ein anderes Thema ansprechen, denn in der heutigen Nachmittagssitzung werden wir uns mit der Zivilgesellschaft und den Bürgern, der Widerstandsfähigkeit und der Fähigkeit zum Miteinander der Bürger unserer Länder befassen.

Wenn wir darüber nachdenken, welche Werkzeuge wir in der Hand haben, können wir auf vieles zurückgreifen, und damit meine ich jetzt keine Spitzentechnologien. Ein ukrainischer Philosoph, der trotz der Bombardierung in Kiew lebt, arbeitet und nachdenkt, legt ein sehr bewegendes Zeugnis von der europäischen Kultur ab. Sein Name ist Konstantin Sigov. Letzte Woche war er in Prag. Er hat hier eine Reihe von Vorträgen gehalten. In einem dieser Vorträge spricht er davon, dass die Welt und Europa ein bisschen wie der Turmbau zu Babel ist. Wir haben hier ein Sprachengewirr, oft können wir einander nicht sofort verstehen. Wir können nicht alles auf Anhieb entziffern. Vielleicht fühlen wir uns deswegen unbehaglich oder sogar bedroht. Und doch, so erinnert sich der Philosoph, blieb in diesem Turm zu Babel eine kleine Kammer unbeachtet. Als ob sie von der Sprachverwirrung unberührt bliebe. In dieser Kammer, so fährt der Philosoph fort, versammeln sich die Musiker und machen das, was sie schon immer gut gemacht haben, nämlich große Musik, große Kunst. Sie brauchen keine Übersetzer.

Gestern feierte ein brillanter Lehrer, der in den letzten 30 Jahren an der Akademie der darstellenden Künste in Prag Klavier unterrichtet hat, nur wenige Schritte von uns entfernt ein wichtiges Jubiläum. Er ist ein brillanter Solist. Zu seinem Geburtstag standen vielleicht 40 seiner Schüler abwechselnd auf der Bühne. Der Lehrer saß nicht im Publikum, sondern an der Tastatur. Jeder dieser Schüler spielte einen Satz mit ihm. Sie können sich vorstellen, wie schön und lang das Konzert war! Der Lehrer heißt Ivan Klánský. Mir ist aufgefallen, dass unter den Virtuosen, die dort spielten, mehr Musiker waren, die in Dresden oder anderen sächsischen Städten arbeiten. Das Genie des Barock, Jan Dismas

Zelenka, war im 18. Jahrhundert in Dresden tätig. Ein Komponist, der von Johann Sebastian Bach bewundert wurde, der in Leipzig, ebenfalls in Sachsen, mehr als 20 Jahre lang in der Hochphase seines Schaffens tätig war. Die Allgemeingültigkeit oder Verständlichkeit der Werke, die sie uns hinterlassen haben, sollte uns zu der Frage führen, was wir heute im 21. Jahrhundert machen können. Ja, ich spreche von Erziehung zur Kunst und Musik.

Jeder, der jemals eine Musikschule besucht hat – ich habe ein Vierteljahrhundert lang Geige gespielt, ich bin mehrmals als Mitglied eines Orchesters quer durch Europa gereist –, jeder, der eine Musikschule besucht hat, weiß, dass man dort Disziplin lernt, dass man dort seine Vorstellungskraft, sein abstraktes Vorstellungsvermögen, sein Gedächtnis, seine Konzentrationsfähigkeit und seine Fähigkeit, Gefühle auszudrücken, entwickelt, und dass man dort individuell unterstützt wird. In der Zeit der Schulkrise – wir könnten über das sprechen, was in diesen Wochen im Land los ist – können wir jedem Schüler in der Musik- und Kunsterziehung individuelle Aufmerksamkeit schenken, ihn begleiten, ihn an das heranführen, was er wirklich können wird, vielleicht mehrmals das Instrument wechseln, um herauszufinden, was er gut kann. Diese Arbeit mit schwierigen Schülern ist vielleicht noch wichtiger, wenn man bedenkt, dass in den überfüllten Klassenzimmern unserer Schulen oft nicht nur keine Zeit für die individuelle Arbeit mit den Schülern, sondern auch keine Zeit für die Erziehung der

Kinder bleibt. Für ästhetische Bildung bleibt oft keine Energie übrig. Aber gerade wenn man sich im Leben als Mitglied eines Orchesters oder eines künstlerischen Ensembles verwirklicht, lernt und entdeckt man, dass man verschiedene Rollen spielen kann. Emotionen zu verstehen und zu versuchen, sich universell auszudrücken, zum Beispiel im Falle eines Musikers in der Sprache der Musik.

In Mitteleuropa war die Zusammenarbeit in Musik und Kunst schon immer eine gelebte Realität, ich nannte das Beispiel von Dismas Zelenka oder Johann Sebastian Bach oder Ivan Klánský, den ich eingangs erwähnte. Wenn man sich anschaut, wie Mozart unsere Länder bereist hat, wie viele Werke er geschaffen hat, nachdem er eine Weile in Wien Halt gemacht hat, dann in der Kutsche unterwegs weitere Werke komponiert hat, oder irgendwo in den Gästezimmern geniale Kompositionen geschrieben hat, die uns bis heute begeistern, dann wird uns bewusst, was für einen außergewöhnlichen Raum wir bewohnen dürfen.

Man nennt es hier manchmal „das Konservatorium Europas“. Es ist nicht für die Eliten. Es ist für normale Bürgerinnen und Bürger, denn hier sehen wir Volkstümlichkeit, Zugänglichkeit, Vernetzung, Lokales und doch eine unglaubliche Universalität. Lassen Sie mich diese Überlegungen mit einer Frage abschließen: Ist dies nicht zufällig auch eine der außergewöhnlichen Möglichkeiten der gegenseitigen Verständigung, über die Grenzen hinweg, aber auch innerhalb unserer Gesellschaften, wo es Regionen gibt, die ein wenig in Vergessenheit geraten sind? Ist dies nicht einer der Wege der Verständigung, dass wir diejenigen zur Zusammenarbeit einladen können, die vielleicht keine glatten Einsen auf ihrem Zeugnis haben, die sich aber an etwas beteiligen könnten, das uns mit unserer Geschichte verbindet, das eine universelle Sprache spricht, eine Sprache, die weit weg verstanden wird, sogar auf anderen Kontinenten...

Ich erwähne dies, weil unsere Kunstinstitutionen einige Jahre lang unter der Pandemie gelitten haben, weil die Corona-Pandemie das gesellschaftliche Leben zerstört hat, weil die Corona-Pandemie nicht nur das Publikum aus den Sälen vertrieben hat, sondern die Künstler oft gezwungen hat, als Chauffeure oder Supermarktkassierer zu arbeiten. Lassen wir sie nicht länger an der Supermarktkasse sitzen, als sie müssen!

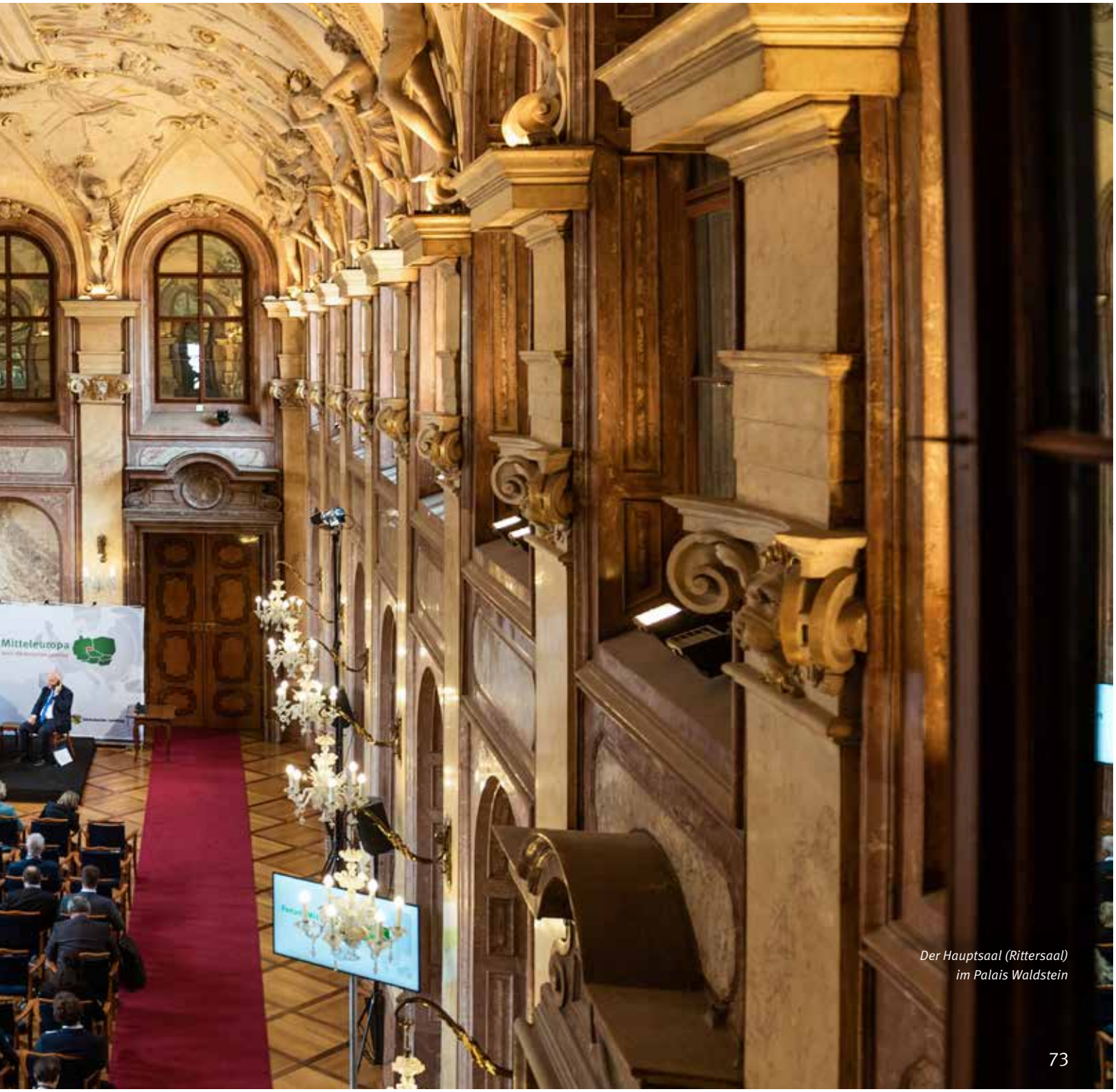
**Ohne intelligente, vorausschauende, langfristige Unterstützung durch öffentliche Institutionen wie es Sachsen, die sächsische Regierung tut oder wie ich es mir wünsche, dass es die tschechische Regierung tun würde, oder die EU und die Regierungen der Länder, die heute hier vertreten sind, werden wir diese unsere Künstler nicht von den Supermarktkassen zurückholen können. Dabei sind sie ein Schatz, der uns zu mehr Verständnis verhelfen kann, zur Harmonie, wenn wir über Musik oder Kunst im Allgemeinen sprechen, zum Ausdrücken von Emotionen und zum Verstehen von Emotionen.**

Als ich Botschafter war, fand ich es faszinierend, dass ich 30 Minuten lang im besten Französisch sprechen konnte, aber das war nicht genug. Im Gegenteil, es reichte, wenn ein großer Künstler, ein Musiker oder ein Plakatmaler hereinkam und etwas zeichnete, das unhöflich war, es auch nur zu benennen, und jeder verstand ihn, denn in der Kunst kann man das Unaussprechliche sagen, etwas berühren, wovor man Angst hat, aber auch etwas zum Ausdruck bringen, was ein Teil unserer Hoffnung ist oder etwas, das wir gerne ändern würden.

Deshalb ist es so wichtig, in unserer mitteleuropäischen Zusammenarbeit Raum für Kunst zu lassen, Kunst zu fördern, damit wir uns auch in Dingen, die schwer zu übersetzen sind, wirklich verstehen können. Wenn wir den Menschen nicht die Möglichkeit geben, ihre Frustrationen, Hoffnungen oder Enttäuschungen in der Kunst auszudrücken und zu verstehen, könnten wir eines Tages in einer Region aufwachen, in der es politische Kräfte gibt, die mit diesen unausgesprochenen Dingen sehr raffiniert und pfiffig arbeiten können.

Deshalb wollte ich Ihnen für diesen Ort des Dialogs danken, denn Verständnis ist eine Voraussetzung für Resilienz, für die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaften, und es erlaubt uns, mit Hoffnung in die Zukunft zu blicken. Ich möchte mich bei allen bedanken, die heute zu diesem schönen Werk beigetragen haben. Ich freue mich auf die Debatte heute Nachmittag. Herzlichen Dank. «

# Podiumsdiskussion




*Der Hauptsaal (Rittersaal)*
*im Palais Waldstein*

# Podiumsdiskussion

*Gerald Schubert (Moderation)* *Dr. Martin Buchtík* *Dr. Zoltán Szalai*

**Gerald Schubert (Moderator):**
Ich danke dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Tschechischen Senats für diese Rede. Sie haben nicht nur die Bedeutung des Abgehängt-Seins in verschiedenen Regionen hervorgehoben, sondern auch die Bedeutung von Kommunikation, von Kunst und letztlich von Verständnis – einem der vielen Gründe, aus denen wir heute hier sind.

Zu Beginn unseres Panels „Mitteleuropas Gesellschaften in unsicheren Zeiten – Stabilität und Wandel“ würde ich gern eine ziemlich allgemeine Frage stellen, nur zur Verortung, damit wir wissen, wovon wir überhaupt reden. Ich habe es schon erwähnt, wir knüpfen an das Forum Mitteleuropa in Vilnius 2022 an, das damals unmittelbar vom Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geprägt war. Jetzt sind wir um die Erfahrungen vieler Monate reicher und trotzdem stelle ich fest, dass es immer noch nicht ganz klar ist, was das eigentlich für ein Konflikt ist, den wir da sehen. Und die Reaktionen der mitteleuropäischen Gesellschaften, über die wir jetzt sprechen wollen, hängen durchaus sehr stark damit zusammen, wie man diesen Krieg überhaupt wahrnimmt. Manche nehmen das als irgendeinen Regionalkonflikt

*Pavel Fischer*

am äußersten östlichen Rand Europas wahr, der uns nichts weiter angeht, manche sprechen von einem Krieg gegen europäische Werte, manche sprechen vom Dritten Weltkrieg, der nicht nur drohe, sondern angeblich bereits begonnen habe. Im Übrigen ist das auch die Meinung eines russischen Historikers, der vorige Woche in Wien eine Vorlesung gehalten hat. Putin sehe sich in einem großen Konflikt mit den USA. Wahrscheinlich stimmt von allem etwas, ist es doch dieser Krieg, der täglich viele Menschenleben kostet und der auch die verschiedenen Gesellschaften Mitteleuropas auf verschiedene Weise reagieren lässt. Mich interessiert, wie Sie das persönlich sehen. Was ist das für ein Krieg und wie reagieren die Gesellschaften in Ihren Ländern darauf?

→ **Pavel Fischer:**
Vielen Dank für die einleitende Frage. Als wir im vergangenen Februar sahen, dass eine neue Phase der russischen Aggression gegen die Ukraine einsetzte, war eine der Fragen, wie lange die Öffentlichkeit in der Lage sein würde, die Ukraine zu unterstützen. Die zweite Frage war, wie lange wir es schaffen würden, den Westen, die Europäische Union oder die NATO-Länder zusammenzuhalten. Heute, mehr als ein Jahr nach diesen Ereignissen, stellen wir fest, dass die Öffentlichkeit in der Tschechischen Republik immer noch mit überwältigender Mehrheit für die Unterstützung der Ukraine ist, und dass die Einheit oder Synergie zwischen den EU- und NATO-Ländern mehr oder weniger aufrechterhalten wurde. Dies setzte nicht nur Sympathie in der Gesellschaft voraus, sondern auch ein großes Engagement der politisch Verantwortlichen, einschließlich des Parlaments.

Wie soll man es interpretieren? Ich werde Ihnen ein Raster oder eine Art von Kriterien anbieten. Als der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, hat die Weltgemeinschaft in das gemeinsame Gründungsdokument der Vereinten Nationen die Ideale hineingeschrieben, damit sich große Konflikte nicht wiederholen, und Mechanismen, um etwaige Konfliktsituationen anders als durch eine Auseinandersetzung zu lösen. Ich spreche von der UN-Charta, in der von der Unantastbarkeit der Grenzen die Rede ist, und davon, dass Streitigkeiten nicht mit Waffengewalt gelöst werden dürfen, und dass selbst die Androhung von Waffengewalt

nicht zulässig ist. Was die Androhung von Waffengewalt betrifft, so müssen wir China jetzt ausklammern und uns die Frage stellen, ob China als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates nicht bereits in dem Moment, in dem es mit der Unterwerfung Taiwans durch Waffengewalt droht, die Verhaltensregeln überschreitet, zu denen es sich bei seinem Beitritt zu den Vereinten Nationen verpflichtet hat. Als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates hat China sogar einen weitaus höheren Anspruch auf Einhaltung der Regeln als einfache Mitglieder auf sich genommen.

Das ist China. Es ist eine Großmacht, die am Vorabend dieses irrsinnigen bewaffneten Angriffs auf die Ukraine eine dauerhafte Partnerschaft mit Russland eingegangen ist, mit einem Russland, das die Unverletzlichkeit von Grenzen verletzt hat, das Streitigkeiten mit Waffengewalt löst, das nicht einmal gesagt hat, welche Streitigkeiten es so lösen wird. Den Sinn Russlands Tuns hat noch niemand ordentlich benannt, es ist die Rede von Entnazifizierung, Ent-Ukrainisierung, Ent-Europäisierung...

Daran können wir bereits sehen, dass Russland praktisch mit Ausdrücken spielt, die das Recht der Ukraine auf ihre eigene Existenz zu leugnen scheinen. Das sind sehr schwere Verstöße gegen die UN-Charta. Wiederum von einem Staat, der ständiges Mitglied des Sicherheitsrates ist und damit einen höheren Anspruch hat, sich selbst an diesen Regeln zu orientieren. Aus völkerrechtlicher Sicht ist es umso komplizierter, als Russland der Ukraine bis heute noch nicht einmal Krieg erklärt hat. Sondern es führt eine spezielle Operation durch. Wie wird dies von der tschechischen Öffentlichkeit wahrgenommen? Vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen, der historischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, zum Beispiel der Besetzung im Jahr 68, aber auch der früheren Erfahrungen, die mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zusammenhingen? Wir sind davon tief berührt, denn es erinnert uns an die dunklen Momente, in denen Europa auseinanderbrach und den Eintritt in den Krieg erwogen hat, als zum Beispiel über unser Hoheitsgebiet, also über das souveräne Territorium der Tschechoslowakei, von anderen ohne uns entschieden wurde. Daher scheint mir, dass diese Wahrnehmung, zumindest in der tschechischen Gesellschaft, auch heute noch sehr prägnant ist, wenn wir die Parameter der UNO (und die Tschechoslowakei war eines der Gründungsmitglieder) hinzuziehen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir hier im Parlament daran arbeiten, diese Unterstützung solide und überzeugend auch für die Zukunft zu gestalten. Vielen Dank.

→ **Gerald Schubert:**
Herzlichen Dank. Ich will als Österreicher sagen: Mein Eindruck ist manchmal, dass die Polarisierung bei uns gar nicht so weit gedeihen kann, wie das in Tschechien oder in der Slowakei der Fall ist. Vielleicht können wir darüber auch noch sprechen. In der Slowakei wird bald gewählt. Da ist das natürlich ein großes Thema. In Österreich gibt es auch unterschiedliche Meinungen, aber da kommt etwas zum Tragen, was manche ein bisschen pejorativ als Staatsvertragsromantik bezeichnen. 1955 war alles „wieder gut“, Österreich ist frei geworden und die Sowjetunion hat sogar in der Zeit des Kalten Krieges immer verlässlich ihr Gas geliefert. Viele wollen eigentlich, dass das jetzt so weitergeht. All diese großen historischen Einschnitte wie in Ungarn 1956 oder in der

Tschechoslowakei 1968 haben bei uns nicht stattgefunden. Das österreichische Mindset ist da ganz anders. Herr Szalai, würden Sie mir zustimmen? Ist die Polarisierung in Ungarn größer oder vielleicht aus anderen Gründen gar nicht?

→ **Dr. Zoltán Szalai:**
Ich denke, die Polarisierung allgemein, die Lust zur Debatte ist größer in Ungarn. Ich würde das vielleicht nicht Polarisierung nennen, weil ich zum Beispiel in meinem persönlichen Leben nicht die Erfahrung habe, dass ich mit Freunden oder Bekannten, die nicht so denken wie ich, keine gute Beziehung aufrechterhalten könnte. So eine Polarisierung sehe ich nicht. Andererseits denke ich, dass die Debattenkultur etwas anders ist, als man sie gegenwärtig im deutschen Sprachraum hat. In Ungarn gibt es lebhaftere Debatten, gibt es verschiedene Meinungen, die auch in den Mainstream-Medien vorkommen. Ich arbeite sehr viel mit der jungen Generation zusammen. Wenn jemand 18 oder 20 ist, dann kann ich demjenigen nichts anbieten, was langweilig ist, wo sie nur eine Meinung hören. Oder ich lade Sie ein, weil Sie der beste Journalist aus Österreich sind, dann hören die Studenten das gern an. Wenn ich Sie das zweite Mal einlade, machen sie das auch, aber beim dritten Mal werden sie fragen, ob wir jemanden anderen einladen können oder ob wir Sie mit jemanden konfrontieren können. Ich denke, diese Art von Debattenkultur ist zurzeit sehr stark in Ungarn.

Wenn man die ungarische Presse anschaut, die Presse ist in Ungarn sehr stark polarisiert. Wir haben zurzeit eine größere Diversität, als wir sie vor mehr als 20 Jahren hatten. Verschiedene Meinungen kommen zum Ausdruck, nicht so wie – sagen wir – vor 20, 30 Jahren, wo wir eine postkommunistisch dominierte Presselandschaft hatten. Jetzt haben wir immer noch die Nachkommen der Postkommunisten da, aber es gibt auch andere Stimmen, die ausgewogen alle Meinungen repräsentieren. Wenn sich jemand in Ungarn über bestimmte Sachen informieren möchte, der kann die verschiedenen Internetseiten, Zeitungen abrufen und sich dort die Informationen holen.

Zur Ukraine: Da kann ich nicht viel Anderes sagen, als der Herr Botschafter. Der 24. Februar letzten Jahres war in Ungarn ein sehr schwarzer Tag. Der Ausbruch der Pandemie war eine ähnliche Erscheinung, wo die Gesellschaft

eine große Unsicherheit und Angst verspürte. Selbstverständlich haben wir die Erfahrungen nach dem Zweiten Weltkrieg bzw. 1956. Ich denke, die Ungarn kennen am besten, wie das ist, wenn Russland jemand völlig ungerechtfertigt, und nicht nur juristisch, wie hier gesagt wurde, sondern auch menschlich völlig unangemessen, inakzeptabel angreift.

Ich bin auch ganz stolz, weil die ungarische Gesellschaft die größte humanitäre Aktion seit dem Jugoslawienkrieg gestartet hat. Wir haben mehr als eine Million Flüchtlinge, die aus Richtung der Ukraine nach Ungarn gekommen sind, aufgenommen. Viele sind danach weiter nach Westeuropa gegangen. Aber viele, mehrere Hunderttausende sind geblieben. Es soll auch nicht vergessen werden, was ebenfalls sehr schmerzhaft für die ungarische Gesellschaft war, dass eine zweihunderttausendköpfige ungarische Minderheit an der ukrainisch-ungarischen Grenze auf der ukrainischen Seite mit diesem Angriff in den Krieg hineinrutschte. Mehrere hundert Tote ungarischer Nationalität sind in diesem Krieg bei den verschiedenen Schlachten bereits gefallen. Ich denke, alle in Ungarn haben einen Bekannten, der aus Transkarpatien kommt, also aus der Karpatenukraine, und die schmerzhaften Erfahrungen des Krieges berichtet hat. Das hat, meiner Meinung nach, die ungarische Gesellschaft so tief wie nie seit der Wende berührt.

→ **Gerald Schubert:**
Herzlichen Dank. In der Diskussion möchte ich nachher noch einmal gern darauf zurückkommen, wenn wir über die Sanktionen sprechen und die ungarische Haltung dazu. Ich würde aber zunächst gern Martin Buchtík das Wort geben, der ja die Situation als tschechischer Sozialwissenschaftler analysiert. Ich war im Herbst relativ kurz hintereinander bei zwei verschiedenen Demonstrationen am Prager Wenzelsplatz und habe darüber berichtet. Die eine war für die Unterstützung der Ukraine, die andere war gegen die Unterstützung der Ukraine. Ich glaube, beide waren relativ groß, annähernd gleich viele Leute, so um die 70 000. Eigentlich war es auch ein bisschen eine Demonstration für die Regierung und eine gegen die Regierung. Aber für die Regierung zu demonstrieren, ist irgendwie nicht so ein gutes Narrativ. Deshalb hat man gesagt, wir demonstrieren gegen die Angst. Das war etwas, was die Organisatoren dort transportieren wollten: Fürchten wir uns nicht! Vor Putin fürchten wir uns nicht! Die andere Demo war gegen die sozialen Auswirkungen der Sanktionen. Also zwei Demos, die unterschiedlicher kaum hätten sein können. Sind das im Wesentlichen die Leitlinien in der tschechischen Gesellschaft und wie groß schätzen Sie die beiden Lager ein?

→ **Dr. Martin Buchtík:**
Es wird häufig gesagt, dass nicht nur die tschechische, nicht nur die mitteleuropäische, sondern sogar die globale Gesellschaft innerhalb der Nationalstaaten polarisiert und gespalten ist. Unsere Daten, insbesondere die zur tschechischen Gesellschaft, zeigen, dass dies nicht der Fall ist, dass die tschechische Gesellschaft auf eine Zersplitterung zusteuert, auf eine Zersplitterung in kleine Fragmente, und nicht auf einen Kampf zwischen zwei unversöhnlichen Barrikaden, wie wir uns manchmal die Politik in den Vereinigten Staaten vorstellen, wo alle politischen Entscheidungen tatsächlich von einem Zweiparteiensystem getragen werden und somit wirklich zur

Polarisierung beitragen. Es wird ja sogar in den Vereinigten Staaten von Amerika viel darüber gesprochen, dass die gemäßigten Wähler oder die normalen demokratischen Wähler den normalen republikanischen Wählern näherstehen als den sogenannten Ausreißern, wie der Tea Party bei den Republikanern.

Die Folge in der Tschechischen Republik ist jedoch, dass diese extremen Stimmen gehört werden. Sie sind nämlich verständlich. Man muss verständlich sein, um seine politische Meinung in sieben Sekunden ausdrücken zu können, so wie man seinen Snickers-Riegel in sieben Sekunden verkaufen muss. Interessanterweise fällt das politische Establishment sehr oft auf dieses Spiel herein. Ich bin mehr als einmal von Politikern gefragt worden, nicht wie man die Werte hochhält, für die eine politische Partei steht, oder ich als Vertreter einer politischen Partei stehe, sondern was ich den Wählern sagen muss, um gewählt zu werden. Das ist normal, denn wir alle wollen unseren Job. Andererseits vermittelt es der Öffentlichkeit den Eindruck, dass die Debatte sehr polarisiert ist.

Was Sie auf dem Wenzelsplatz gesehen haben, sind eigentlich die nicht repräsentativen Teile der Bevölkerung, weil die tschechische Bevölkerung einzelne Ereignisse normalerweise nicht so stark miterlebt. Zu einer Demo zu gehen, ist immer noch ein bisschen seltsam. Wir haben, zumindest in der Generation meiner Eltern, immer noch diese typischen Mai-Umzüge mit wehenden Fahnen in Erinnerung. Ich weiß nicht, ob das in anderen mitteleuropäischen Ländern auch so ist, aber da gibt es einfach immer noch eine gewisse Zurückhaltung. Die tschechische Gesellschaft sowie andere mitteleuropäische Gesellschaften sind nicht in dem Sinne polarisiert, ob sie dem Westen oder dem Osten angehören. Die Debatte, die wir führen, ist, ob wir zum Westen gehören, sei es, weil wir es wollen, sei es, weil wir es müssen, weil wir keine andere Wahl haben, oder ob wir eine Brücke zwischen Ost und West sein wollen. Dies geschieht in Tschechien, in der Slowakei, in Österreich und in Ungarn. Wie Sie sehen, ist die Form, wie man eine Brücke zwischen Ost und West sein könnte, in jedem Land völlig unterschiedlich. Hier in Tschechien ist es so, dass wir eine zweite Schweiz sein wollen, wobei die tschechische Öffentlichkeit über die

Schweiz weiß, dass es dort Kühe gibt, die wahrscheinlich nicht lila sind, Schokolade, die mit diesen Kühen zusammenhängt, und dann Banken, Geld, Uhren und schöne Natur, die wir natürlich in Tschechien auch haben. Das ist eines der wenigen Dinge, abgesehen von Jaromír Jágr, auf die wir wirklich stolz sind. Das ist eigentlich das Besondere an dieser Debatte, denn eine Brücke zwischen Ost und West zu sein, ist eine Phrase, aber sie klingt in jedem Land anders.

→ **Gerald Schubert:**
Was sind die sozialen Auswirkungen des Krieges, die ein beachtlicher Motor für Ängste sind, um die es bei beiden Demonstrationen auf dem Wenzelsplatz ging? Wie stark sind diese sozialen Auswirkungen in Tschechien wirklich? Wie muss man sich das vorstellen? War es die Inflation? Waren es die Energiepreise? In welcher Phase sehen Sie das jetzt? Sind die Existenzängste breiterer Schichten groß?

→ **Dr. Martin Buchtík:**
Man kann darüber aus wirtschaftlicher oder kultureller Perspektive sprechen. Ich beginne mit dem Letzteren, denn es ist klar ersichtlich. In diesem Panel sitzen fünf gebildete, wohlhabende, weiße, privilegierte Männer. Wenn wir unsere Anzüge verkaufen würden, würden wir wahrscheinlich die Chancen eines armen Kindes auf einen Hochschulabschluss verzehnfachen. Natürlich werden wir sie nicht verkaufen... Sie sind abgenutzt und so weiter. Aber wenn wir keinen weiteren Anzug kaufen würden, hätten wir es wahrscheinlich geschafft. Es stellt sich also die Frage, ob wir im 21. Jahrhundert noch für alle sprechen, wenn wir hier sitzen und weise reden, oder ob wir, wie es in Böhmen oft heißt, die Wolken anschreien. Zu wem sprechen wir eigentlich und wen vertreten wir?

Die Antwort aus wirtschaftlicher Perspektive lautet, dass in Tschechien Einkommensarmut nicht so sehr ein Problem ist, da die Tschechische Republik in Bezug auf das Einkommen sehr homogen ist, aber die Vermögensarmut nimmt zu. Das ist eigentlich eine Frage für eine separate Diskussion. Wenn wir in Daten sprechen: Wenn 8 Prozent der Bevölkerung vor der Pandemie, sagen wir, oder im Jahr 2020, Probleme hatten, dann sind es heute mindestens doppelt so viele. Sicher, ein Anstieg von 8 auf 16 Prozent ist immer noch ein kleiner Prozentsatz, aber es sind eine Million Menschen, die in Schwierigkeiten geraten sind. Nach unseren Untersuchungen gaben Anfang 2020 nur 3 Prozent der Menschen an, dass sie mit ihrer wirtschaftlichen Situation nicht zurechtkommen. Heute sind es 9 Prozent. Wir wissen, dass wir mit unseren Untersuchungen den Teil der Bevölkerung, dem es deutlich schlecht geht, einfach nicht erreichen können. Das sind Menschen, die obdachlos sind oder kein eigenes Dach über dem Kopf haben, also in Wohnheimen oder bei Freunden übernachten. Das Problem vervielfacht sich also.

Wir hier können nicht vortäuschen, dass wir diese Situation intellektuell verstehen, weil wir sie wahrscheinlich nie erlebt haben. Damit ist Ihre erste Frage eigentlich schon beantwortet. Wir leben in denselben Ländern, aber wir leben sehr unterschiedliche Leben. Ein Akademiker in Prag ist einem Akademiker in Budapest, Berlin oder Köln, Bratislava viel ähnlicher als jemandem, der 120 Kilometer entfernt wohnt, etwa am Rande von Leipzig oder in der Nähe von Ústí nad Labem.

→ **Gerald Schubert:**
Kommen wir zu Ungarn. Wie stark sind die Auswirkungen auf die ungarische Gesellschaft, zumindest auf den Teil, der ohnehin unter existenziellen Nöten leiden würde? Vielleicht können wir dann auch gleich anknüpfen an die Sanktionsdebatte. Die Sanktionen werden ja nicht nur von Menschen kritisiert, die aus irgendwelchen Gründen ein Naheverhältnis zu Putin für sich empfinden, sondern auch von Menschen, die fürchten, dass die Sanktionen letztlich ein Schuss ins eigene Knie sind und die eigene Wirtschaft belasten. Im offiziellen Diskurs in Ungarn war das so. Ich kann mich einerseits an diese Plakate erinnern, die fallende Bomben zeigten, auf denen „Sanktionen“ stand. Andererseits muss man aber sagen, dass die ungarische Regierung im Europäischen Rat dann die Sanktionen immer mit beschlossen hat. Wie sehen Sie das? Wir stark sind die wirtschaftlichen Auswirkungen der Sanktionen in Ungarn? Wie wird diese Kommunikation von Regierungsseite wahrgenommen? Wie funktioniert das in der Praxis?

→ **Dr. Zoltán Szalai:**
Also, die wirtschaftlichen Fragen tauchen in Ungarn insbesondere im Zusammenhang mit der Energiefrage auf. Ungarn ist einer der Staaten, der sehr stark vom russischen Öl und vom russischen Gas abhängig ist und war. Mehr als 90 Prozent des Erdgases kommt und kam aus Russland und fast 70 Prozent des Rohöls. Das vom einen Tag auf den anderen Tag umzuschalten, das war eigentlich die europäische Debatte. Selbstverständlich sind solche Energiesanktionen für Spanien oder die Niederlande etwas ganz Anderes als für Budapest, Bratislava oder Prag.

Interessant ist, wie sich die Ungarn selber sehen. Wenn Sie in Budapest die Frage stellen, was denken Sie über Europa, und das sind Eurostat-Daten, dann sind die Ungarn sehr starke Unterstützer von Europa, sie fühlen sich europäisch, sie wollen zu Europa gehören. Alle, die etwas Anderes sagen, auch Politiker, werden nie populär sein. Wenn Sie hingegen fragen würden, was die Ungarn

über Brüssel denken, dann bekommen sie keine 80 Prozent, nicht einmal 40 Prozent. Das ist eine interessante Spaltung. Die Ungarn sind sehr proeuropäisch, sie wollen Europa zusammenhalten, sie denken, dass das europäische Projekt ein wichtiges Projekt ist. Wir wollten vom Kommunismus weg, wollten von der Sowjetunion weg, um ein Teil des freien Europas zu sein, wo wir immer hingehörten. So denken geschichtlich die meisten Ungarn. Aber auf der anderen Seite ist diese EU, ist dieses Brüssel vielleicht nicht das Europa, was wir 1990 nach der Wende kennengelernt haben, auch nicht das Europa, was wir 2004 haben wollten. Es gibt eben seither Veränderungen, die der ungarischen Gesellschaft oft fremd vorkommen oder die sie einfach nicht versteht. Das ist dieser Zwiespalt.

Deshalb, von außen sieht das so aus, die ungarische Regierung hat den Sanktionen zugestimmt, aber eben mit Ausnahmen, die jedoch notwendig waren, im gegebenen Fall auch für Tschechien, Bulgarien, die Slowakei oder eben auch Ungarn, weil einfach die physikalischen Grenzen der Energieversorgung sonst zu einer wirtschaftlichen Katastrophe geführt hätten. Aber die Ungarn wollen zu Europa gehören, wollen die europäische Einheit unterstützen. Die Ungarn glauben an die Diversität von Europa, an die verschiedenen Nationalstaaten in Europa. Wenn in der Europäischen Union zu sehr nur eine Einheitsmeinung und keine Debatte geduldet wird, dann wird das mit Vorsicht betrachtet. Ich rate allen, sich die ungarischen Umfragen anzuschauen, wie die Ungarn dazu stehen. Wenn man die Daten miteinander vergleicht, dann kommt das schon zu einer verständlichen Einheit, so wie ich das kurz beschrieben habe.

Gerald Schubert: Bis jetzt war es ja oft so, dass Ungarn bei den Sanktionspaketen zuerst blockiert hat und dann am Ende doch wieder eingelenkt hat. Wie würden Sie das kommentieren, Herr Szalai?

→ **Dr. Zoltán Szalai:**
Ich bin kein Politiker, gebe hier also nur meine eigene Meinung wider. Ich denke, es war nicht fair seitens der Europäischen Union, dass alle über einen Kamm geschert werden sollten, auch Länder, die eine 90-prozentige Abhängigkeit von russischer Energie haben. Gerade Deutschland hat in den letzten 15 Jahren alles dafür getan, Deutschland und Mitteleuropa mit dem russischen Gas zu verbinden und dieses Erdgas als grüne Energie in der Europäischen Union einzustufen. Wir hatten Erdgas von der Sowjetunion bekommen, und dass es so geblieben ist, daran haben die Politik der Europäischen Union und die Politik Deutschlands einen großen Anteil. Das vom einen Tag auf den anderen Tag umzustellen, ist sehr schwierig. Ungarn ist bereit, die Dinge zu verändern, wir wollen auch Energiesicherheit, wollen Diversität in der Energieversorgung. Aber für so ein kleines Land, historisch belastet durch das Erbe des Kommunismus, auch in Sachen der Energiepolitik, ist es schwierig, das vom einen auf den anderen Tag umzustellen.

Zur OTP-Bank, der größten ungarischen Bank: Ich kenne diese Angelegenheit selbstverständlich nicht im Detail, aber wenn die OTP-Bank auf diese Liste gesetzt wird, dann können auch andere große Banken aus der westlichen Welt auf diese Liste gesetzt werden, die jetzt nicht darauf stehen. Ich bin mir da völlig sicher. Weil die OTP ein Teil des europäischen Bankensystems ist, mit allen

Sicherungen, mit allen Akkreditierungen, die auch die österreichischen und die deutschen Banken haben, führt sie keine anderen Operationen durch als andere westliche Banken, die dann auch auf diese Liste gehören würden. Die sind aber nicht da.

→ **Gerald Schubert:**
Pavel Fischer hat sich zu Wort gemeldet.

→ **Pavel Fischer:**
Darf ich auf das soeben Gesagte reagieren? Wir können nicht endlos auf unsere Fehler in der Vergangenheit zurückkommen. Wenn wir es schon tun, müssen wir aus ihnen lernen. Wenn wir über Nord Stream oder andere Projekte sprechen: Ich habe öffentlich gegen Nord Stream protestiert, und wir waren nur sehr wenige. Aber ich denke, wir müssen jetzt unsere Lehren daraus ziehen und begreifen, wer vor uns steht. Vor uns steht Wladimir Wladimirowitsch Putin, für den nichts heilig ist. Nicht das Völkerrecht, nicht die UN-Charta. Das ist für mich keine akademische Frage, sondern eine praktische Frage, wie man mit einem Schiedsrichter auf einem Fußballplatz umgeht, der schon längst nicht mehr da sein sollte... Denn als Mitglied des Sicherheitsrates ist er der Schiedsrichter. Dennoch begeht er die schlimmsten Fouls, und es liegt sogar ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen ihn vor. Wenn ich unseren ungarischen Freunden zuhöre, habe ich den Eindruck, dass sie immer noch so leben, als ob es den 24. Februar 2022 gar nicht geben hat. Vergessen wir also nicht, wen wir vor uns haben.

Als wir dies in Budapest mit unseren Kollegen im Parlament diskutierten, wollte die ungarische Seite, dass wir in den abschließenden Text die Formulierung „Spannung in Osteuropa“ aufnehmen. Wir sagten: Nein. Dies ist eine russische Aggression gegen den souveränen Staat Ukraine. Es ist eine militärische Aggression, die gegen alle Regeln verstößt. Wenn mir jemand im Parlament in Budapest erzählt, dass es dort eine „Spannung in Osteuropa“ gibt, und den Aggressor nicht nennt, weil er es nicht will, dann glaube ich, dass wir uns nie darauf einigen werden, was wir dagegen tun sollen. Wenn wir nur allgemein über

Spannung sprechen, werden wir nicht begreifen, dass wir die nächsten sind, die Putin angreifen kann und die er bereits angreift. Denn es scheint, als ob die Spannung von selbst gekommen ist und von selbst wieder verschwindet. Sie wird nicht von selbst verschwinden. Die Erfahrung von Generationen unserer Vorfahren lehrt uns, dass wenn so ein verbrecherisches Regime auftaucht, das von imperialen Träumen der Vergangenheit lebt, wird es nicht zögern, Zehntausende von Menschen, darunter auch Zivilisten, zu töten – das ist keine unpersönliche Spannung. Es handelt sich um eine sehr konkrete Verantwortung konkreter Personen, die wir entweder erschießen müssen, oder wir müssen Sanktionen verhängen. Sanktionen sind schließlich die einzige autoritative Möglichkeit der Bewältigung dieses Konflikts.

Wenn ich Nachrichten aus Budapest lese, ist das, als seien es Nachrichten aus einer anderen Galaxie. Als zum Beispiel Patriarch Kyrill auf die Sanktionsliste gesetzt werden sollte, hat Ungarn das blockiert. Ich verstehe, dass religiöse Institutionen respektiert werden müssen. Aber nur solange, bis sie anfangen, den Mord an unschuldigen Zivilisten gutzuheißen. Dann müssen sie so behandelt werden, als ob sie Teil einer kriminellen Verschwörung wären. Wir sollten also unsere Sprache präzisieren, denn solange wir dies nicht tun, werden wir nicht präzise denken und nicht verstehen, was passiert und was auch uns passieren könnte. Die Tschechische Republik hat, Gott sei Dank, ihren eigenen nationalen Sanktionsmechanismus angenommen. Patriarch Kyrill ist schon dabei. Aber ich denke, dass es nicht genug ist. Wenn es um die Souveränität unserer Länder geht, dann müssen wir souverän und mutig an diesen Konflikt herangehen und den Mut haben, zu sagen, dass Wladimir Putin die Spannung in Osteuropa verursacht hat und dass wir uns verteidigen müssen. So schnell wie möglich und gemeinsam.

➔ **Gerald Schubert:**
Ich würde bei dieser Diskussion bleiben und vielleicht Sie, Pavel Fischer, noch um einen kurzen Annex bitten. Mich interessiert in dem Zusammenhang immer die Rolle der Visegrád-Gruppe. Deren anfängliches Ziel war der Beitritt zur Europäischen Union, der Beitritt zur NATO. Das ist alles geglückt. Um das Jahr 2015 herum hatten die vier Länder ebenfalls ein großes gemeinsames Thema, die Migrationskrise. Dann hat es sich doch ein bisschen gespalten. Aus Warschau und aus Budapest wurden immer mehr Konflikte mit Brüssel laut, aus Prag und aus Bratislava weniger. Manche haben dann schon spöttisch nicht mehr von der V4 gesprochen, sondern von V2+2. Jetzt ist mit der Politik gegenüber Russland ausgerechnet zwischen Ungarn und Polen noch einmal ein großer Unterschied klargeworden. Man kann eigentlich schon von 2+1+1 reden. Ist das überhaupt noch eine Visegrád-Gruppe, die in anderen Politikfeldern gemeinsam an einem Strang ziehen kann, Pavel Fischer?

➔ **Pavel Fischer:**
Wenn wir uns die Gründungsdokumente der Visegrad-Zusammenarbeit ansehen (ich werde sie jetzt aus dem Kopf zitieren, daher sehen Sie mir nach, dass ich sie nicht genau wiedergebe), dann sprechen sie von einer Zusammenarbeit zur Stärkung der Demokratie, zum Schutz der Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit sowie Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Vielleicht auch von

der Zusammenarbeit zwischen den Bürgern. Soviel nur aus dem Stegreif zitiert. Sie sollten das besser überprüfen. Das Gründungsdokument der Visegrád-Kooperation, ist ein DIN-A4-Papier, und wenn man es liest, sieht man, dass es immer noch aktuell ist. Das Ethos der Gründer ist also immer noch aktuell. Es ist sozusagen zeitlos. Die Tatsache, dass wir es nicht richtigmachen, ist ein Wachstumsproblem. Ich würde lieber darin investieren, dass wir den Kontakt nicht verlieren und dass wir vielleicht hinter verschlossenen Türen miteinander nicht übereinstimmen.

→ **Gerald Schubert:**
Zur ungarischen Haltung gegenüber Putin und auch, was die mögliche künftige Zusammenarbeit in der Visegrád-Gruppe in anderen Feldern betrifft, Zoltán Szalai, wie sehen Sie da die Perspektiven?

→ **Dr. Zoltán Szalai:**
Ich würde gern auf meine Vorredner reagieren. Ich habe bei meiner ersten Wortmeldung betont, dass das, was Russland in der Ukraine tut, nicht nur juristisch, sondern auch menschlich inakzeptabel und unbegreiflich ist. Nennen Sie mir einen ungarischen Politiker, der jemals gesagt hätte, dass das keine russische Aggression vom ersten Tag des Krieges an ist. Man kann da etwas Anderes behaupten, aber das ist dann leider nicht wahr. Das wurde immer so genannt und dazu standen und dazu stehen, glaube ich, alle Ungarn konsequent.

Erstens, bevor ich Ihre Frage zur Visegrád-Gruppe beantworte: Ich denke, wir sollten strategisch auf europäischer Ebene denken und die Rolle Europas in dieser neuorientierten Welt auch neu denken. Die bisherige bipolare Welt, wo wir eine westliche Welt mit den Zentren Nordamerika und Europa hatten, hat sich verändert. Mit China und mit Indien, aber auch mit den BRICS-Staaten und mit der immer größeren Bedeutung Südamerikas hat sich die Welt verändert. Und gerade in so einer Situation – und ich kenne die Antwort nicht – ist es vielleicht gut zu bedenken, für wen die Sanktionen schädlicher sind: Für diejenigen, die die Sanktionen vornehmen oder für die, gegen die sie gerichtet sind? Das stelle ich nur in den Raum, darüber sollte nachgedacht werden.

Zweitens: Schauen wir uns Russlands Energiepolitik an. Was ist passiert? Sie haben mit China einen Vertrag. Die sibirische Gasleitung wird in doppelter Stärke gebaut. Eine Linie ist schon fertig, die zweite wird mit vielen Privatgeldern aus China, Indien und Russland in wenigen Jahren fertiggebaut sein. Vor einem Monat hat auf CNN der indische Energieminister den Reporter gefragt: Wie können Sie es wagen, uns zu sagen, wo wir Gas kaufen sollen? Ich stelle diese Sachen nur in den Raum, weil wir in einer globalisierten Welt leben, weil es nicht mehr so ist, dass wir Sanktionen machen und dann die anderen Länder einfach nur zuschauen und nichts passiert. Oder nehmen Sie den brasilianischen Präsidenten, der von allen westlichen Medien als Heiliger angesehen wurde. Haben Sie seine Meinung zu dem Krieg zwischen Russland und der Ukraine gehört? Er war vor drei, vier Monaten noch auf der Titelseite der New York Times als der Gewinner gegen Jair Bolsonaro und wurde als Heiliger der westlichen Welt angeschaut und zwei, drei Monate später äußert er sich anders als erwartet. Was für eine Welt ist das? Das müssen wir als Europäer in Betracht

ziehen. Wir müssen an diesem Punkt strategisch denken. Es ist nicht einfach so, dass wir hier in der westlichen Welt etwas entscheiden. Da hat China eine Antwort, da hat Indien eine Antwort, da hat Brasilien, da hat Südafrika eine Antwort.

Drittens: Was macht Deutschland in dieser Situation? Deutschland stellt seine Energieerzeugung auf LNG und Braunkohle um. Ist es das, was wir wollen? Ist das die richtige Richtung? Ist das, wenn wir die Welt, wenn wir die Zukunft unserer Kinder betrachten, eine Welt, die wir haben wollen? Ein Land und ein Europa voll mit Braunkohlekraftwerken? Und wenn wir unser Erdgas nicht von Russland kaufen, wo kaufen wir es dann? In Katar? Ist das politisch gut? Ist das demokratisch wünschenswert? Ich stelle nur diese Fragen in den Raum. Es sollte möglich sein, darüber zu sprechen und nachzudenken, ohne dass gesagt wird, dass Ungarn die Aggression nie als Aggression bezeichnet habe, obwohl Ungarn die Aggression vom ersten Tag an eine Aggression genannt hat und ohne, dass gesagt wird, man sei ein Putin-Versteher. Mein Großvater war fünf Jahre lang in Sibirien im Arbeitslager. Ich lehne es ab, dass ich als Putin-Liebhaber oder als Russland-Freund bezeichnet werde. Ich bin ein Freund Ungarns, ich bin ein Freund Europas, und ich spreche über Fragen, die die Zukunft meiner Kinder betreffen – von Braunkohle, über Katar bis hin zu China. Über solche Sachen sollte offen und ohne Demütigung des anderen gesprochen werden können, auch wenn Sie damit nicht einverstanden sind.

→ **Gerald Schubert:**
Meine Damen und Herren, Sie können damit rechnen, dass die Diskussion gleich in den Saal überschwappen kann. Sie können gleich Ihre Fragen stellen. Aber ich würde gern noch hier im Podium eine vorläufige Abschlussfrage an Martin Buchtík zum Umgang mit der politischen Sprache richten. Vor ein paar Wochen gab es in Budapest das CPAC-Treffen, bei dem sich konservative Politikerinnen und Politikern versammeln. Interessanterweise war dort die Tschechische Republik durch den ehemaligen Premierminister Andrej Babiš vertreten, der dort als konservativer Anführer präsentiert wurde. In Tschechien ist das wieder alles ganz anders. Da gilt er eher als Linker, der gegen die seiner Meinung nach asoziale tschechische Regierung zu Felde zieht. Dann ist das aber auch irgendwie nicht wirklich links, sondern manche verwenden das schöne Wort „distributiver Populismus“, wenn es um seine Politik geht. Im Europäischen Parlament wiederrum ist die ANO Mitglied der liberalen Fraktion. Also,

da stimmt ja so rein gar nichts. Ich wollte Sie fragen: Gibt es in Tschechien und in ganz Europa eine Verwirrung der politischen Sprache, und wenn ja, ist das gut oder schlecht, ist das ein postmodernes Phänomen, ist das eine Mode?

→ **Dr. Martin Buchtík:**
Der Modernismus in diesem Sinne ist tot. Aber ich bin mir da nicht so sicher. Ich habe noch nie gehört, dass sich jemand, wie Sie sagten, als distributiver Populist bezeichnen würde. Es wäre interessant zu hören: „Hallo, ich bin ein distributiver Populist". Zweitens: Andrej Babiš sagte, er sei eine „Catch-All-Party". Das sagt er schon seit dem Ende der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen, die im Januar dieses Jahres in der Tschechischen Republik stattgefunden haben. Ich denke, er könnte genausogut sagen, dass er sich in diesem Sinne als Anführer der tschechischen Liberalen fühlt.

Drittens passt die tschechische Öffentlichkeit, und zwar nicht nur die tschechische, sondern die Öffentlichkeit im Allgemeinen, in keine Schulbuchschublade. Nur wenige Menschen in der Bevölkerung entsprechen dem Idealtypus des Sozialdemokraten, dem Idealtypus des Kommunisten, Nazis, Liberalen oder Konservativen. Das sind die Etiketten, die wir aus den Lehrbüchern haben und die in den Hinterzimmern sehr zweckmäßig sind. Sie sind gerade in der Politik sehr gut, weil man klar sein muss, aber gleichzeitig muss man es gründlich durchdacht haben.

Wenn ich gefragt werde, wie die tschechische Öffentlichkeit die tschechische Politik sieht, sage ich immer: Der durchschnittliche Tscheche weiß von der tschechischen Politik ungefähr so viel wie Sie von der ungarischen oder slowakischen Politik wissen. Das heißt, man weiß, wer der Regierungschef ist. Im Falle der Slowakei kennt man die Präsidentin. In der Tschechischen Republik kennt und mag man sie. Vielleicht kennt man einige skandalöse Minister. Zum Beispiel denjenigen, der 13 Kinder mit 15 Frauen hat. 15 Kinder mit 13 Frauen, Entschuldigung. Wenn wir also zu diesem Zeitpunkt das Spiel spielen, was konservativ und was liberal ist, wenn wir auch sagen, dass ich – Pavel Fischer wird mich korrigieren, er weiß es besser – dass ich zwar ein Kulturkonservativer bin, aber ein Wirtschaftsliberaler, dann sind diese Begriffe leer.

Denken wir daran, dass die Vereinnahmung eines Begriffs und dessen Nutzung zum eigenen Vorteil für alle Politiker eine sehr gute Strategie ist. Oft wissen wir nicht, was wir wollen, aber wir wissen sehr gut, was wir nicht wollen. Wir wollen nicht, was als hässlich abgestempelt wird, was wir nicht kennen, was wir fürchten müssen, was ein bisschen schimmelig ist und stinkt. Dafür eignen sich Etiketten wunderbar.

Diese Begriffsverwirrung ist absolut genial, denn Wladimir Putins Strategie besteht nicht darin, zu sagen, Russland sei großartig, sondern zu sagen: „Seht her, es ist alles postmodern kompliziert. Und es ist schwer zu sagen, wo die Wahrheit liegt. Wir sollten lieber nicht danach suchen. Aber sehen Sie, auch sie haben Fehler. Also, bitte, stochern Sie nicht zu viel herum." Diese Strategie ist brillant. Sie erlaubt es mir nicht, genau zu sagen, was ich nicht will, aber sie ermöglicht es mir, zu sagen, was ich will, was dann auch den Wahlentscheidungen in ganz Europa entspricht.

→ **Gerald Schubert:**
Ich würde jetzt gern die Diskussion freigegeben. Vielleicht machen wir es wie vorhin und sammeln ein paar Fragen. Bitte, wer mag sich denn melden?

→ **Publikumsbeitrag (Norbert Mayer):**
*Mein Name ist Norbert Mayer, ich bin Mitglied des Sächsischen Landtags (AfD-Fraktion). Wir sind heute zusammengekommen, um über Sicherheit in Mitteleuropa zu sprechen. Meine Frage gilt der langfristigen Perspektive der Sicherheit in Europa. Vor Jahrzehnten hatten wir eine andere Sicht auf die Dinge. Am 21. August 1968 war der sowjetische Einmarsch in die Tschechoslowakei. Ich habe das als Neunjähriger in Liberec erlebt. Das war ein sehr großer Schock für alle Menschen. 1969 hat dann Willy Brandt seine Ostpolitik ins Leben gerufen. Er begründete sie mit der Erkenntnis aus dem Westfälischen Frieden, aus dem Dreißigjährigen Krieg, dass man sehr lange miteinander kämpfen kann, solange, bis keiner mehr Kraft hat, bis alle kraftlos am Boden liegen, und irgendwann muss man dann dazu kommen, miteinander zu reden und den Ausgleich zu suchen. Heute habe ich hier herausgehört, dass das langfristige Ziel nicht richtig klar ist. Wohin wollen Sie mit dem, was Sie jetzt treiben? Wenn die deutsche Außenministerin sagt, Westeuropa befinde sich im Krieg mit Russland, wohin soll das führen? Wie ist die langfristige Perspektive?*

→ **Gerald Schubert:**
Herzlichen Dank. Sie haben den Dreißigjährigen Krieg angesprochen, der in Prag begonnen hat. Ich kann für die historisch Interessierten dazu sagen, der Jahrestag des Prager Fenstersturzes ist heute – 23. Mai 1618 – 405 Jahre. Bitte.

→ **Publikumsbeitrag (Jens Michel):**
*Mein Name ist Jens Michel, ich bin Präsident des Sächsischen Rechnungshofs. Wir haben jetzt die großen Themen diskutiert, den Krieg Russlands gegen die Ukraine, die Unsicherheiten in der Bevölkerung. Meine Sorge ist, wie wir die Bevölkerung mitnehmen können. Wie können wir die Menschen, die zwischen Budapest und Prag, zwischen Prag und Dresden wohnen, mitnehmen? Die haben vor Ort ihre Probleme. Die Demographie geht zurück, die Infrastruktur wird nicht genügend ausgebaut. Müssen wir nicht die Probleme der Welt lösen und zugleich die kleinen Schritte tun, wie Krankenhäuser an den Grenzen zwischen den Ländern zusammenlegen, die grenzüberschreitende Infrastruktur ausbauen? Können Sie mir da einen kleinen Hoffnungsschimmer mitgeben, dass wir auch die Zwischenräume und besonders die dort lebenden Menschen mitnehmen?*

→ **Gerald Schubert:**
Danke. Herr Tillich hat sich noch gemeldet.

→ **Publikumsbeitrag (Stanislaw Tillich):**
*Ich möchte zuerst eines richtigstellen. Wir haben die zur Stilllegung vorgesehenen Kraftwerke nicht zu den beabsichtigen Zeitpunkten stillgelegt, weil wir parallel eben auf die Gasimporte verzichtet haben. Das heißt aber nicht, dass die stillzulegenden Kraftwerke nicht stillgelegt werden, nur eben mit einem oder eineinhalb Jahren Verspätung. Darüber hinaus sind aber auch im gleichen Zeitraum Kraftwerke stillgelegt worden.*

*Die zweite Bemerkung, die ich machen will, ist, dass ein kluger Mann, nämlich mein Vorvorgänger, also Kurt Biedenkopf, mir einmal gesagt hat: Stanislaw, du darfst nicht sagen, man will die Menschen mitnehmen. Man muss sie in der Demokratie überzeugen und zum Bestandteil des demokratischen Prozesses machen. Ich glaube, da liegt einiges im Argen in Europa und auch vielleicht in der Politik generell.*

*Das Dritte, das ist jetzt eine Frage an Herrn Fischer: Sie haben in einer eindrucksvollen Art und Weise darauf hingewiesen. Das viel Weitergehende, was über den Krieg hinausgeht, den Russland gegenüber der Ukraine vom Zaun gebrochen hat, ist ja der Bruch des Völkerrechts. Das heißt, das Vertrauen auf internationale Verträge, das Vertrauen auf gegenseitige Abkommen, auf internationale Institutionen, die uns für über 60, 70 Jahre den Frieden gesichert haben, steht jetzt infrage. Gibt es denn eigentlich die Hoffnung auf ein Zurück zu diesen internationalen Vereinbarungen, nicht nur in Bezug auf Russland, sondern auch auf andere Staaten dieser Welt, auch auf China?*

→ **Gerald Schubert:**
Danke. Hinten links war noch ein Herr, der sich gemeldet hat.

→ **Publikumsbeitrag (René Bochmann):**
*Guten Tag, mein Name ist René Bochmann, ich bin Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion. Sehen Sie es nicht für einen Politiker als verpflichtend an, nicht nur seinen Wählern bei Fragen zur Verfügung zu stehen, sondern auch kritische Meinungen zuzulassen, sich dem zu stellen, um sich darauf ein ganzes Bild zu machen und um eine gesunde Entscheidung zu treffen? Das verstehe ich persönlich als Auftrag meiner Bürger und ich würde nie eine Diskussion abwürgen. Vielen Dank!*

→ **Gerald Schubert:**
Ich glaube, das muss dann auch schon langsam unsere Schlussrunde sein. Es kann jeder auf dem Podium noch zu allem Stellung nehmen. Wir haben die Frage der langfristigen Perspektive bezüglich der Sicherheit in Europa. Wir haben die Anregung, doch bei allen geopolitischen Konflikten die kleinen Schritte nicht zu vernachlässigen. Und wir haben von Stanislaw Tillich die Frage an Pavel Fischer, wie es nach dem eklatanten Bruch des Völkerrechts mit den völkerrechtlichen Verträgen weitergeht. Wir haben zudem eine Metadiskussion über die Diskussion und den Umgang mit anderen Meinungen. Ich habe jetzt noch eine weitere Frage, die nehme ich noch mit.

→ **Publikumsbeitrag (Alina Stiehler):**
*Ich heiße Alina Stiehler, ich studiere an der Universität Leipzig. Vielen Dank, dass Sie meine Frage noch annehmen. Wir sind hier im Forum Mitteleuropa, weil es auch um das Vertrauen und die partnerschaftliche Beziehung zwischen den mitteleuropäischen Staaten geht. Staaten wie Tschechien oder Polen oder Ungarn blicken mit einer anderen Sorge, mit einer anderen Dringlichkeit auf den Krieg in der Ukraine als etwa Deutschland das tut. Was macht das mit dem gesellschaftlichen Diskurs, mit dem Vertrauen in den Gesellschaften dieser Länder, wenn es in Deutschland diese große Infragestellung militärischer Hilfe für die Ukraine gibt? Wird Deutschland nach wie vor*

*als fester, als sicherer Partner gesehen, wenn es politische Stimmen in Deutschland gibt, die meinen, jetzt doch einfach mit Putin Friedensverhandlungen führen zu können? Meine Frage gilt also dem Vertrauen in Deutschland vor dem Hintergrund der teilweisen deutschen Naivität dem russischen Regime gegenüber.*

→ **Gerald Schubert:**
Herzlichen Dank. Ich würde dann die Schlussrunde einleiten.

→ **Pavel Fischer:**
Vielen Dank für das Vertrauen. Ich beginne der Reihe nach. Herr Bochmann fordert uns auf, den Kritikern Raum zu geben und ihre kritischen Worte ernst zu nehmen. Ja, ich nehme sie ernst. Ich erlebe es oft, dass ich auch in Foren, in denen es notwendig ist, zu argumentieren, zu debattieren oder unbequeme Fragen zu beantworten, es schaffe – aber das ist meine persönliche, also nicht übertragbare Erfahrung –, am Ende einen sehr guten Dialog auch mit denen zu führen, die auf den ersten Blick eine völlig andere Stellung einnehmen als ich. Es liegt daran – und da komme ich auf das zurück, was Martin Buchtík gesagt hat –, dass wir manchmal so kürzelhafte Bezeichnungen haben, dass es keinen Raum mehr gibt, um die Details zu erklären. Wenn wir dann aber in die Details gehen, stellen wir fest, dass wir uns eigentlich häufig darüber einig sind. Deshalb habe ich persönlich sehr gute Erfahrungen damit gemacht, mich auf Diskussionen mit Menschen einzulassen, die die Dinge von einer ganz anderen Perspektive sehen, weil wir uns oft über das Wesentliche einig sind. Zum Beispiel, dass die Meinungsfreiheit unheimlich wichtig ist, dass es gerade die Meinungsfreiheit ist, die uns Putins Propaganda wegnehmen will. Das sollten wir uns vor Augen halten.

Der zweite Punkt, der hier von Herrn Mayer und Herrn Michel angesprochen wurde, war die langfristige Perspektive und lokale Lösungen für große Probleme. Ich glaube, diese Frage wurde in gewisser Weise gemeinsam beantwortet, denn wenn wir die nachhaltig zu lösenden Probleme betrachten, scheint es mir, dass wir Politiker oft Schwierigkeiten haben, über eine Haushaltsperiode oder eine Wahlperiode hinauszuschauen. Dabei sollten wir den Mut haben, in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft, mit der Zivilgesellschaft, mit Experten und mit jungen Menschen, den Blick über den Tellerrand hinaus zu wagen, damit wir verstehen, dass es leichter ist, die jeweiligen Schritte zu tun, wenn wir benennen, wohin wir gehen – das wurde heute Morgen in der Diskussionsrunde zum Thema Energie sehr deutlich. Ich stimme Herrn Michel voll und ganz zu, der davon gesprochen hat, dass wir uns völlig aus der Verantwortung stehlen, wenn wir unsere Hausaufgaben nicht lokal machen. Das Subsidiaritätsprinzip besagt ja, dass ich mich zuerst um den Bereich kümmere, auf den ich einen unmittelbaren Einfluss habe, und erst dann, wenn ich dem nicht gewachsen bin, schicke ich es nach oben. Irgendwo global anzufangen und dort zu bleiben, ist ein grobes Foul. Und vielleicht erzeugt es dann auch Frust bei den Menschen, die sich sagen: „Wie soll ich diese globalen Probleme lösen, wenn ich hier lebe?“ Das erzeugt bei ihnen eine ungeheure Angst und Verzweiflung. Ich denke also, dass Ihre Frage in Verbindung mit der langfristigen Perspektive sehr gut passt. Wir müssen uns auf lokaler Ebene behaupten und unsere Verantwortung auf lokaler Ebene wahrnehmen,

wobei wir berücksichtigen müssen, was auf globaler Ebene zu beachten ist. Wenn wir uns aber nur auf die globale Ebene beschränken, werden wir vielleicht gerade bei den Menschen enormen Schaden anrichten, die uns vertraut haben und von uns erwartet haben, dass wir ihr Problem mit den Bahnverbindungen, mit dem Zugang zur medizinischen Versorgung, mit den Schulen, wie wir heute hier besprochen haben, und andere Probleme lösen.

Herr Tillich hat über Vertrauen gesprochen und darüber, wie man das Vertrauen in die internationale Gemeinschaft wiederherstellen kann, wenn wir – ich übertreibe jetzt mal – Wladimir Putin haben, der sich im Hinblick auf das Völkerrecht wie ein Gangster verhält. Er verhält sich im Grunde wie jemand, der Schrecken verbreitet, um deutlich zu machen, dass ihm nichts heilig ist. Nicht einmal internationale Verpflichtungen, nicht einmal die Garantien, die Russland der Ukraine in Bezug auf ihre Souveränität gegeben hat, nicht einmal die Achtung vor den Menschen, die weit weg von der Frontlinie leben und denen er Raketen schickt, weil er Panik unter der Zivilbevölkerung auslösen will. Und so könnte man weitermachen. Wenn wir einen solchen Gangster hier haben, müssen wir umso mehr darauf achten, dass unsere Regierungen und unsere Staaten ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommen. Das ist nicht einfach. Wir haben darüber gesprochen, dass China versucht, uns in eine Welt zu manövrieren, in der das Politbüro der Kommunistischen Partei Chinas entscheidet, welche Regeln nicht nur in Peking, sondern auch in Dresden oder Prag gelten. Weil die Regierung der Tschechischen Republik gegenüber China die Hände gebunden hatte, haben wir hier in Prag die Erfahrung gemacht, dass es das Parlament sein musste, wer auf die Regierung drängte, sich zu emanzipieren. Meine persönliche Erfahrung aus der Zusammenarbeit mit Kollegen im japanischen, australischen, neuseeländischen, kanadischen oder schwedischen Parlament ist, dass die Parlamente überall auf der Welt in ähnlicher Weise eine sehr verantwortungsvolle Haltung einnehmen müssen, weil den Regierungen unserer Länder durch große Verträge und das Großkapital oft die Hände gebunden sind. Dies bedeutet eine große Verantwortung, auch für diejenigen unter uns, die ein Mandat haben, die Immunität genießen und die über diese Dinge sprechen können. Wir müssen unsere Regierungen auffordern, sich nicht zu scheuen, die Regeln einzuhalten, auch wenn jemand diese Regeln ändern oder brechen will. Ich möchte nicht lange reden, daher vielen Dank.

→ **Gerald Schubert:**
Herzlichen Dank. Herr Szalai, wollen Sie Ihr Schlusswort halten?

→ **Dr. Zoltán Szalai:**
Die Frage, die wir hier die ganze Zeit umkreisen, ist Francis Fukuyamas berühmte These aus dem Jahr 1992, in seinem berühmten Buch „The End of History“ publiziert. Ich bin mit der These aufgewachsen, dass sich nach dem Scheitern der Sowjetunion durch die Globalisierung und die westliche, an der liberalen Demokratie orientierte Welt all die Probleme, die wir bisher hatten, auflösen werden. Fukuyama hat 2007 in seinem Buch „Building states“ vorangekündigt, dass dieses System vielleicht doch nicht so funktionieren wird. Für mich bedeutet der brutale Angriff von Russland auf die Ukraine eigentlich

das Ende dieses Traums von Francis Fukuyama und von dieser Generation, die 1990 die Wende in Mitteleuropa durchgemacht hat. Es bedeutet für mich das Ende dieser These und dieser Hoffnung, dass wir ein Ende der Geschichte haben. Wir haben kein Ende der Geschichte. Mit dem Februar 2022 sehen wir, dass wir eine neue Geschichte haben, eine neue globale Geschichte. Europa muss darauf eine Antwort finden. Europa wird diese Antwort nur dann finden, wenn wir gemeinsam darüber diskutieren. Die Stärke von Europa war jahrhundertelang die Diversität, die Vielseitigkeit, die Vielstimmigkeit, die in Europa herrschte. Ich bin davon überzeugt, dass wir durch diese Fähigkeit, durch diese Stärke eine neue und sichere Zukunft in dieser auseinandergefallenen, aber vielleicht von uns dann zusammengehaltenen Welt sichern können.

→ **Gerald Schubert:**
Danke schön. Martin Buchtík, das Schlusswort gehört Ihnen.

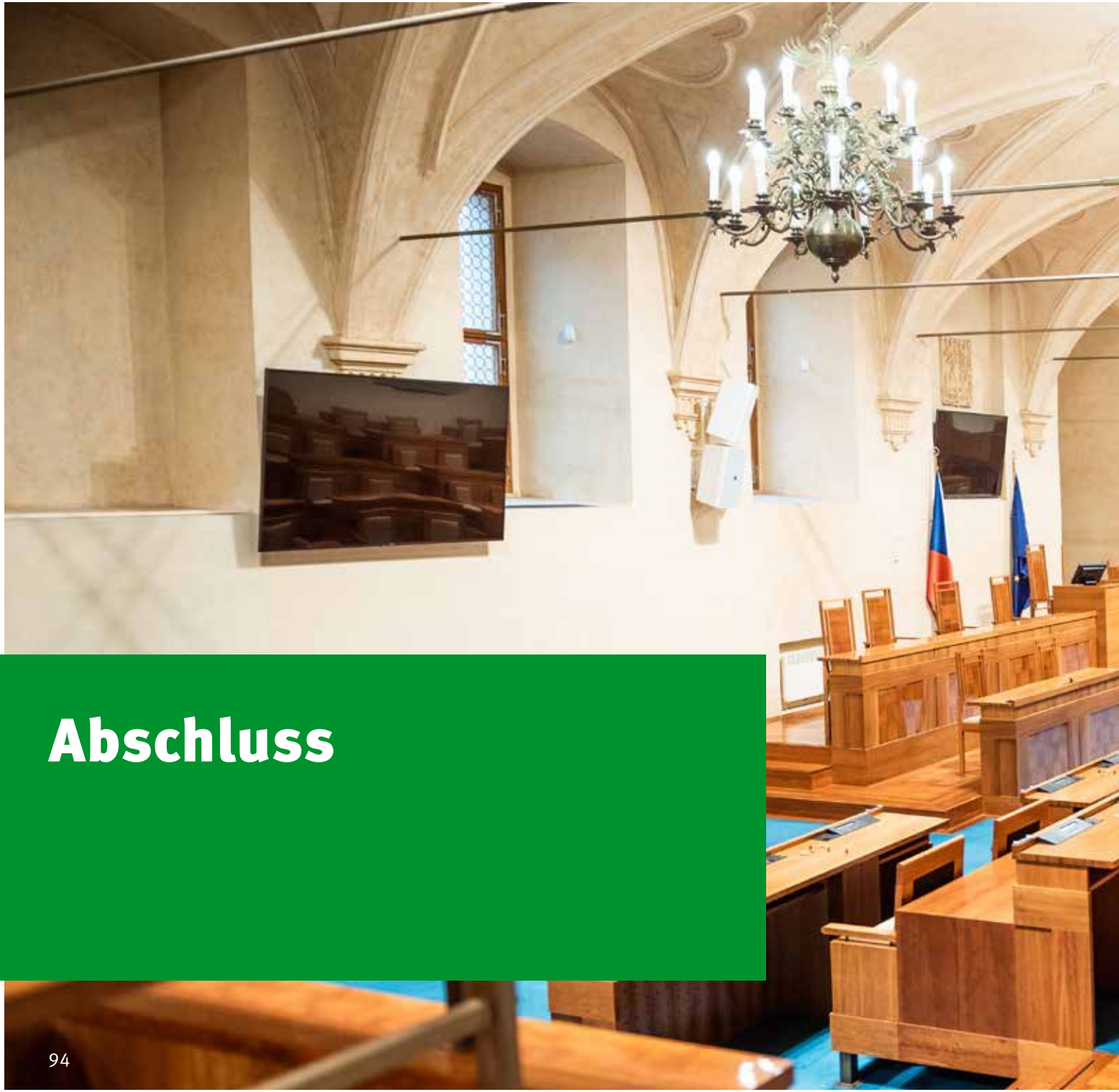
→ **Dr. Martin Buchtík:**
Ich möchte Ihnen zwei soziologische Grundregeln vermitteln, die ich gelernt habe. Ich werde keinen Lehrstuhl dafür bekommen, also muss ich sie nicht geheim halten.

Die erste ist, dass der durchschnittliche Mensch drei bis vier Probleme im Kopf behalten kann. Wenn Sie ein Experte sind, trainieren Sie vor allem die Fähigkeit, mehr Probleme in Ihrem Kopf zu behalten. Und es spielt keine Rolle, ob es darum geht, nicht zu wissen, wo man billigere Brötchen kaufen kann, oder ob Ihr Kind eine schwere Krebserkrankung hat.

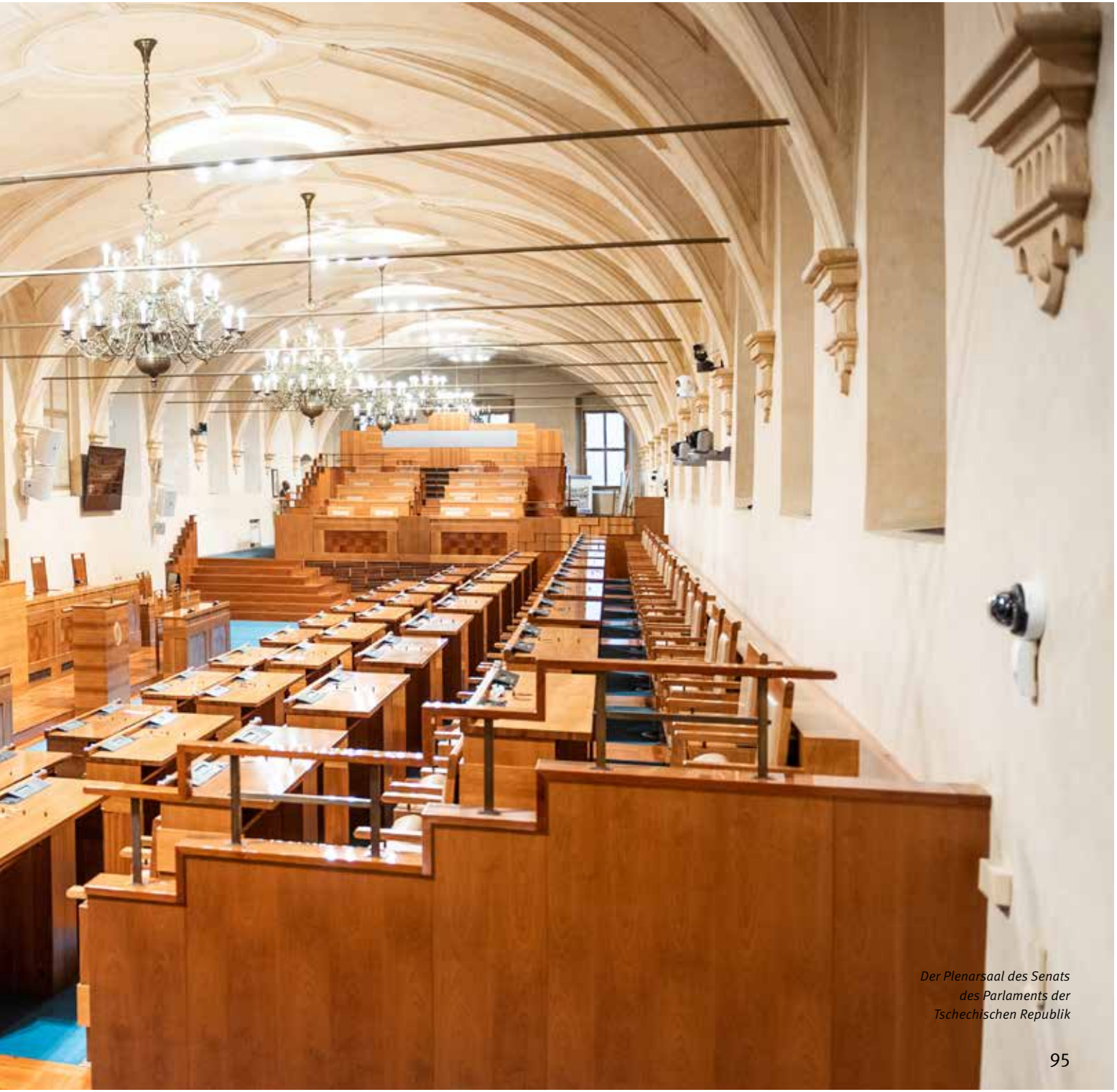
Die zweite Regel besagt, dass es in jeder Population einen gewissen Prozentsatz an Idioten gibt. Diese Regel bleibt auch dann in Kraft, wenn man die Idioten aus der Bevölkerung entfernt. Mit anderen Worten: Sie werden immer einen Feind haben, gegen den Sie ankämpfen wollen, und Sie werden immer ein Problem haben.

Wenn ich es aus globaler Sicht betrachte, aber auch aus historischer Sicht, selbst wenn man die riesige Katastrophe berücksichtigt, die in der Ukraine aufgrund von Putins Aggression passiert, leben wir in großartigen Zeiten. Wir beschäftigen uns mit sehr subtilen Fragen, wie z. B. der Frage, wie die ungarische Bank heißt oder was sie tut bzw. nicht tut. Wir müssen uns nicht mit der Tatsache auseinandersetzen, dass Kinder sterben oder dass wir mehrheitlich keinen Zugang zu z. B. Augenärzten haben. In diesem Zusammenhang zu denken, verhilft zu einer guten geistigen Gesundheit oder zumindest zu einer gewissen geistigen Gesundheit.

→ **Gerald Schubert:**
Vielen Dank für die Diskussion. Wir sind damit fast am Ende des diesjährigen Forums Mitteleuropa angekommen. Ich möchte mich noch einmal bei den Podiumsteilnehmern bedanken und Herrn Landtagspräsidenten Matthias Rößler für seine Schlussworte nach vorn bitten. Herzlichen Dank.



# Abschluss



*Der Plenarsaal des Senats des Parlaments der Tschechischen Republik*

# „Europa gemeinsam gut gestalten“

## Dr. Matthias Rößler

» Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste, ich darf mich abschließend noch einmal bei Ihnen bedanken für das, was wir heute hier erleben durften. Ich danke dem Senat des Parlaments der Tschechischen Republik, insbesondere dessen Präsidenten Miloš Vystrčil, aber auch meinem Freund Pavel Fischer sehr herzlich dafür, dass wir hier sein durften. Ich danke allen Referentinnen und Referenten sowie den Moderatorinnen und Moderatoren für zwei spannende Runden, für kritische Diskussionen. Denken Sie an die Worte von Thomas Jefferson: „Die Kritiker sind deine Freunde, denn sie bewahren dich vor Fehlern.“ Und wir alle machen Fehler, nicht nur in der Politik, entscheidend ist, ob wir die richtigen Schlüsse daraus ziehen. Ich danke ferner, das liegt mir am Herzen, unseren Simultanübersetzern für

ihre Schwerstarbeit. Und mein Dank geht auch an Sie, an das Publikum, das uns mit Interesse und spannenden Fragen begleitet hat.

Was haben wir heute lernen können? Besonders hat mir gefallen, was Martin Buchtík gesagt hat. Die Mehrheit der Leute hat die Vorstellung, wir sind eine Brücke zwischen den Welten. Sie wünscht sich eine große schöne Schweiz. Da merkt man, wie ähnlich sich die Tschechen und die Sachsen sind. Das wird aber nicht so einfach sein. Deshalb lassen Sie uns unseren Weg in Europa gemeinsam weitergehen. Die Erweiterung der Union in Richtung Osten und Südosten hat nun einmal die Wesenheit des europäischen Staatenverbundes verändert. Mitteleuropa tritt in seiner ganzen Heterogenität wie selbstverständlich neben das bislang dominierende Westeuropa. Das ist eine Realität. Das heißt aber auch, Mitteleuropa profitiert nicht nur von der Europäischen Union, es steht mit dem Erfolg und der Dynamik des Transformationsprozesses auch mehr denn je in der Verantwortung für Europa. Das ist eine neue Qualität und unsere gemeinsame Devise muss lauten: Wir wollen Europa gut gestalten!

Meine Damen und Herren, Präsident Milos Vystrčil und ich haben uns im Vorfeld der Konferenz gefragt, welche Grundsätze das diesjährige Forum Mitteleuropa gerade in dieser Zeit tragen könnten. Sie haben die gemeinsame Erklärung in Tschechisch und in Deutsch vorliegen. Vier Punkte erscheinen uns zentral:

Erstens, eine glasklare Verurteilung des russischen Krieges gegen die Ukraine und eine aktive Solidaritätsbekundung mit der Ukraine und dem ukrainischen Volk. Bei allen Kontroversen im Detail, das ist ein gemeinsamer Nenner, auf den sich hier alle verständigen können.

Zweitens, der Wille, gemeinsam auf mehr Unabhängigkeit in strategischen Schlüsselbereichen hinzuarbeiten, nach mehr strategischer Resilienz zu streben. Da wird es ganz konkret. Wenn wir gehört haben, dass wir beim Ausbau der erneuerbaren Engerien nahezu vollständig auf chinesische Produkte setzen, dann ist klar, dass wir diese Produktion nach Europa zurückholen müssen. Besonders entscheidend sind darüber hinaus starke demokratische Institutionen, wollen wir die vielfältigen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, diesen Systemwettbewerb, bewältigen.

Drittens sind wir der Meinung, dass Stabilität nur mit der kontinuierlichen demokratischen Unterstützung durch unsere Bürgerinnen und Bürger zu erlangen ist. Wir müssen uns daher den Herausforderungen für den Lebensstandard und die Würde unserer Bürgergesellschaften immer wieder bewusst sein. Die zentralen Probleme zwischen Metroplen und Peripherie sind angesprochen worden. Wir müssen sie im Blick behalten.

Und viertens verfügt Mitteleuropa in unseren Augen über einzigartige Perspektiven und Erfahrungen, die dazu beitragen können, Lösungen für die Europäische Union zu finden. Jahrzehnte autokratischer Herrschaft und der den Freiheitsrevolutionen 1989 nachfolgende Umbruch zur Demokratie haben uns gezeigt, wie man trotz mancher Rückschläge freie Gesellschaften aufbaut und mit offenem Herzen friedliche und fruchtbare Beziehungen zwischen Nachbarn entwickelt. Das gilt es für ein friedliches und prosperierendes Europa zu bewahren!

Meine Damen und Herren, unsere heutige Konferenz hat viele dieser Aspekte widergespiegelt, aber auch Kontraste aufgezeigt. So, wie das in einem pluralen und freien Mitteleuropa zu erwarten ist. Das heute Gehörte wird von uns wieder in einem Tagungsband dokumentiert werden – natürlich in Tschechisch und in Deutsch. Es wird dann der mittlerweile 12. FORUM-Band sein, der unser Wirken festhält. Ich möchte Sie auf diese Weise gern auch auf die vergangenen Tagungen aufmerksam machen. Jede war auf ihre Art und im jeweiligen Kontext ungemein ideenanregend.

Vielen Dank, dass wir das heute hier fortgesetzt haben und wir alle hier zusammen sein konnten! Das Forum Mitteleuropa in Prag ist zu Ende, und wir freuen uns auf ein nächstes Forum in Mitteleuropa.

Vielen Dank und bleiben Sie uns treu. «

# „In Prag nach zehn Jahren“

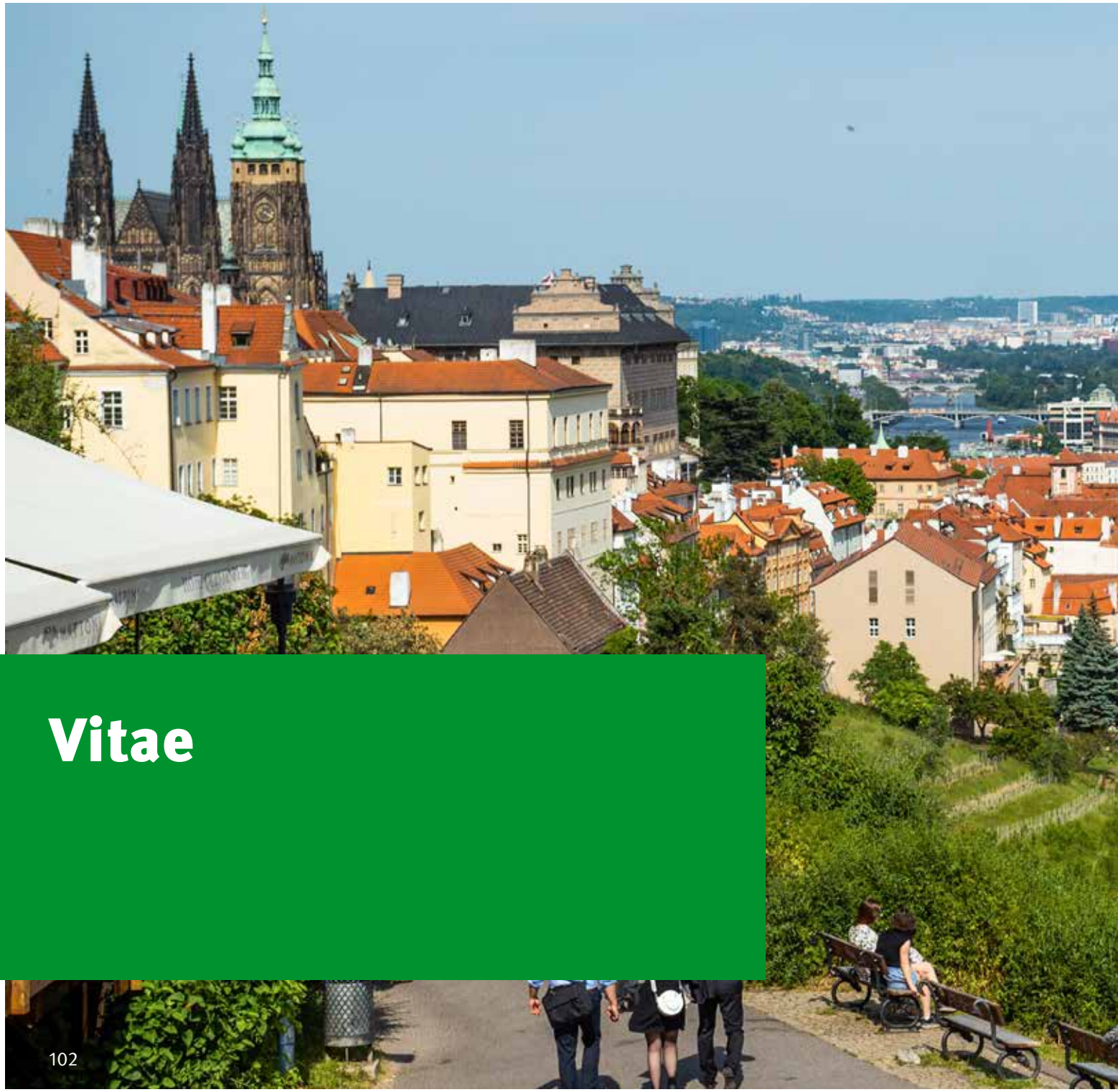
## Prof. Dr. Jiří Drahoš

» Sehr geehrte Mitglieder des Sächsischen Landtags, liebe deutsche und tschechische Kolleginnen und Kollegen, liebe Senatorinnen und Senatoren, sehr geehrte Damen und Herren,

Senatspräsident Miloš Vystrčil musste Prag verlassen und hat mich als den 1. Senatsvizepräsidenten gebeten, mich in seinem Namen von Ihnen zu verabschieden. Ich habe mich sehr gefreut, dass das Forum Mitteleuropa nach zehn Jahren wieder nach Prag zurückgekehrt ist, wenn auch mit anderen Themen. Obwohl ich nicht an der gesamten Konferenz teilnehmen konnte, haben mir die Gespräche mit vielen von Ihnen während der Mittagspause gezeigt, dass das Forum ein Erfolg war. Ich danke Ihnen auch für das

fruchtbare Nachmittagsprogramm. Der Präsident des Sächsischen Landtages, Herr Rößler, hat es in der Tat auf den Punkt gebracht.

Als ehemaliger Hochschullehrer und langjähriger Vorsitzender der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik verbrachte ich ein Jahr als Stipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung zwar nicht in Sachsen, aber in Niedersachsen, in Hannover. Ich wäre auch gerne aus akademischer Sicht mit dabei gewesen. Aber ich kann mich an dieser Stelle nur bedanken, bei Präsident Rößler, dass er diese Idee 2011 hatte, und dass das Forum nach zehn Jahren wieder nach Prag zurückgekehrt ist. Ihnen allen danke ich für Ihre Teilnahme. Ich bin überzeugt, dass es eine sehr erfolgreiche Veranstaltung war. Ich danke Ihnen also noch einmal im Namen des Senats und wünsche dem Forum Mitteleuropa auch weiterhin eine erfolgreiche Fortsetzung. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Rest des Tages. «



# Vitae

*Blick vom Kloster Strahov auf Prag*

## Dr. Martin Buchtík
*(*1984 in Prag)*

studierte Soziologie an der Karls-Universität und promovierte im Bereich Methodik der soziologischen Forschung. Seine Forschung befasst sich mit der Lebensqualität, dem Lebensstil und der Bildung der öffentlichen Meinung in Mitteleuropa. Er untersucht ferner die Dynamiken des sozialen Wandels. Nach verschiedenen Stationen in der sozialwissenschaftlichen Forschung leitet er seit 2018 das STEM Institute for Empirical Research in Prag.

## Ing. Dana Drábová, Ph.D., Dr. h. c. mult.
*(*1961 in Prag)*

studierte an der TU Prag Kernphysik. Später promovierte sie in dem Fachgebiet. In den 1990er-Jahren arbeitete sie zunächst in der Strahlenforschung und -überwachung, bevor sie in das Amt für nukleare Sicherheit der Tschechischen Republik wechselte, dessen Präsidentin sie seit 1999 ist. Sie ist Trägerin der Verdienstmedaille sowie mehrerer Ehrendoktorate. Politisch aktiv (Kommunalpolitik), setzt sie sich als Expertin für Nuklearenergie zudem in der Öffentlichkeit für eine Popularisierung von Wissenschaft ein.

## Prof. Dr. Jiří Drahoš
*(*1949 in Český Těšín)*

studierte physikalische Chemie in Prag und promovierte am Institut für theoretische Grundlagen der Verfahrenstechnik der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften. Nach seiner Habilitation leitete er hier das Institut für chemische Prozesse. Von 2009 bis 2017 war Drahoš Präsident der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik. Im Jahr 2018 unterlag er bei der Stichwahl um das Amt des Präsidenten der Tschechischen Republik nur knapp dem Amtsinhaber Miloš Zeman. Bei der Senatswahl im Oktober 2018 errang er ein Mandat. Er begleitet das Amt des ersten Vizepräsidenten des Senats.

## Pavel Fischer
*(*1965 in Prag)*

studierte Sprachen an der Karls-Universität. Zunächst unterrichtete er Französisch und war bis 1993 Sekretär von Bischof František Lobkowicz. 1995 bis 2003 war er in der Präsidentschaftskanzlei unter Václav Havel tätig. 2003 wurde er zum Botschafter in Frankreich ernannt (bis 2010). Danach war er bis 2013 Leiter der Sektion Sicherheit im Außenministerium. Bei der Senatswahl 2018 errang er ein Mandat und kandidierte bei den Präsidentschaftswahlen 2018 und 2023.

## Dr. Mario Holzner
*(*1976 in Wien)*

studierte Volkswirtschaftslehre und promovierte im selbigen Fachbereich an der Wirtschaftsuniversität Wien. Seit 2001 arbeitet er als Ökonom am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche WIIW (seit 2019 als Executive Director). Seine Forschungsschwerpunkte sind die Volkswirtschaften in Mitteleuropa, der Westbalkan sowie Infrastruktur und neue Seidenstraße. Das WIIW erstellt regelmäßig Vergleichsanalysen der Volkswirtschaften der 23 Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas (MOSOE).

## Marian Jurečka
*(*1981 in Přerov)*

studierte Agrarwirtschaft an der Mendel-Universität Brünn und ist seit 2002 als Landwirt im Familienbetrieb tätig. Seit Oktober 2013 ist er Mitglied des Abgeordnetenhauses für die KDU-ČSL. 2020 wurde er zum Vorsitzenden der KDU-ČSL gewählt. Er war von 2014 bis 2017 Landwirtschaftsminister in der Regierung Bohuslav Sobotka und ist seit 2021 stellvertretender Premierminister und Minister für Arbeit und Soziales in der Regierung Petr Fiala.

## PD Dr. Antje Nötzold
*(*1982 in Meerane)*

studierte Politikwissenschaft und Betriebswirtschaftslehre an der TU Chemnitz, wo sie seit 2010 als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur Internationale Politik forscht. Sie promovierte zum Thema „Die Europäische Energieversorgungssicherheit und die Herausforderung durch die Energiepolitik der Volksrepublik China“ und habilitierte sich mit einer Arbeit zur nuklearen Proliferation und zu Entscheidungen zur Denuklearisierung am Beispiel Südafrika.

## Dr. Matthias Rößler
*(*1955 in Dresden)*

ist seit 2009 Präsident des Sächsischen Landtags. Er studierte von 1975 bis 1979 Maschinenbau an der TU Dresden und arbeitete anschließend an der Hochschule für Verkehrswesen als Entwicklungsingenieur. 1990 Mitglied des Koordinierungsausschusses für die Wiedererrichtung des Freistaates Sachsen, ist er seit 1990 Mitglied des Sächsischen Landtags. Der CDU-Politiker war in Sachsen von 1994 bis 2002 Staatsminister für Kultus und von 2002 bis 2004 Staatsminister für Wissenschaft und Kunst. Er ist Vorsitzender des Kuratoriums des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag.

## Dr. Ernő Schaller-Baross
*(*1987 in Budapest)*

studierte Jura an der Károli-Gáspár-Universität. Von 2010 bis 2013 arbeitete er als Rechtsreferent im Ministerium für Justiz. Von 2013 bis 2018 wirkte er als Direktor für auswärtige Angelegenheiten der Stiftung für ein bürgerliches Ungarn sowie als außenpolitischer Berater der Fidesz-Fraktion. Bis 2021 war er stv. Staatssekretär für Internationales im Amt des Ministerpräsidenten. Seit 2021 ist er Mitglied des Europäischen Parlaments und Ministerialbeauftragter.

## Gerald Schubert
*(*1968 in Wien)*

studierte Kommunikations- und Theaterwissenschaften. Er arbeitete von 2002 an in der deutschen Redaktion von Radio Prag. Im Jahr 2015 wechselte er als Außenpolitikredakteur zur österreichischen Tageszeitung Der Standard. Sein Schwerpunkt liegt weiterhin auf Tschechien und anderen Ländern Mittel- und Osteuropas.

## Kadri Simson
*(*1977 in Tartu)*

studierte Geschichte und Politikwissenschaft in Tartu und London. Sie gehört seit 1995 der Estnischen Zentrumspartei an. Von 2009 bis 2016 war sie Fraktionsvorsitzende ihrer Partei im estnischen Parlament (Riigikogu). Von 2016 bis 2019 war sie estnische Ministerin für Wirtschaft und Infrastruktur. Sie ist seit dem 1. Dezember 2019 estnische EU-Kommissarin für Energie in der Kommission von Ursula von der Leyen.

## Dr. Zoltán Szalai
*(*1981 in Budapest)*

ist Germanist und Kulturhistoriker sowie aktuell Generaldirektor des Mathias Corvinus Collegiums. Er studierte Germanistik an der Eötvös Loránd Universität (ELTE), absolvierte einen Master-Abschluss in Human Resource Management an der Universität Pécs und promovierte an der ELTE im Fach Germanistik. Durch zahlreiche Stipendien, u. a. in Heidelberg, Frankfurt, München, London und Leipzig, konnte er sein Wissen vertiefen. Er ist seit 2009 Generaldirektor des Mathias Corvinus Collegiums und seit 2017 Direktor und Chefredakteur der Wochenzeitschrift Mandiner.

## Stanislaw Tillich

*(*1959 in Neudörfel)*

studierte an der TU Dresden Maschinenbau. Nach seiner Zeit im Europäischen Parlament fungierte er von 1999 bis 2002 als Staatsminister für Bund und Europa, von 2002 bis 2004 als Chef der Staatskanzlei, von 2004 bis 2007 als Staatsminister für Umwelt sowie von 2007 bis 2008 als Staatsminister der Finanzen. Von 2008 bis 2017 war er Ministerpräsident des Freistaates Sachsen und von 2008 bis 2017 Vorsitzender der sächsischen CDU. Seit 2019 ist er Aufsichtsratsvorsitzender der Mitteldeutschen Braunkohlengesellschaft.

## RNDr. Miloš Vystrčil

*(*1960 in Dačice)*

studierte Mathematik und Physik an der Masaryk Universität und wurde zunächst Lehrer. 1991 trat er der ODS bei und wirkte zuerst als Bürgermeister von Telč (1998-2001), später dann als Regionalgouverneur (2004-2008). Im Jahr 2010 zog er erstmals in den Senat ein, 2016 und 2022 erfolgte seine Wiederwahl. Erstmals wurde er im Februar 2020 zum Senatspräsidenten gewählt (Wiederwahlen gab es im November 2020 und November 2022).

In der konstituierenden Sitzung am 29. September 2011 haben

**Dr. Matthias Rößler,** Präsident des Sächsischen Landtags
**Dr. Erhard Busek †,** Vizekanzler der Republik Österreich a. D.
**Prof. Dr. Stefan Troebst,** Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig
**Prof. Dr. Beate Neuss,** Professorin für Internationale Politik an der TU Chemnitz
**Prof. Dr. Gábor Erdödy,** Botschafter der Republik Ungarn a. D.
**Jiří Gruša †,** Schriftsteller und Diplomat, Tschechische Republik
**Magdaléna Vášáryová,** Abgeordnete des Slowakischen Nationalrates
**Prof. Dr. Ludger Kühnhardt,** Direktor des Zentrums für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn
**Ryszard Król,** Generalkonsul der Republik Polen a. D.

als Kuratoren des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag die Dresdner Erklärung unterschrieben.

Die Kuratoren des Forums Mitteleuropa (Stand Dezember 2022) sind:

**Dr. Matthias Rößler,** Präsident des Sächsischen Landtags
**Prof. Dr. Stefan Troebst,** emeritierter Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig
**Prof. Dr. Beate Neuss,** emeritierte Professorin für Internationale Politik an der TU Chemnitz
**Prof. Dr. Gábor Erdödy,** Botschafter der Republik Ungarn a. D.
**Magdaléna Vášáryová,** Botschafterin der Slowakischen Republik a. D.
**Prof. Dr. Ludger Kühnhardt,** Direktor des Zentrums für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn
**Dr. Christopher Metz,** Direktor beim Sächsischen Landtag a. D.
**Dr. Rafał Dutkiewicz,** Stadtpräsident von Wrocław a. D.
**Dr. Jarmila Krejčíková,** Generalkonsulin der Tschechischen Republik a. D.
**Ing. Hans Penz,** Präsident des Landtags von Niederösterreich a. D.